



Sebastian Grote/Jasper Ries (Hg.):

Rechtspopulismus in Skandinavien

Rechtspopulismus in Skandinavien

Herausgegeben von
Sebastian Grote und Jasper Ries

Fennoscandinavica Minora

Tomus 1

Rechtspopulismus in Skandinavien

Herausgegeben von
Sebastian Grote und Jasper Ries

Köln 2012

© Institut für Skandinavistik/Fennistik,
Universität zu Köln

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb des Urheberrechtsgesetzes bedarf der Zustimmung des Rechteinhabers. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für Einspeicherungen in elektronische Systeme.

ISSN 2194-4822

Inhalt

SEBASTIAN GROTE / JASPER RIES

Vorwort 7

JASPER RIES

Wohlfahrtsstaat und Rechtspopulismus 11

LISA LORENZ

Die Entstehungsgeschichte der norwegischen *Frem-
skrittspartiet*. Von der Protestpartei zur zweitstärksten
Kraft des Landes 39

JOHANNA REIF

»Eine ›wirklich‹ gleichberechtigte Gesellschaft«? Eine
Untersuchung des Geschlechterverständnisses der
Sverigedemokraterna 55

STEFANIE KLOTZEK

Rechtspopulismus und Luthertum in Skandinavien 85

SEBASTIAN GROTE

Argumentationsstrategien im dänischen und schwe-
dischen Migrationsdiskurs. Eine Analyse von Lena Sund-
ströms *Världens lyckligaste folk* (2009) und Mikael Jal-
vings *Absolut Sverige* (2011) 107

JASPER RIES

Breivik als Rechtspopulist? 137

Vorwort

In Skandinavien sind rechtspopulistische Parteien schon lange kein Randphänomen mehr. In Dänemark und Norwegen haben sie sich von einst kleinen Protestparteien zu politisch mächtigen Akteuren entwickelt. Welchen Einfluss zum Beispiel die rechtspopulistische *Dansk Folkeparti (DF)* auf die politische Entwicklung in Dänemark hat, machte sich in Deutschland vor allem durch die kurzfristige Wiederaufnahme der Grenzkontrollen bemerkbar, die europaweit auf heftige Kritik stießen. Die Kontrollen waren eine zentrale Forderung der *DF*, die bei den letzten drei Wahlen zweistellige Ergebnisse erzielte und zwischen 2001 und 2011 im dänischen Parlament mit der liberal-konservativen Minderheitsregierung zusammen arbeitete. Im Gegenzug sagte die *DF* ihre Unterstützung bei einer von der Regierung geplanten Rentenreform zu. Mit der Parlamentswahl von 2011 schwand die politische Macht der *DF* zwar vorerst und auch die Grenzkontrollen wurden bereits wieder aufgehoben, trotzdem sind von den zehn Jahren, in denen sie einen starken Einfluss auf die Gesetzgebung hatte, deutliche Spuren geblieben. Neben der EU-kritischen Haltung betrifft dies vor allem den Umgang mit Einwanderern. Als Mehrheitsbeschaffer für die Minderheitsregierung konnten die dänischen Rechtspopulisten eine restriktive Einwanderungspolitik durchsetzen. Schließlich handelt es hierbei um ein Kernthema der Partei. Sie legitimiert diese Politik, indem sie sich von rechts-extremen Verbindungen fern hält. Bei einer genaueren Betrachtung der islamfeindlichen Hassreden einzelner Politiker der *DF* scheint diese Strategie jedoch nicht immer aufzugehen.

Bei einer Betrachtung der reinen Wahlergebnisse ist die norwegische *Fremskrittspartiet (FrP)* die erfolgreichste rechtspopulistische Partei in Skandinavien. Bei der Parlamentswahl von 2009

erreichte sie mit 22,9 Prozent ein Ergebnis, das ihr in Deutschland vermutlich den Status einer Volkspartei eingebracht hätte. Ob sie diese Werte bei zukünftigen Wahlen halten kann, ist jedoch fraglich.

Die verheerenden Anschläge von Oslo und Utøya am 22. Juli 2011, bei denen der rechtsextreme Anders Behring Breivik 77 Menschen getötet hat, bilden eine Zäsur in Norwegen. Breivik, der zeitweise Mitglied der Jugendabteilung der *Fremskrittspartiet* war, wollte Norwegen verändern. Er bezeichnete sich selbst als einen Kämpfer gegen den Islam und Multikulturalismus in Europa. Die *FrP* versucht sich zwar von dem Attentäter zu distanzieren, doch die Themen der Partei decken sich über weite Strecken mit dem Manifest, das Breivik kurz vor seiner Tat verbreitet hat.

Während sich die norwegische *FrP* und die dänische *Fremskridtspartiet* anfangs als Protestparteien gegen die politischen Eliten verstanden, haben die schwedischen Rechtspopulisten, die *Sverigedemokraterna (SD)*, ganz klar rechtsradikale Wurzeln. Die Partei geht auf eine Bewegung zurück, die sich aus Personen aus dem neonazistischen Milieu zusammensetzte. Bei den *SD* setzte ein überregionaler Erfolg viel später als bei den rechtspopulistischen Parteien der Nachbarstaaten ein. Bei den Wahlen von 2010 schafften sie erstmals knapp den Einzug in den schwedischen Reichstag. Dort ist die Partei allerdings politisch isoliert und ohne Einfluss. Dennoch zeigt gerade der blitzartige Erfolg einiger rechtspopulistischer Parteien im übrigen Europa, dass man die Bedeutung des Wahlergebnisses von 5,7 Prozent nicht marginalisieren sollte.

Dieser Band geht auf ein im Wintersemester 2011/2012 von Professor Dr. Stephan Michael Schröder initiiertes Oberseminar am Institut für Skandinavistik/Fennistik der Universität zu Köln zurück. Anlässlich der Anschläge im Juli 2011 wurde das Seminar »Rechtspopulismus in Skandinavien« spontan und mit nur knapper Vorbereitungszeit in den Semesterplan aufgenommen. Das Seminar

stellte einen Versuch dar, die Verbrechen von Anders Behring Breivik und seinen mutmaßlichen ideologischen Hintergrund in Hinblick auf rechtspopulistische Tendenzen in Skandinavien einzuordnen.

Die folgenden Aufsätze setzten sich mit verschiedenen Facetten des Rechtspopulismus in Nordeuropa auseinander. Die Autorinnen und Autoren begaben sich beim Verfassen der Beiträge auf ein ihnen teilweise unbekanntes Feld. Aber gerade die interdisziplinäre Ausrichtung des Seminars machte deutlich, welche Bedeutung der Skandinavistik bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit politischen Ereignissen zukommt. In diesem Band schreiben Skandinavisten nicht nur als angehende Literatur- und Kulturwissenschaftler, sondern auch als Regionalwissenschaftler.

Der Dank der Herausgeber gilt Stephan Michael Schröder für die Spontaneität in der Seminarvorbereitung, die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts und viele wertvolle Hinweise.

Köln, im November 2012

Sebastian Grote – Jasper Ries

JASPER RIES

Wohlfahrtsstaat und Rechtspopulismus

Der Wohlfahrtsstaat hat in Skandinavien einen hegemonialen Status inne, der von allen Parteien akzeptiert wird. Besonders in Bezug auf die Rechtspopulisten ist dies interessant, da die skandinavischen Rechtspopulisten, im Gegensatz zu ihren Pendants im restlichen Europa, zu den stärksten Befürwortern des Wohlfahrtsstaates gehören. Ausgehend von einem historischen Überblick über den dänischen Wohlfahrtsstaat soll dargestellt werden, auf welche Weise der hegemoniale Status erlangt werden konnte, um dann darzustellen, wie die skandinavischen Rechtspopulisten meinen, den Universalismus sozialer Leistungen und die Umverteilung des Wohlstandes auf der einen Seite und eine stark ablehnende Haltung gegenüber Immigration auf der anderen Seite miteinander vereinbaren zu können.

Einleitung

Gibt es eine Verbindung zwischen der starken Identifikation der Skandinavier mit dem Wohlfahrtsstaat und dem Erfolg der rechtspopulistischen Parteien? In der Forschung zum Wohlfahrtsstaat nimmt Skandinavien eine Sonderstellung ein, da das System hier auf einer anderen Grundlage aufgebaut zu sein scheint. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Umverteilung des Wohlstandes mit dem Ziel, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Trotz aller Krisen und der teilweise harschen Kritik besteht diese Form in Skandinavien weiterhin und erfreut sich des Zuspruchs aus Politik und Öffentlichkeit.

Im Gegensatz zu vielen anderen rechtspopulistischen Parteien Europas bekommt der Wohlfahrtsstaat auch von den früheren Protestparteien den Status eines Markers der nationalen Identität zugesprochen. Der Erfolg, den diese Parteien in den letzten Jahren

hatten, ohne dass der Wohlfahrtsstaat infrage gestellt wurde, legt die Vermutung nahe, dass die Rechtspopulisten in Skandinavien eine grundlegend andere Einstellung zum Wohlfahrtsstaat haben als ihre Pendants im übrigen Europa.

Diese Besonderheit soll hier am Beispiel des dänischen Wohlfahrtsstaates untersucht werden. Ist es möglich eine Verbindung zwischen diesen beiden Punkten herzustellen? Ausgehend von einem historischen Überblick soll untersucht werden, wie das Konzept des Wohlfahrtsstaats seinen hegemonialen Status in Skandinavien entwickeln konnte und wie sich die Einstellung der Parteien zu ihm veränderte, um herausarbeiten zu können, ob es spezifisch skandinavische Besonderheiten gibt.

Der dänische Wohlfahrtsstaat vor 1945

In der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg von einem dezidierten Wohlfahrtsstaat zu sprechen, wäre sehr weit gegriffen. Es entwickelten sich zwar seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erste Gesetze, die in den sozialen Raum der Bürger eingriffen, jedoch lediglich als ›Hilfe zur Selbsthilfe‹. Frühe Beispiele hierfür sind das Wohnungsgesetz (*Boligloven*) von 1887, das Krankenkassengesetz (*Lov om Sygekasser*) von 1892 und das Altersunterstützungsgesetz (*Alderdomsunderstøttelsesloven*) von 1891. Besonders letzteres markierte für die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates einen sehr wichtigen Schritt. Bürger, die älter als 60 Jahre alt waren, bekamen öffentlich finanzierte Unterstützung, die keine deklassierenden Nebeneffekte mit sich zog (beispielsweise den Verlust des Wahlrechts) und die nicht,

wie die Bismarcksche Lösung, an den beruflichen Stand gebunden war.¹

1891 wurde darüber hinaus ein neues Armengesetz (*Fattigloven*) eingeführt, das eine Unterscheidung von würdigen und unwürdigen Leistungsempfängern mit sich führte. Würdige Empfänger (Kranke, Menschen mit Behinderungen, etc.) bekamen Leistungen zugesprochen, ohne negative Konsequenzen befürchten zu müssen. Unwürdige Empfänger verloren jedoch beispielsweise ihren Besitz und durften ihre Scholle nicht mehr verlassen. Die sozialen Gesetze ermöglichten es jedoch immer mehr Gruppen von Betroffenen, den harten Konsequenzen zu entgehen. Diese Entscheidungen wurden jedoch auf lokaler Ebene getroffen, so dass sozialdemokratisch regierte Regionen mehr Leistungen vergaben.²

Den nächsten großen Schritt stellten die Sozialreformen von 1933 dar. Ihren Ursprung hatten sie in einem Buch des Sozialministers Steincke, in dem er die Unterscheidung von dem aktuellen Almosensystem, das er als demoralisierend beschrieb, und einem Rechtsprinzip darstellte. Durch das Rechtssystem sollte verhindert werden, dass betroffene Menschen von der Gnade der Gesellschaft abhängig sind, indem eine gesetzlich verankerte Leistung festgelegt wurde. Dies schränkte die Möglichkeiten der einzelnen Kommunen und Städte ein, was jedoch, da die Leistungen den bisherigen Höchstsätzen entsprachen, auch einen positiven Effekt hatte. Das Reformpaket wurde in vier Hauptgesetze zusammengefasst: Das Gesetz zur

¹ Petersen, Klaus: *Legitimität und Krise. Die politische Geschichte des dänischen Wohlfahrtsstaates 1945–1973*. Berlin: Berlin Verlag, 1998, S. 26f.

² Kaspersen, Lars Bo: »The Formation and Development of the Welfare State«. In: Campbell, John L., John A. Hall u. Ove K. Pedersen (Hg.): *The Danish Experience. National Identity and the Varieties of Capitalism*. København: DJØF Publishing, 2006, S. 99–132, hier S. 112f.

Fürsorge (*Lov om offentlig Forsorg*), das Gesetz zur Volksversicherung (*Lov om Folkeforsikring*), das Gesetz zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (*Lov om Arbejdsanvisning og Arbejdsløshedsforsikring*) und das Gesetz über die Arbeitsunfallversicherung (*Lov om Arbejdsulykkeforsikring*).³

Es zeigt sich also schon vor 1945 die Tendenz einer Entwicklung in Richtung Wohlfahrtsstaat. Die einzelnen Schritte sind in ihrer Summe nicht ausreichend, um dezidiert von einem Wohlfahrtsstaat sprechen zu können, der Staat beeinflusst jedoch schon in diesem Zeitraum, vor allem durch sozialdemokratische Initiativen, deutlich das soziale Gefüge der Gesellschaft.

Planung und Entwicklung des Wohlfahrtsstaates nach 1945

Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg war schwierig. Die Bestrebungen der Politik, die zu den Reformen von 1933 geführt hatten, wurden während der Besatzung Dänemarks durch Deutschland zum Stillstand gebracht und in einigen Bereichen gingen die Leistungen sogar zurück. Unmittelbar nach dem Krieg waren die Möglichkeiten der Politik begrenzt. Auf der einen Seite war ökonomische Hilfe notwendig, um überhaupt handeln zu können, und auf der anderen Seite war Dänemark außenpolitisch gebunden. Die Kriegsgewinnlergesetze (*Værnemagerlovene*) und eine einmalig erhobene Extrasteuer schufen 1946 ein wenig Handlungsfreiraum für die Politik, und zusammen mit dem Marshall-Plan wurde ab 1948 die finanzielle Situation stabilisiert.

Trotzdem war Dänemark weiterhin stark vom Ausland abhängig. Dabei spielte die finanzielle Hilfe eine Rolle, die eingeschränkten Handelsmöglichkeiten und auch der Druck, der von Seiten der Ver-

3 Vgl. Petersen: *Legitimität und Krise*, S. 28f.

einigten Staaten ausgeübt wurde. So wurde das Ziel der dänischen Außenpolitik, ein entspanntes Verhältnis zum Osten und Westen zu schaffen, durch die Außenpolitik der USA verhindert. Petersen sieht hierin auch einen Grund für Dänemarks Eintritt in den Atlantikpakt 1949. Das Ziel sei ursprünglich eine skandinavische oder nordeuropäische Zusammenarbeit gewesen, doch als erkannt wurde, dass dies nicht möglich sei, wurde eine Entscheidung für den Atlantikpakt getroffen, um so wenigstens eine westliche Allianz zu erreichen.⁴

Dies führte jedoch Diskussionen über die Rolle des Staates mit sich. Die Bedingungen des Marshall-Plans schrieben Langzeitpläne vor, die nicht von allen dänischen Parteien gleichermaßen befürwortet wurden. Während die Sozialdemokraten sich für einen stärkeren Staat einsetzten und eine Kontrolle der Märkte für richtig hielten, waren die konservativen Parteien strikt gegen einen solchen ›Sozialismus‹. Die Wahl 1950 zeigte, dass auch große Teile der Bevölkerung gegen die Restriktionen waren. Dennoch zeigte sich in dieser Zeit eine Tendenz zu einem aktiveren Staat. Die Fähigkeit der Märkte zur Selbstregulierung wurde nach den jüngsten Entwicklungen angezweifelt. Die Regulierung der Märkte beschränkte sich aber auf die Makroebene, was sich zum einen mit dem Modell keynesianischer⁵ Ökonomen vereinbaren ließ und den Sozialdemokraten erlaubte, der Sozialismuskritik zu entkommen.

Grundsätzlich wurde die dänische Politik in dieser Zeit sehr stark von Nationalökonomien geprägt. Immer mehr wissenschaftliche

⁴ Vgl. Petersen: *Legitimität und Krise*, S. 35–37.

⁵ John Maynard Keynes schuf mit seinen Theorien eine Grundlage für den Umgang mit wirtschaftlichen Krisen, indem er die Fähigkeit der Märkte zur Selbstregulierung verneinte und sich stärker auf die Stimulierung der Nachfrage konzentrierte, was eine aktivere Rolle des Staates erforderte, der mit Hilfe von Steuersenkungen, Erhöhung des öffentlichen Konsums oder Export- und Importregelungen die Nachfrage anregen konnte.

Experten oder Technokraten wurden in den Beamtenstatus erhoben. Dies führte dazu, dass immer mehr Gremien und Expertengruppen ins Leben gerufen wurden, die für einen großen Teil der Entscheidungen verantwortlich waren. Es wurde zunehmend schwieriger, Gesetze vorzulegen, die nicht vor dem Hintergrund einer Gruppe von Experten entstanden. Besonders die Sozialdemokraten nutzten diese Situation, da sie offen für Veränderungen und Experimente waren.⁶

Die Sozialausgaben stiegen nach dem Zweiten Weltkrieg an und die Frage, ob der Staat das soziale Gefüge beeinflussen sollte, wurde durch die Frage nach Art und Stärke des Eingreifens ersetzt. Dennoch kann man in der Zeit bis 1950 nur von Tendenzen und Überlegungen in Richtung eines Wohlfahrtsstaates sprechen. Es gab eine Vielzahl kleinerer Gesetze und Veränderungen, doch die wirtschaftliche und politische Lage erlaubte nur einen geringen Spielraum. Der Einfluss der Nationalökonomien zeigte sich vor allem durch eine neue Rationalität, die die Grundlage der Ideen zum Wohlfahrtsstaatsprojekt bildete.

Diese Überlegungen wurden in den folgenden Jahren in erster Linie von den Sozialdemokraten forciert. Die finanzielle Abhängigkeit von den USA und Großbritannien war zwar noch gegeben, insgesamt verbesserte sich die wirtschaftliche Situation jedoch, so dass mehr Spielraum für Investitionen geschaffen wurde. Dadurch entstanden jedoch auch mehr Diskussionen darüber, wo investiert werden sollte, wie viel der Staat in die Märkte eingreifen sollte und wohin die Entwicklung führen sollte. Während die konservativen und liberalen Parteien sich zunächst gegen eine zu starke Beeinflussung der Märkte aussprachen, formulierten die Sozialdemokraten zusammen mit der *Radikale Venstre* (Radikalen Linke, eine linkslibe-

⁶ Vgl. Petersen: *Legitimität und Krise*, S. 38f.

rale Partei), nachdem sie 1953 die Minderheitsregierung im Folketing übernahmen, ein konkretes Wohlfahrtsstaatsprojekt. Besonders während der frühen fünfziger Jahre war jedoch die finanzielle Situation noch so angespannt, dass die bürgerliche Regierung, die zwischen 1950 und 1953 regierte, hauptsächlich kleine Anpassungen der bestehenden Gesetze erarbeitete. In der Zeit bis 1956 wurden somit nur kleinere Aspekte realisiert. Beispielsweise wurde der Wohnungsmarkt subventioniert und es wurde an Produktionsverbesserungen in der Industrie gearbeitet.⁷

Ende der fünfziger Jahre wurden jedoch einige größere Projekte realisiert. Das Abtreibungsgesetz (*Abortloven*), das vor allem den Mutterschutz stärkte, und die Schulreform von 1958, die eine obligatorische siebenjährige Grundschule einführte, sind Beispiele hierfür. Die wichtigste Reform dieser Zeit war jedoch die Volkspensionsreform. Hiermit wurde eines der zentralen Prinzipien des dänischen Wohlfahrtsstaats realisiert, da jeder nun das Recht auf soziale Leistungen hatte. Der Durchführung dieses Plans 1956 gingen jedoch Jahre der Planung und Diskussion voraus. Ob die Rente privat oder staatlich finanziert werden sollte und wer berechtigt sein sollte, Leistungen zu empfangen, waren die zentralen Diskussionspunkte. Die Sozialdemokraten setzten sich für eine universale, staatlich finanzierte Altersrente ein, während die konservativen und liberalen Parteien befürchteten, der Staat könne dies nicht bezahlen. Keines der beiden Systeme konnte in den ersten Jahren vollkommen überzeugen. Eine Altersrente, die über private Institutionen finanziert würde, hätte zu wenig Sicherheiten gegen den Wertverlust des Geldes zu bieten, was eine Anlage des Geldes in der Wirtschaft erfordern würde, wodurch die Fonds sehr viel Macht erhalten würden. Generell würde diese Lösung eine lange Aufbauzeit erfordern. Diese Punkte

⁷ Kaspersen: *Formation and Development*, S. 122f.

wurden schon 1949 von einer Kommission erarbeitet, was jedoch nur bedingt zu einer Reaktion bei den bürgerlichen Parteien führte. Dies bedeutete, dass in den kommenden Jahren immer wieder neue Versionen der beiden Systeme vorgelegt und diskutiert wurden.

1956 wurde eine einheitliche Rente für alle Bürger eingeführt und der Staat versprach die Sicherheiten für die Finanzierung. Für die Leistungen gab es einen Mindestbetrag und vom Einkommen abhängige Zulagen, die sich mit steigendem Einkommen verringerten. Bis 1961 wurde die Altersgrenze auf 67 Jahre für Männer und 62 Jahre für Frauen angehoben.⁸

Grundsätzlich stellten die sechziger Jahre eine Zeit der Blüte für den Wohlfahrtsstaat dar. Der finanzielle Aufschwung half dem Staat dabei, Reformen durchzusetzen, und machte sich auch für die Bürger bemerkbar. Zentral für diese Entwicklung war das Rehabilitationsgesetz (*Lov om Revalidering*) von 1960. Die Idee hinter dem Gesetz war, die Leistungen individueller zu gestalten, so dass auf die Situation des Einzelnen reagiert werden konnte. Zusammen mit einer präventiven Sozialpolitik sollte also den Betroffenen geholfen werden, bevor sie komplett von Sozialleistungen abhängig waren. Es wurde somit zusätzliche Hilfe für den Einzelnen zur Verfügung gestellt. Der Staat sah sich nicht nur in der Rolle eines Sicherungsnetzes, das die Bürger auffangen würde, wenn es notwendig wird, sondern wollte aktiv in die Vorbeugung eingreifen. Zusätzlich wurde auch die Volksrente weiter ausgebaut. Besonders die Einführung der ATP-Zusatzpension (*Arbejdsmarkedets tillægspension ATP*) war ein wichtiger Punkt. Alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber zwischen 18 und 66 Jahren waren davon betroffen und zahlten, ein Drittel die Arbeitnehmer und zwei Drittel die Arbeitgeber, in einen Fond.

⁸ Vgl. Petersen: *Legitimität und Krise*, S. 137–150.

In den sechziger Jahren rückte dann auch die Kulturpolitik erstmals ins Zentrum. Während schon zuvor Versuche unternommen worden waren, den Kulturbetrieb durch staatliche Förderungen zu stärken, wurden jetzt diverse Gesetze erlassen, beispielsweise Staatssubventionen für Orchester oder das Theatergesetz von 1963, die einen Teil des gewonnenen Wohlstandes in die Kultur leiteten. Besonders den Sozialdemokraten war es wichtig, die Kultur als Gegenpol zu den schnellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu etablieren. Gleichzeitig sahen sie die Kultur als wichtig für die Gleichheitsziele an und wollten sie daher bewusst von den Marktmechanismen lösen.⁹

Die Kulturdebatte stellt jedoch einen Punkt früher Kritik am Wohlfahrtsstaat dar. Die Förderung von Künstlern und die Subventionierung von staatlicher Seite stellten für viele Bürger und auch Politiker ein elitäres Kunstverständnis dar. Dabei fand nicht nur eine kulturfeindliche Einstellung Ausdruck, sondern es ging auch darum, ›traditionelle‹ dänische Kunst gegenüber den Einflüssen der Moderne zu verteidigen. Die zentrale Figur in diesem Streit war der Lagerverwalter Peter Rindal.

Zudem gab es in dieser Zeit auch die ersten grundsätzlichen Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat. Zentral war hierfür der 1960 vorgeschlagene *VK-Plan* der Radikalen Linken und der Konservativen Volkspartei, die in den jüngsten Entwicklungen die Gefahr einer ›Gratis-Mentalität‹ sahen. Der Plan zielte darauf ab, eine Alternative zu der Entwicklung zu bieten, die dem Einzelnen immer weniger Verantwortung überließ. Sie sahen eine Gefahr darin, den Staat zu stark in die Privatsphäre eingreifen zu lassen. Daher setzten sie sich dafür ein, dass die staatlichen Leistungen auf Bedürftige und hilflose Menschen beschränkt würden, und wollten die Bürger wieder stärker

⁹ Vgl. ebd., S. 217–221.

in die Pflicht nehmen. Dieser Plan war aufgrund der starken Zustimmung, die das Wohlfahrtsstaatsprojekt in der Bevölkerung und bei den anderen Parteien besaß, zum Scheitern verurteilt. Dennoch ist es wichtig zu sehen, wie früh sich schon eine Kritik, erfolgreich oder nicht, manifestierte. Für die Sozialdemokraten bedeutete dies, dass sie mit ihren Vorschlägen zu sozialen Reformen vorsichtiger umgehen mussten.

Die zu Beginn der sechziger Jahre noch so stark ausgeprägte politische Selbstverständlichkeit des Wohlfahrtsstaats schwand gegen Ende der sechziger Jahre stark. Dabei handelte es sich nicht grundsätzlich um eine Ablehnung des sozialen Prinzips, das hinter dem Wohlfahrtsstaatsprojekt stand, sondern um sowohl verwaltungstechnische als auch moralische Kritikpunkte, die von verschiedenen Instanzen der Gesellschaft vorgetragen wurden. Das markanteste Beispiel hierfür war Mogens Glistrup, der 1972 mit der Gründung der *Fremskridtspartiet* (Fortschrittspartei) eine sehr erfolgreiche Protestpartei schuf, die aus der Wahl 1973 als zweitstärkste Partei hervorging. Der Erfolg ging auf die radikalen Forderungen Glistrups zurück. Selbst im Gegensatz zu den anderen Protestparteien, der Christlichen Volkspartei und den Zentrums- Demokraten, zeichnete sich die *FrP* durch eine sehr starke Abneigung gegen den aktuellen Wohlfahrtsstaat aus. Glistrup forderte zum einen eine Senkung der Steuern auf 0% und wollte zum anderen eine Rückkehr zu einer residualen Sozialpolitik, die dafür zuständig war, denjenigen zu helfen, die sich selbst nicht mehr helfen konnten. Die deutlich gestiegene Zahl der Angestellten im öffentlichen Sektor war ein zentraler Faktor für seine Kritik am Wohlfahrtsstaat, da der Einzelne ausgebeutet würde, um den Staat aufrecht zu erhalten. Moralisch wandte er sich hauptsächlich gegen die angeblich korrumpierende Funktion des Wohlfahrtsstaats, da er den Bürgern die Ver-

antwortung entzöge, was zu einer hohen Anzahl von ›Sozialschmarotzern‹ führe.¹⁰

Gleichzeitig kam auch eine Kritik aus dem linken Spektrum auf. Nicht alle dieser Protestbewegungen richteten sich dabei in erster Linie gegen den Wohlfahrtsstaat. Die Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg und die Atomkraft waren Ausdruck einer generellen Kritik an der Politik, wie es auch die Gründung des Frøstrup-Lagers (*Frøstrup-Lejr*) und *Christianias* waren. Besonders aber die Frauenbewegung warf dem Wohlfahrtsstaat seine geschlechterspezifische Politik vor, die die Diskriminierung der Frauen reproduzieren würde.¹¹

Die Gründe für diese Entwicklung hin zu wohlfahrtskritischen Diskursen sind zahlreich. Grundlegend hatten sich zwei Faktoren verändert: Der Kalte Krieg näherte sich einem Ende, was Dänemark neue außenpolitische Möglichkeiten eröffnete, gleichzeitig aber auch eine Neuorientierung erforderte, und der wirtschaftliche Aufschwung der frühen sechziger Jahre ging langsam in eine Stagnation über. In den frühen siebziger Jahren wurde sogar eine leichte Krise spürbar. Diese schwierige wirtschaftliche Situation wurde zusätzlich durch die bereits abgeschlossenen Reformen belastet, deren Kosten sich erst im Laufe der Zeit voll entfalteten.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer grundlegenden Diskussion über die Ziele des Wohlfahrtsstaates. Es wurden in der Mitte der sechziger Jahre mehrere Pläne entwickelt, um die Kosten in den Griff zu bekommen, was aber nur kurzfristige Erleichterungen mit sich brachte. Abgesehen von den finanziellen Problemen war der Wohlfahrtsstaat nun jedoch grundlegend in der Kritik, was auch von politischer Seite eine Neubewertung der Entwicklung mit sich zog.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 167–170.

¹¹ Vgl. ebd., S. 264–266.

Diese Problematik wurde von den Parteien auf unterschiedliche Weise bewertet. Während vor allem die Konservativen versuchten, Leistungen zu kürzen und beispielsweise das Rentenalter anzuheben, stellten sich die Sozialdemokraten strikt dagegen und warben für einen weiteren Ausbau, um zumindest der Kritik aus dem linken Spektrum zu entgehen. Die Situation für die Sozialdemokraten war schwierig, da sie am stärksten mit dem Wohlfahrtsstaat identifiziert wurden, was zu Einbußen bei den Wahlergebnissen führte. Unter anderem veränderte sich auch die Rhetorik der Partei. Während es bisher die Experten und Gremien waren, die eine tragende Rolle gespielt hatten, wurde der Funktionalismus selbst nun einer Kritik unterzogen. In ihrem Wahlprogramm von 1969 wenden sie sich stärker ›menschlichen‹ Werten zu, indem sie davor warnten, die Technik und die Produktion über den Menschen zu stellen.¹²

Trotz der Diskussionen wurde der Wohlfahrtsstaat weiter ausgebaut. 1971 wurde ein neues Krankenversicherungsgesetz verabschiedet, das eine obligatorische Versicherung und eine Organisation unter Leitung der Kommunalverwaltung einführte. 1972 folgte dann eine Krankentagesgeldreform, die eine Erhöhung der Leistungen und der Beiträge von Arbeitnehmern und vor allem -gebern mit sich führte. Als letztes wurde 1974 das Sozialhilfegesetz umgesetzt.

In den achtziger Jahren wurde der Wohlfahrtsstaat weiter ausgearbeitet. So wurde das Rentensystem an den Arbeitsmarkt gebunden und auch auf die Kritik der Frauenbewegung wurde stärker eingegangen. Grundsätzlich kann man über Skandinavien sagen, dass die Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsmarkt, die staatlichen Leistungen für Frauen und auch die Anzahl der Frauen in Führungspositionen höher liegt als im Rest der Welt, was auch als Resultat der

¹² Vgl. ebd., S. 281f.

Entwicklung der achtziger und neunziger Jahre gesehen werden kann.¹³

Erstaunlich ist dieser Weiterausbau des Wohlfahrtsstaates auf der einen Seite vor dem Hintergrund der massiven Kritik, die am Wohlfahrtsstaatsprojekt ab den sechziger Jahren geübt wurde, und auf der anderen Seite angesichts der ökonomischen Krise, die Dänemark Ende der siebziger Jahre erreichte. Die Schulden, die in dieser Zeit aufgenommen werden mussten, machten die Abhängigkeit vom europäischen Markt noch stärker. Hinzu kam, dass die Entwicklungen innerhalb Europas, beispielsweise die Herausbildung eines gemeinsamen europäischen Marktes, die Situation in Dänemark veränderten und die politischen Möglichkeiten einschränkten.

Die Kritik am Wohlfahrtsstaatsprojekt stützte sich dabei auf zwei zentrale Punkte. Zum einen wurde die Frage laut, wie nach Jahren eines starken Wohlfahrtsstaats die Ungleichheit in der Gesellschaft noch so groß sein könne, was in erster Linie die Begründung der linken Kritik war, und zum anderen, wie es möglich sei, dass eine Krise auch Dänemark treffen könne, wenn doch der Wohlfahrtsstaat und der ›starke‹ Staat die Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufschwung seien, wie besonders in den fünfziger und sechziger Jahren von den Sozialdemokraten betont wurde.

Die linke Kritik wurde dabei relativ schnell absorbiert, indem besonders an der Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt gearbeitet wurde und grundsätzlich auch weiterhin der Fokus auf die Gleichstellung in der Gesellschaft gelegt wurde. Die wirtschaftliche Kritik war substanzieller, wodurch sich auch der Erfolg der Protestparteien erklären lässt. Dies führte notgedrungen auch zu einigen

¹³ Vgl. Christiansen, Niels Finn, u. Markkola, Pirjo: »Introduction«. In: Christiansen, Niels Finn, u.a. (Hg.): *The Nordic Model of Welfare. A Historical Reappraisal*. København: Museum Tusculanum Press, 2006, S. 9–30, hier S. 23.

Kürzungen von Beiträgen oder der Empfangszeiträume, am Grundprinzip des Wohlfahrtsstaates wurde jedoch festgehalten.¹⁴

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde der Wohlfahrtsstaat wieder positiv bewertet. Es gab kaum Parteien, die noch fundamentale Kritik am Wohlfahrtsstaat äußerten, und auch in der Öffentlichkeit war er voll akzeptiert. Die Probleme, vor denen das Projekt jetzt stand, waren die zunehmend ältere Gesellschaft, die steigende Zahl der Langzeitarbeitslosen und die Abhängigkeit des Staates von internationalen Entwicklungen, die mit der Globalisierung an Bedeutung gewann. Grundlegend wurde die politische Debatte von dem Mangel an Alternativen bestimmt.¹⁵

Sehr viel Aufmerksamkeit bekam jetzt die steigende Einwanderung, die den Wohlfahrtsstaat angeblich bedrohte, und die damit zusammenhängende finanzielle Belastung für den Staat. Dieser Punkt ist in Dänemark vor allem von der *Dansk Folkeparti* (Dänische Volkspartei), die aus der *FrP* hervorging, immer wieder in die Medien gebracht worden und bestimmte über weite Strecken ihre Politik, mit der sie zu einer erfolgreichen Partei geworden ist.¹⁶

Typologie der Wohlfahrtsstaaten

In der Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten auf internationaler Ebene etwas spezifisch Skandinavisches auszumachen, ist für die Betrachtung des Nordens von Vorteil, birgt jedoch besonders dann Gefahren, wenn die Untersuchung breiter gefasst werden soll. Ausgearbeitet wurde der Begriff *nordic welfare model* in Gösta Esping-Andersens Studie *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Er entwickelte drei

¹⁴ Ebd., S. 26f.

¹⁵ Hilson, Mary: *The Nordic Model. Scandinavia since 1945*. London: Reaktion Books, 2008, S. 112.

¹⁶ Vgl. Christiansen, Niels Finn, u. Markkola, Pirjo: *Introduction*, S. 27f.

verschiedene *Regimes* des Wohlfahrtsstaates. Entscheidend für die Einteilung in die verschiedenen *Regimes* ist der Grad der Kommodifizierung. Das erste *Regime* beschreibt er als den liberalen Wohlfahrtsstaat, dessen zentrale Vertreter die Vereinigten Staaten von Amerika, Australien und Kanada sind. Dieses Modell ist marktwirtschaftlich fokussiert, die sozialen Leistungen kommen nur zu einem geringen Teil vom Staat, sondern werden zum großen Teil über private Versicherungen organisiert. So ist der Staat nur für jene Minderheit der Bürger zuständig, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu versorgen.

Das zweite *Regime* wird als korporatistisch bezeichnet und beschreibt Staaten wie Deutschland, Frankreich und Österreich. Soziale Leistungen werden hier vom Staat übernommen, sind jedoch in erster Linie an den gesellschaftlichen Status gebunden. Zentral ist hier nicht die Umverteilung des Wohlstands, sondern eine Absicherung für die Bürger, die auf eine Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status zielt. In der Regel ist dieses Modell durch die Kirche beeinflusst, was eine stark familiär basierte soziale Absicherung bedingt. Der Staat greift erst dann ein, wenn die Möglichkeiten der Familie erschöpft sind.

Das dritte *Regime* betrifft Skandinavien und wird als sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat beschrieben. Der zentrale Aspekt, der ihn von den anderen Modellen unterscheidet, ist die starke Umverteilung des Wohlstandes. Von staatlicher Seite sollte also nicht nur ein Sicherheitsnetz gegen die Armut gespannt werden, sondern es wurde versucht, die gleichen hohen Standards für möglichst große Teile der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Dabei wird präventiv gearbeitet und nicht gewartet, bis die Familie am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt ist. Gleichzeitig ist das System universal, die Leistungen werden also allen Bürger gleichermaßen zur Verfügung gestellt und sie sind auch nicht davon abhängig, wie lange man bereits

gearbeitet oder einbezahlt hat, sondern alleine von der Staatsbürgerschaft. Im dritten *Regime* kann man von einer De-Kommodifizierung sprechen, da soziale Gleichheit durch Neutralisierung der Marktkräfte ein explizites Ziel ist.

Dieses Schema hat trotz seiner rasanten Verbreitung einige Kritik erfahren. Wesentliche Kritikpunkte waren der starre Aufbau, der eigentlich kaum Staaten finden ließ, die wirklich einem der Modelle zugeordnet werden konnten, die Fixierung auf Schweden als dem ›besten‹ Wohlfahrtsstaat und vor allem die fehlende Beachtung der Gender-Perspektive.¹⁷ In den letzten Jahren hat es auch Stimmen gegeben, die die Organisation in Modellen grundsätzlich infrage gestellt haben, da eine solche Schematisierung zu stark von Verallgemeinerungen abhängig sei und einen Vergleich auf internationaler Ebene erschweren würden, vor allem, wenn eine Betrachtung der historischen Entwicklung und keine Momentaufnahme angestrebt sei.¹⁸

Dennoch ist es in diesem Zusammenhang sinnvoll, dieses Modell zu benutzen, weil spezifisch Skandinavien untersucht werden soll und um eine Basis für den interskandinavischen Vergleich zu schaffen.

Die zentralen Punkte des skandinavischen Modells, die auch im historischen Überblick über die Entwicklung des dänischen Wohlfahrtsstaates und in der Beschreibung Esping-Andersens schon durchscheinen, sind die Universalität der Leistungen, die starke Um-

¹⁷ Es gibt auch alternative Modelle, beispielsweise von Korpi/Palme, in denen zwischen den skandinavischen Staaten deutlich größere Unterschiede hervorgehoben werden.

¹⁸ Kettunen, Pauli, u. Petersen, Klaus: »Introduction: rethinking welfare state models«. In: Kettunen, Pauli, u. Klaus Petersen: *Beyond Welfare State Models. Transnational Historical Perspectives on Social Policy*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing Limited, 2011, S. 1–15, hier S. 1f.

verteilung des Wohlstandes und die hohe steuerliche Belastung durch einen starken Staat. Grundsätzlich sollte man dieses Modell jedoch als »model with 5 exceptions«¹⁹ betrachten, da es trotz der beträchtlichen Gemeinsamkeiten auch deutliche Unterschiede gibt.

Wieso war es möglich, ein solches System in Skandinavien zu entwickeln? Eine Erklärung hierfür ist sicherlich das politische System, das eine solche Entwicklung vorantrieb. Während die Regierungen sich veränderten, wurde der Wohlfahrtsstaat von fast allen Parteien grundsätzlich unterstützt. Da es nur sehr selten Parteien mit einer absoluten Mehrheit gab, war eine große Kompromissbereitschaft vorhanden, was die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates gewissermaßen wahlresistent machte. Gleichzeitig erklärt dies jedoch nicht, wieso so große Einigkeit entstehen konnte. Dahl sieht einen Grund dafür in der zentralen Stellung der Gleichheit in Skandinavien. Eines der zentralen Ziele des *nordic welfare models* wird darin gesehen, durch die Umverteilung und universelle Vergabe von Leistungen die sozialen Unterschiede in der Gesellschaft zu beseitigen. Unabhängig davon, wie zentral dieser Punkt für die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates gewesen ist, wird in vielen Diskussionen ein Hauptaugenmerk auf ihn gelegt.²⁰ Dies lässt sich nicht eindeutig

¹⁹ Christiansen, Niels Finn, u. Åmark, Klaus: »Conclusions«. In: Kettunen, Pauli, u. Klaus Petersen: *Beyond Welfare State Models. Transnational Historical Perspectives on Social Policy*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing Limited, S. 335–354, hier S. 335.

²⁰ Mit diesem Begriff setzt sich auch Hansen auseinander, der zumindest für die Entwicklung ab 1990 Beispiele und Äußerungen anführt, die zeigen, dass die Zielsetzung nicht so eindeutig festzulegen ist. Allerdings wird auch durch seinen Beitrag deutlich, wie präsent der Begriff in den Diskussionen um den Wohlfahrtsstaat ist. Vgl. Hansen, Erik Jørgen: »Lighed og velfærdsstaten«. In: Petersen, Jørn Henrik, Klaus Petersen u. Lis Holm Petersen (Hg.): *13 Værdier bag den danske velfærdsstat*. Odense: Syddansk Universitetsforlag, 2007, S. 39–54.

auf eine bestimmte Begebenheit zurückführen, jedoch führt Dahl an, dass besonders die Erweckungs- und Laienbewegungen einen Massenkonservatismus verhinderten, da schon im 19. Jahrhundert nicht auf die Kirche als soziale Institution vertraut wurde, sondern die kleinen religiösen Gemeinden, die oftmals in Opposition zur Staatskirche standen, Solidarität förderten. Die kaum vorhandenen Klassenkämpfe und lange Friedenszeiten führten dazu, dass die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates ungehindert fortschreiten konnte.²¹ Dazu kommen der hegemoniale Status, den das Luthertum in Skandinavien hatte,²² was besonders für den Vergleich der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten miteinander und die Erklärung der Gemeinsamkeiten ein hilfreicher Aspekt ist, und die Hegemonie, die die Sozialdemokraten lange Zeit aufrecht erhalten konnten, was zu einer stabilen politischen Planung führte. Es ist in diesem Zusammenhang jedoch wichtig zu erwähnen, dass diese Hegemonie nicht durchgängig vorhanden war, so dass es von dem betrachteten Zeitraum abhängt, wie sehr man auf diesen Aspekt fokussieren kann.²³

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, wie beispielsweise Deutschland oder Frankreich, hat die Situation in Skandinavien zu einer Gesellschaft geführt, in der Gleichheit so grundsätzlich verankert war, dass sich ein starker Staat entwickeln konnte, ohne dass sich der Großteil der Bevölkerung in seiner Freiheit ein-

²¹ Dahl, Hans Fredrik: »Die Gleichheit und ihre Folgen«. In: Graubard, Stephen R. (Hg.): *Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit. Essays über den nordischen Wohlfahrtsstaat*. Baden-Baden: Nomos Verlag, 1988, S. 96–110, hier S. 103–106.

²² Auf diesen Aspekt geht vor allem der Beitrag von Stefanie Klotzek (in diesem Band) genauer ein.

²³ Vgl. Christiansen, Niels Finn, u. Petersen, Klaus: »Preface«. In: *Scandinavian Journal of History* 26:3 (2001), S. 153–156, hier S. 154f.

geschränkt fühlte. Dies machte die hohe Steuerbelastung und die starke Umverteilung der Güter möglich.

Wohlfahrtsstaat und Rechtspopulismus

Gibt es Verbindungspunkte zwischen dem nordischen Wohlfahrtsstaat und dem Erfolg des nordischen Rechtspopulismus? Es hat einige Untersuchungen dazu gegeben, inwiefern vor allem die Einwanderung den Wohlfahrtsstaat finanziell belastet und wie die mediale Präsentation dieser Problematik Wähler zu Parteien führte, die einer Umverteilung des Wohlstandes negativ gegenüberstehen, um Einwanderern den Empfang der Leistungen zu erschweren. Dies ist in Skandinavien besonders interessant, da die Umverteilung des Wohlstandes ein ausgemachtes Ziel des Wohlfahrtsstaates ist. Finseraas kommt dabei zu zwei Konklusionen: Die von ihm untersuchten Daten können weder seine erste Hypothese, steigende Einwanderung würde zu einer anti-solidarischen Haltung führen, stützen, noch seine zweite, dass *cross-cutting* Wähler, die Umverteilung wünschen, gleichzeitig aber auch gegen liberale Einwanderungsstrategien sind, zunehmend auf der Grundlage ihrer Haltung gegen die Einwanderung stimmen würden.²⁴ Auch in finanzieller Hinsicht zeigen Untersuchungen, dass »the fiscal effects of immigration are hardly a threat to the sustainability of the Nordic welfare model«.²⁵ Trotzdem hält Finseraas fest:

²⁴ Finseraas, Henning: »Anti-immigration attitudes, support for redistribution and party choice in Europe«. In: Kvist, Jon, u.a. (Hg.): *Changing Social Equality*. Bristol: The Policy Press, 2012, S. 23–44, hier vgl. S. 39.

²⁵ Gerdes, Christer, u. Wadensjö, Eskil: »Is immigration challenging the economic sustainability of the Nordic welfare model?«. In: Kvist, Jon, u.a. (Hg.): *Changing Social Equality*. Bristol: The Policy Press, 2012, S. 187–200, hier S. 197.

Although the results suggest that ethnic heterogeneity neither constitutes a direct threat to the legitimacy of the Nordic welfare state, nor directly undermines support for Left political parties, they nonetheless suggest that a relatively high unemployment rate among immigrants [...] shrinks the support for Left parties.²⁶

Dennoch muss man für Skandinavien festhalten, dass das Ergebnis dieser Untersuchungen nur bedingt erklärt, weshalb sowohl der Wohlfahrtsstaat als auch die Rechtspopulisten so großen Zuspruch bekommen. In Bezug auf Finseraas' Thesen muss zunächst auf die politische Landschaft eingegangen werden. Wie schon oben erwähnt, ist zum einen eine sehr starke Kompromissbereitschaft vorhanden, und zum anderen hat der Wohlfahrtsstaat einen so hegemonialen Status, dass alle Parteien sich für ihn aussprechen, in besonderem Maße auch die Rechtspopulisten. Dies bedeutet, dass die Einteilung in ein rechtes Lager gegen die Umverteilung und ein linkes dafür nicht funktioniert. Insofern sind die Grundthesen Finseraas' in Bezug auf Skandinavien schwierig. Auch das Argument der finanziellen Bedrohung durch die Einwanderung ist insofern wenig relevant, als für den Erfolg der Rechtspopulisten weniger die Fakten wichtig sind, als vielmehr die öffentliche Diskussion und die Weise, auf die diese Fakten ausgelegt werden. Während der Wohlfahrtsstaat also unmittelbar von der Einwanderung nicht bedroht sein mag, bedeutet dies nicht, dass die These einer Bedrohung den Rechtspopulisten nicht zu Erfolg verhelfen kann.

Die *DF* hat sich stark an der Diskussion um den dänischen Wohlfahrtsstaat beteiligt. Dabei steht zunächst außer Frage, dass der Wohlfahrtsstaat befürwortet wird. Peter Skaarup, der Vize-Vorsitzende der *DF*, schrieb in einem Blogeintrag 2010:

²⁶ Finseraas: *Anti-immigration*, S. 39.

In der Dänischen Volkspartei haben wir nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass wir vom dänischen Wohlfahrtsstaatsmodell sogar sehr begeistert sind, das ganz entscheidend dafür ist, dass wir ein gut funktionierendes und homogenes Dänemark bewahren.²⁷

Dieses Zitat zeigt auch, wie wichtig die Homogenität für die *DF* ist. In diesem Zusammenhang ist die Gleichheit ein zentraler Begriff, die als Legitimation für die Ausgrenzung von Minderheiten genutzt wird. Dies wird auch in einem weiteren Blogeintrag Skaarups deutlich, wenn er schreibt:

[W]ir würden es lieber sehen, wenn die Einwanderer arbeiten würden, oder es unterlassen, hierher zu kommen, wenn sie nicht zur Gesellschaft beitragen wollen, statt den Wohlstand der Dänen zu belasten.²⁸

Es zeigt sich hier deutlich, dass Einwanderer grundsätzlich als Bedrohung für den dänischen Wohlfahrtsstaat angesehen werden, wenn sie sich nicht anpassen.

Zwei Voraussetzungen für das *nordic welfare model* werden hier angesprochen: Zum einen die Homogenität als Voraussetzung für die Entwicklung des Modells, die durch die Einwanderung beeinträchtigt wird, was weitestgehend negativ dargestellt wird; zum anderen das Ziel der Vollbeschäftigung, das für die Finanzierung des Wohlfahrtsstaats wichtig ist, um auf der einen Seite die Selbstversorgung von weiten Teilen der Bevölkerung sicherzustellen und auf der anderen

²⁷ http://www.danskfolkeparti.dk/Dansk_Folkeparti_redder_velf%C3%A6rden__8549_835.asp (Abgerufen am 27.08.2012). »Vi har aldrig lagt skjul på i Dansk Folkeparti, at vi er endog meget begejstrede for den danske velfærdsmodel, som er helt afgørende for, at vi bevarer et velfungerende, homogent Danmark«.

²⁸ http://www.danskfolkeparti.dk/Dansk_Folkeparti_redder_velf%C3%A6rden__8549_835.asp (Abgerufen am 27.08.2012). »[V]i vil hellere have indvandrere til at arbejde eller at undlade at komme hertil, hvis de ikke vil bidrage til samfundet, frem for at skære i danskernes velfærd«.

Seite Steuereinnahmen zu sichern. Dies verdeutlicht auch die damalige Vorsitzende der *DF*, Pia Kjærsgaard, in einem *ugebrev* (Wochenbrief):

Einwanderer, die sich weigern zu arbeiten, müssen ökonomisch bestraft werden, und Kommunen, die Einwanderer passiv in Parallelgesellschaften ohne Beschäftigungsangebote leben lassen, sollten auch Sanktionen erhalten.²⁹

Im Gegensatz zu den oben zitierten Thesen zeigt sich hier also, dass die Einwanderung von der *DF* nicht dazu genutzt wird, die Umverteilung des Wohlstandes durch den Staat einzugrenzen oder gar den Wohlfahrtsstaat grundsätzlich infrage zu stellen, sondern der Wohlfahrtsstaat als Argument für eine restriktivere Einwanderungspolitik dient. Da das Wohlfahrtsstaatsprojekt nicht prinzipiell hinterfragt wird, nutzt die *DF* diese Problematik, um auf der einen Seite eine stärkere, assimilitative Integration zu forcieren und auf der anderen Seite diese Integration zur Grundvoraussetzung für den Aufenthalt in Dänemark zu machen.

Dennoch kann man in ihren Plänen ebenfalls konkrete Vorschläge zur Veränderung des Wohlfahrtsstaates ausmachen. Obwohl sie ein Punktesystem für Einwanderer aus nicht-europäischen Ländern einführten, machten sie sich auch für Steuererleichterungen stark. Dies dürfe jedoch keinen Einfluss auf die sozialen Leistungen in zentralen Bereichen der Gesellschaft haben, wie beispielsweise der Pflege von Alten, das Gesundheitswesen oder die Ausbildung.³⁰

²⁹ http://danskfolkeparti.dk/Velf%C3%A6rd_med_sammenh%C3%A6ng_.asp (Abgerufen am 27.08.2012). »Indvandrere, som afviser at tage et arbejde, skal straffes økonomisk, og kommuner, som passivt lader indvandrerne leve i parallelsamfund uden tilbud om beskæftigelse skal også mødes med sanktioner«.

³⁰ Vgl. http://www.danskfolkeparti.dk/Skat_og_ret%C3%A6rdighed.asp

Auch bei den anderen skandinavischen Rechtspopulisten, den *Sverigedemokraterna* (Schwedendemokraten) und der *Fremskrittspartiet* (Fortschrittpartei), lassen sich diese Tendenzen feststellen. Im Prinzipienprogramm der *SD* wird auf der einen Seite ebenfalls von Steuersenkungen gesprochen, auf der anderen Seite wird auch hier der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsstaat und Einwanderung stark gemacht: »Es muss im Grunde eine gemeinsame Identität geben, damit diejenigen, die mehr haben, bereit sind, mit denen zu teilen, die weniger haben«,³¹ heißt es dort, und weiter: »Aus diesem Grund gibt es auch einen inhärenten Gegensatz zwischen Wohlfahrt und Multikulturalismus.«³² Im Gegensatz zum Programm der *DF* wird an dieser Stelle nicht auf die Integration eingegangen. Ob durch eine Assimilation in die schwedische Kultur Einwanderung und Wohlfahrtsstaat vereint werden könnten, bleibt offen.

Derartige Äußerungen sind auch bei der *FrP* zu finden. Während sie sich zwar für einen gemäßigteren Wohlfahrtsstaat einsetzt, der ein Sicherungsnetz für viele Bereiche der Gesellschaft spannen soll, aber die persönliche Freiheit und Verantwortung ins Zentrum stellt, ist es nicht verwunderlich, dass ihre Stellungnahme zum Wohlfahrtsstaat ihren Ausgangspunkt in den ›norwegischen Werten‹ nimmt: »Dies

(Abgerufen am 27.08.2012).

³¹ <https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/principprogram/valfarden/> (Abgerufen am 27.08.2012). »Det måste finnas en gemensam identitet i botten för att de som har mer ska vara beredda att dela med sig till dem som har mindre«.

³² <https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/principprogram/valfarden/> (Abgerufen am 27.08.2012). »Av denna anledning finns det också en inneboende motsättning mellan välfärd och mångkulturalism.«

[die Wohlfahrtsgesellschaft] soll auf norwegischen Werten und dem norwegischen Kulturerbe aufgebaut werden«.³³

Die Parteien setzen sich also dafür ein, dass die Leistungen des Wohlfahrtsstaates vorrangig oder exklusiv den eigenen Bürgern vorbehalten sind. Diese Form des *welfare chauvinism* oder *welfare nationalism* lässt sich auch bei anderen Parteien Europas feststellen, jedoch führt dies in Skandinavien nicht dazu, dass die Leistungen grundsätzlich reduziert oder infrage gestellt werden.³⁴ Dieser Punkt macht deutlich, dass Skandinavien eine Sonderstellung einnimmt, auch wenn das *nordic welfare model* einige Kritik erfahren hat. Die Einwanderung wird nicht dazu genutzt, gegen den Wohlfahrtsstaat zu argumentieren, sondern umgekehrt wird durch die angebliche Bedrohung, die die Einwanderung für den Wohlfahrtsstaat darstellt, für eine restriktivere Einwanderungspolitik argumentiert. Der Wohlfahrtsstaat wird in den Parteiprogrammen als etwas beschrieben, das die nationale Identität konstituiert und das somit den Einwohnern des Landes vorbehalten sein sollte.³⁵ Dies führt auf der einen Seite dazu, dass Einwanderer sich anpassen müssen, um akzeptiert zu werden, und auf der anderen Seite führt die Universalität der Leistungen dazu, dass diejenigen, die keine bekommen, auch gesellschaftlich ausgeschlossen werden. Während es also in den Anfängen

³³ <http://www.frp.no/VELFERDSSAMFUNNET.d25-TgRrSZa.ips> (Abgerufen am 28.07.2012). »Dette skal bygges på norske verdier og norsk kulturarv«.

³⁴ Vgl. Mudde, Cas: *The ideology of the extreme right*. Manchester: Manchester University Press, 2000, S. 174f.

³⁵ Vgl. MUSIAL, Kazimierz: *Roots of the Scandinavian Model. Images of Progress in the Era of Modernization*. Baden-Baden: Nomos Verlag, 2002, S. 204.

des Wohlfahrtsstaates noch gesellschaftliche Sanktionen mit sich führte, Leistungen zu empfangen, ist es nun umgekehrt.³⁶

³⁶ Dingeldey, Irene: *Der aktivierende Wohlfahrtsstaat. Governance der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland*. Frankfurt: Campus Verlag, 2011 (= Schriften des Zentrums für Sozialpolitik; Bd. 24), S. 235.

LITERATUR

- MUDDE, Cas: *The ideology of the extreme right*. Manchester: Manchester University Press, 2000.
- CHRISTIANSEN, Niels Finn, u. MARKKOLA, Pirjo: »Introduction«. In: CHRISTIANSEN, Niels Finn, u.a. (Hg.): *The Nordic Model of Welfare. A Historical Reappraisal*. København: Museum Tusulanum Press, 2006, S. 9–30.
- CHRISTIANSEN, Niels Finn, u. PETERSEN, Klaus: »Preface«. In: *Scandinavian Journal of History* 26:3 (2001), S. 153–156.
- CHRISTIANSEN, Niels Finn, u. ÅMARK, Klaus: »Conclusions«. In: KETTUNEN, Pauli, u. Klaus PETERSEN: *Beyond Welfare State Models. Transnational Historical Perspectives on Social Policy*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing Limited, S. 335–354.
- DAHL, Hans Fredrik: »Die Gleichheit und ihre Folgen«. In: GRAUBARD, Stephen R. (Hg.): *Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit. Essays über den nordischen Wohlfahrtsstaat*. Baden-Baden: Nomos Verlag, 1988, S. 96–110.
- DINGELDEY, Irene: *Der aktivierende Wohlfahrtsstaat. Governance der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland*. Frankfurt: Campus Verlag, 2011 (= Schriften des Zentrums für Sozialpolitik; Bd. 24).
- ESPING-ANDERSEN, Gøsta: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. New Jersey: Princeton University Press, 1990.
- FINSERAAS, Henning: »Anti-immigration attitudes, support for redistribution and party choice in Europe«. In: KVIST, Jon, u.a. (Hg.): *Changing Social Equality*. Bristol: The Policy Press, 2012, S. 23–44.
- GERDES, Christer, u. WADENSJÖ, Eskil: »Is immigration challenging the economic sustainability of the Nordic welfare model?«. In: KVIST, Jon u.a. (Hg.): *Changing Social Equality*. Bristol: The Policy Press, 2012.

HILSON, Mary: *The Nordic Model. Scandinavia since 1945*. London: Reaktion Books, 2008.

KASPERSEN, Lars Bo: »The Formation and Development of the Welfare State«. In: CAMPBELL, John L., John A. HALL u. Ove K. PEDERSEN (Hg.): *The Danish Experience. National Identity and the Varieties of Capitalism*. København: DJØF Publishing, 2006, S. 99–132.

KETTUNEN, Pauli u. PETERSEN, Klaus: »Introduction: rethinking welfare state models« In: KETTUNEN, Pauli, u. Klaus PETERSEN: *Beyond Welfare State Models. Transnational Historical Perspectives on Social Policy*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing Limited, 2011, S. 1–15.

MUSIAL, Kazimierz: *Roots of the Scandinavian Model. Images of Progress in the Era of Modernization*. Baden-Baden: Nomos Verlag, 2002.

PETERSEN, Klaus: *Legitimität und Krise. Die politische Geschichte des dänischen Wohlfahrtsstaates 1945–1973*. Berlin: Berlin Verlag, 1998.

INTERNET

http://www.danskfolkeparti.dk/Dansk_Folkeparti_redder_velf%C3%A6rden__8549_835.asp (Abgerufen am 27.08.2012)

http://www.danskfolkeparti.dk/Skat_og_ret%C3%A6rdighed.asp (Abgerufen am 27.08.2012)

http://danskfolkeparti.dk/Velf%C3%A6rd_med_sammenh%C3%A6ng_.asp (Abgerufen am 27.08.2012)

<http://www.frp.no/VELFERDSSAMFUNNET.d25-TgRrSZa.ips> (Abgerufen am 28.07.2012)

<https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/principprogram/valfarden/> (Abgerufen am 27.08.2012)

LISA LORENZ

Die Entstehungsgeschichte der norwegischen
Fremskrittspartiet.

Von der Protestpartei zur zweitstärksten Kraft des Landes

Die Entwicklung der norwegischen Fremskrittspartiet von einer one-issue-party zu einem bedeutenden Mitgestalter norwegischer Politik ist Gegenstand dieses Aufsatzes: Die zentralen Parteimänner, die Herausbildung eines Parteiprofils aus der Konkurrenz zwischen liberalem und konservativ-reaktionärem Flügel und die Wählerschaft der Partei werden vorgestellt und diskutiert. Entlang der Parteigeschichte wird darüber hinaus das Zusammenspiel von populistischem Stil und rechter Ideologie der Fremskrittspartiet in Anlehnung an aktuelle Forschung zum Populismusbegriff untersucht.

Spätestens seit die norwegische *Fremskrittspartiet* (FrP) als überragender Sieger aus den Stortingswahlen 2005 hervorgegangen ist, ist deutlich geworden, dass die norwegischen Rechtspopulisten unter ihren europäischen Pendants aufgrund ihrer aktuellen Bedeutung und ihrer langen Tradition hervorstechen.¹ In ihrer fast vierzigjährigen Geschichte beeinflusste die Partei die norwegische Gesellschaft und Politik und ist trotz massiver innerer Streitigkeiten, häufiger (Aus-)Richtungswechsel und vieler Unstetigkeiten nie von der Bildfläche verschwunden.

¹ Vgl. dazu die These über Herkunft und Entstehung des modernen Rechtspopulismus aus Skandinavien. Lorenz, Einhart: »Rechtspopulismus in Norwegen: Carl Ivar Hagen und die Fortschrittspartei«. In: Werz, Nikolaus (Hg.): *Populismus: Populisten in Übersee und Europa*. Opladen: Leske und Budrich, 2003, S. 195–207, hier S. 195.

Im Zusammenhang mit der Geschichte dieser Partei wird die These von der Entstehung des Rechtspopulismus in Skandinavien mit Hinweis auf die im europäischen Vergleich frühen Parteigründungen in Norwegen und Dänemark diskutiert. Hinsichtlich dieser Bedeutung des skandinavischen Rechtspopulismus in Europa und vor dem Hintergrund politikwissenschaftlicher und soziologischer Studien über Inhalte, Formen und Definitionsmerkmale des Rechtspopulismus ist vielleicht gerade Norwegen ein gutes Beispiel, um das Verhältnis von rechter Ideologie, Xenophobie und Rassismus auf der einen Seite und populistischem Stil und volksverhetzender Rhetorik auf der anderen Seite zu diskutieren. Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte und die Wurzeln der *FrP* kann zudem Aufschlüsse über die Besonderheiten der norwegischen Rechtspopulisten und ihre heutige Stellung im Parteienspektrum Norwegens geben.

Die Gründung

Die heutige *FrP* trägt ihren Namen erst seit 1977, existiert jedoch bereits seit 1973 unter der sehr symptomatischen Bezeichnung *Anders Langes Parti til sterk nedsettelse av skatter og avgifter og offentlige inngrep* [Anders Langes Partei für eine starke Senkung von Steuern, Gebühren und staatlichen Interventionen, ALP]. Typisch ist dieser komplizierte Name aus zwei Gründen: zum einen wegen der starken Fixierung auf eine zentrale Führungspersönlichkeit, die auch für viele Definitionsansätze des Rechtspopulismus in Europa als Kriterium dient, zum anderen illustriert der Name die Wurzeln der *FrP* in einer reinen Protestpartei, die sich einem einzigen Ziel verschrieben hatte.

Die Gründung der *ALP* ist auf langwährende politische Bestrebungen Anders Langes (1904–1974) zurückzuführen, der im faschis-

tischen Lager seine politische Karriere begann.² Schon in den zwanziger Jahren war er Mitglied und ab 1929 für neun Jahre Sekretär der *Fedrelandslaget* [Vaterlandsgesellschaft], einer Organisation, die sich gegen den Marxismus und das organisierte Proletariat gegründet hatte und unter anderem dadurch bekannt geworden ist, dass sie Hitler und Mussolini für den Nobelpreis vorschlug.³

Nachweisbar stand *Fedrelandslaget* unter starkem Einfluss des italienischen und deutschen Faschismus, trotzdem geriet Anders Lange während der deutschen Okkupation Norwegens des Öfteren ins Visier der Besatzer, unter anderem im Zuge des Verbots der *Fedrelandslaget* durch die deutsche Okkupationsmacht im Jahr 1940, und musste Haftstrafen absitzen.⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte Lange – mangels rechter, im Zuge der Demokratisierung verbotener Organisationen – mehrmals neue Organisationen oder Bewegungen zu gründen. In diesem Zusammenhang entstand die Zeitung *Hundeavisen* [Hundezeitung] – später *Anders Langes Avis* [Anders Langes Zeitung], die ein Potpourri aus Tipps für Hundebesitzer und politischen Einschätzungen vereinte.

Unter Anders Langes maßgeblichem Einfluss wurde am 8. April 1973 auf einer öffentlichen Veranstaltung die *ALP* gegründet.⁵ Mit den Worten »So frage ich euch: Sollen wir eine Partei gründen? Hebt die Hand in die Luft!«⁶ und einer Zustimmungsbekundung der Anwesenden wurde die *ALP* ins Leben gerufen.

² Gegenteilig: Ebd., S. 196.

³ <http://snl.no/Fedrelandslaget> (Stand: 1.6.2012).

⁴ http://snl.no/.nbl_biografi/Anders_Lange/utdypning (Stand: 1.6.2012).

⁵ Decker, Frank: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Opladen: Leske und Budrich, 2000, S. 132.

⁶ http://snl.no/.nbl_biografi/Anders_Lange/utdypning (Stand: 1.6.2012).
»Så spør jeg dere: Vil dere at vi skal danne parti? Rekk hånden i været!«

Die Gründung wurde in der unmittelbar folgenden Stortingswahl mit Erfolg gekrönt: Mit 5,0 Prozent der abgegebenen Stimmen zogen vier Vertreter der Partei, unter ihnen Anders Lange, ins Parlament ein.⁷ Mit einem politischen Minimalprogramm, das sich mit dem Namen der Partei nahezu vollständig zusammenfassen lässt, gehört nun eine *single-issue-party* zur politischen Landschaft, die mit einfachen Schlagworten die gesamte Komplexität aller bisherigen politischen Debatten in den Wind schlägt und mit simplen Lösungen angeblich die Rechte »des kleinen, einfachen Mannes der Straße« gegen »die da oben«⁸ verteidigt.

Der erste Wahlkampf der *ALP* wurde mit Geldern, die das Apartheid-Regime in Südafrika zur Unterstützung regime-freundlicher Bewegungen, vor allem in Europa, zur Verfügung stellte, mitfinanziert. In die Aufrechterhaltung der Apartheid und die Schwächung des internationalen Drucks auf das Land wegen des anhaltenden bürgerkriegsähnlichen Zustandes und der brutalen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung wurden Milliarden investiert, von denen auch die *ALP* und später bis in die 80er Jahre die *FrP* profitierte.⁹ Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die politischen Ereignisse in Südafrika, die Bewegung um Nelson Mandela und den *African National Congress* (ANC) immer wieder in den Kreisen der *ALP* und der späteren *FrP* thematisiert wurde, so schrieb Anders Lange z.B. in einer Ausgabe der *Hundeavisen*: »Alle,

⁷ <http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-4.html>;

<http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-3.html> (Stand: 1.6.2012).

⁸ Spier, Tim: *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: VS Verlag, 2010, S. 20.

⁹ Nilsen, Håvard: »Det nye folkepartiet«. In: Ders., u. Christian Anton Smedshaug (Hg.): *Folkepartiet?* Oslo: Res Publica, 2008, S. 11–27, hier S. 11f.

die für eine Mehrheitsregierung in Südafrika eintreten, sind Verräter an der weißen Rasse«. ¹⁰

Dieses erste organisierte Stadium der rechtspopulistischen Partei Norwegens weist einige Merkmale auf, die politikwissenschaftlich zur Definition des Rechtspopulismus dienen. Unterschieden werden muss zwischen den rechtsideologischen Inhalten, die sich unter dem Deckmantel einer *one-issue*-Bürgerbewegung zur Senkung der Steuern zunehmend herauskristallisieren, und den Merkmalen, die den Stil einer Partei als spezifisch populistisch charakterisieren.

Als stil-populistisch lässt sich das Merkmal des ›Vertreters des Volkes‹ anführen. So rankt sich die *ALP* schon zu Beginn – allein dem Namen nach – um eine »charismatische Führungspersonlichkeit«, ¹¹ die untrennbar mit der Partei verwoben ist. Dieses Merkmal tritt mit dem Nachfolger von Anders Lange, Carl Ivar Hagen, noch deutlicher zu Tage, der für Jahrzehnte die Partei personifiziert. Auch wird als Definitionskriterium oftmals ein lanciertes plebiszitäres Element ¹² angeführt, das sich bei der *FrP* in ihrer Gründung zeigt: Per Handzeichen wird die neue Partei vermeintlich demokratisch ins Leben gerufen.

¹⁰ Jorde, Sigurd: »Apartheidregimet ga penger til FrP-forløper«. In: *Verdensmagasinet X*, 2003:4. (aufrufbar unter: <http://www.xmag.no/id/693>) »Alle som går inn for svart flertallsstyre i Sør-Afrika er forrædere av den hvite rase«.

¹¹ Geden, Oliver: *Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag, 2006, S. 22.

¹² Vgl. ebd., S. 22.

Jahr	1973	1977	1981	1985	1989
Prozent- anteil	5,0	1,9	4,5	3,7	13,0
Mandate	4	–	4	2	22

Ergebnisse der *FrP* in den Stortingswahlen nach Prozentanteil der abgegebenen Stimmen und erreichten Mandaten im Parlament¹³

Von der Splitter- zur Volkspartei

Nach dem plötzlichen Tod Langes 1974 rückte Carl Ivar Hagen nach zwei eher unbedeutenden Interimsvorsitzenden als Parteivorsitzender nach. Er benannte 1977 die Partei in *FrP* um und schloss sie mit der *Reformparti* zusammen, die er 1974 aus Zweifel an den Führungsqualitäten Langes gegründet hatte.¹⁴ Dieser Zeitpunkt ist der Beginn des langen und prägenden Einflusses Hagens, der die Partei vom *single-issue*-Dasein zur zweitstärksten Kraft Norwegens führte und an deren Spitze für fast 30 Jahre als »charismatische Führungspersönlichkeit« fungierte.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1977 bis 1985¹⁵ konnten fast den Eindruck erwecken, als verschwände auch die *FrP* wie viele ihrer europäischen Pendants nach einer kurzen Hochzeit – und vor allem nach dem Tod der zentralen Figur der Partei – wieder in der Bedeutungslosigkeit. Doch in den Jahren bis zum fulminanten Erfolg bei den Stortingswahlen 1989 durchlebte die Partei einen tiefgreifenden Richtungswechsel.

¹³ Zusammengestellt aus: <http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-4.html>; <http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-3.html> (Stand: 1.6.2012).

¹⁴ Lorenz: *Rechtspopulismus in Norwegen*, S. 196.

¹⁵ Vgl. <http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-4.html>; <http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-3.html> (Stand: 1.6.2012).

Auf dem Landestreffen der Partei 1983 wurden die Bestrebungen des Vorsitzenden Hagen, die Themenfelder der Partei inhaltlich und ideologisch zu erweitern, deutlich. Er begann, die marktliberale Substanz der Partei zu verstärken, und weitete den Forderungskatalog der *FrP* aus: Die bislang angeblich herrschende Konzentration auf die Steuersenkung wurde in den folgenden Jahren durch Forderungen, die Mängel in Gesundheitswesen und Altenpflege betreffen, ergänzt. Verknüpft mit ausländerfeindlicher Rhetorik über die Asylbewilligungen, die in Norwegen in großem Stile ausgestellt worden seien, machte Hagen die *FrP* stärker für xenophobe, unzufriedene Wähler attraktiv.¹⁶ Dennoch blieb die Partei ihren Wurzeln treu und war neben anderen dafür verantwortlich, dass der Vorschlag der bürgerlichen Regierung, die Benzinsteuern zur Eindämmung der Auswirkung des Ölpreisfalls 1986 anzuheben, abgeschmettert wurde. An diesem Fall lässt sich auch der politische Einfluss aufzeigen, den die *FrP* bzw. ihr Frontmann Hagen mittlerweile hatte, da sie erheblich am Ende der bürgerlichen Regierung unter Willoch – trotz vorheriger gegenteiliger Versprechen – beteiligt war.¹⁷ Insgesamt machte Hagen in diesen Jahren eine Transformation zum Staatsmann durch; nicht mehr als Vertreter einer Protestbewegung, sondern als Politiker von öffentlichem Einfluss trat er nun auf, z.B. in Agitationen gegen die *Arbeiderpartiet* (*Ap*).¹⁸

Diese politische Weiterentwicklung der ursprünglichen *one-issue-party* lässt sich auch an der Ausrichtung der Partei selbst nachweisen: Neben neoliberalen Forderungen traten von jetzt an xenophobe und autoritäre zunehmend ins Zentrum der Auftritte der *FrP*. Dem Wunsch nach ›weniger Staat‹ in Form von Steuersenkungen

¹⁶ Nilsen: *Folkepartiet*, S. 16.

¹⁷ http://snl.no/.nbl_biografi/K%C3%A5re_Willoch/utdypning (Stand: 1. 6.2012).

¹⁸ Nilsen: *Folkepartiet*, S. 16.

und Privatisierungen stand die Forderung nach ›mehr Staat‹, nach härterem staatlichen Vorgehen in Kriminalfällen, einer Verstärkung der Polizei und einer strafferen Asylgesetzgebung entgegen.¹⁹ Dieser Spagat zwischen konservativ-reaktionärer und liberaler Politik, und die damit einhergehenden Widersprüche innerhalb der Partei, begleitete die *FrP* bis in die 90er Jahre hinein und lässt sich nur mit der vorangegangenen Fokussierung auf ein einziges Thema erklären.

Der enorme Aufschwung Ende der 70er bis Mitte der 80er Jahre wird unterschiedlich erklärt. Die Spezialisierung und Ausweitung der Programmatik mag zwar mit zum Erfolg der *FrP* beigetragen haben, kann aber nicht als alleinige Erklärung standhalten. Einhart Lorenz führt einen Rechtsruck der norwegischen Gesellschaft zu Beginn der 80er Jahre an und den erfolgreichen Kampf Hagens um Wähler in den Reihen der *Ap*.²⁰ Dagegen hebt Decker die Auswirkungen der ökonomischen Lage auf die politische Situation hervor und stellt einen Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Zuge der krisengeschüttelten Ökonomie der 80er Jahre im Anschluss an eine Phase der Prosperität mit den Erfolgen der *FrP* her.²¹ Gemeinsam ist ihren Analysen die Bedeutung der Rolle der Sozialdemokratie, die nach langen Jahren der Vorherrschaft einen nicht unerheblichen Teil ihrer Stammwähler – gerade in Zeiten der ökonomischen Krisen – nicht mehr vom Wohlfahrtsstaat sozialdemokratischer Prägung überzeugen konnte.

Im norwegischen Fall scheint daher das Kriterium der »Frontstellung gegenüber dem politischen Establishment«²² ausschlaggebend für die Etablierung der Rechtspopulisten im Parteienspektrum gewesen zu sein. Die Verurteilung der politischen Elite – verkörpert

¹⁹ Lorenz: *Rechtspopulismus*, S. 198.

²⁰ Ebd., S. 197, 199.

²¹ Decker: *Parteien unter Druck*, S. 134.

²² Spier: *Modernisierungsverlierer?*, S. 22.

durch die *Ap* – brachte der *FrP* Erfolge ein und trug zur Schwächung der sozialdemokratischen Vorherrschaft bei. Die Agitation gegen die etablierte politische Regierungskonstellation führte in Verbindung mit der geschickten Nutzung der Zukunftsängste und Daseins-Sorgen der norwegischen Wähler vor dem Hintergrund einer sich ökonomisch und politisch transformierenden Gesellschaft zum Erfolg.

Diese Transformation schlug sich in den Stortingswahlen 1989 nieder, durch die die *FrP* mit 13 Prozent der Stimmen 22 Sitze im Parlament eroberte.²³

Die *FrP* auf dem Weg zur zweitstärksten Macht

Der sich in den Jahren der Ausdifferenzierung der Partei andeutende Widerspruch zwischen liberalem und autoritär-konservativem Flügel brachte der Partei Anfang der 90er Jahre Niederlagen ein, hielt die *FrP* aber auf ihrem Weg zur zweitstärksten Partei des Landes nicht auf, im Gegenteil schien sich die Überwindung des Konflikts positiv auf den Aufstieg der Partei ausgewirkt zu haben. Der Stimmeinbruch bei den Wahlen 1993²⁴ auf 6,3 Prozent der Stimmen und 10 Sitze im Parlament hatte vor allem innerparteiliche Ursachen: Die Kluft zwischen liberaler und konservativer Seite wurde zu einer Zerreißprobe. Die Liberalisten der Partei – unter ihnen die gesamte Jugendorganisation *Fremskrittspartiets Ungdom (FPU)* – nahmen vom strikten, reaktionären Kurs Hagens unter anderem wegen Uneinigkeit in den Fragen der Einwanderung und der Unabhängigkeit des Marktes Abstand. Als Lösung wurden die *FRIdemokraterne* gegründet, ein Versuch, der sich bald als erfolglos herausstellte und

²³ <http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-4.html>.
<http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-3.html> (Stand: 1.6.2012).

²⁴ <http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-4.html>.
<http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-3.html> (Stand: 1.6.2012).

dem weiteren Auftrieb der *FrP* nicht im Wege stand.²⁵ So kündigten auf dem Landestreffen 1994 vier Parlamentsvertreter, darunter vor allem junge Hoffnungsträger der Partei, ihren Austritt und die Jugendorganisation ihre Auflösung an. Die zweite Seite des Bruchs war die Über-Autorität Hagens, die viele von einem Verbleiben in der Partei abhielt.²⁶ Zum einen hatte der Parteifrontmann in den letzten Jahren die Partei, in zunehmender Zurückweisung des liberalen Flügels, als anti-multikulturell, Islam-feindlich, xenophob geprägt und z.B. die Forderung aufgestellt, dass jährlich nur 1000 sog. »fremdkulturelle«, was wohl nicht-westeuropäische Einwanderer meint, in Norwegen aufgenommen werden dürfen. Zum anderen betrieb er eine zweischneidige Politik gegen die Arbeiterpartei, die der Abwerbung im großen Stil unter den *Ap*-Wählern dienen sollte, die ihn aber fast schon paranoid ob der Macht der *Ap* werden ließ.²⁷ So verdächtigte er Mitglieder der Jugendorganisation der Zusammenarbeit mit der *Arbeidernes Ungdomsfylkning (AUF)*, stellte sich aber ebenso als Zögling und Nachfolger des Ministerpräsidenten Gerhardsen (*Ap*) dar und besetzte bewusst klassische *Ap*-Felder, um *FrP*-Wähler zu gewinnen.²⁸

Sowohl die autoritäre Übermacht Hagens und sein hartes Vorgehen gegen seine Parteimitglieder als auch die internen Streitigkeiten um die politische Ausrichtung brachten der Partei Einbrüche bei der Wahl 1993 ein.

Nach dem Abklingen des parteiinternen Streits setzte Hagen vor allem auf Rassismus und Xenophobie in der norwegischen Gesellschaft, forderte eine strengere Asylgesetzgebung und ein hartes Vor-

²⁵ Lorenz: *Rechtspopulismus*, S. 199.

²⁶ Nilsen: *Folkepartiet*, S. 19.

²⁷ Ebd., S. 18.

²⁸ Lorenz: *Rechtspopulismus*, S. 195, 199.

gehen gegen Migranten.²⁹ Die Partei fiel Mitte der 90er Jahre vor allem durch rassistische Ausfälle auf – und hatte damit Erfolg: Zu den Wahlen 1997 konnte sie mit 15,3 Prozent der Stimmen 25 Plätze im Parlament erreichen und damit das letzte Wahlergebnis mehr als verdoppeln. Darüber hinaus ging die *FrP* aus dieser Wahl zum ersten Mal – wenn auch noch nicht mit so großem Abstand zur drittstärksten Kraft, der *Høyre*, wie 2005 – als zweitstärkste Partei hervor.³⁰

Jahr	1993	1997	2001	2005	2009
Prozent-anteil	6,3	15,3	14,6	22,1	22,9
Mandate	10	25	26	38	41

Ergebnisse der *FrP* in den Stortingswahlen nach Prozentanteil der abgegebenen Stimmen und erreichten Mandaten im Parlament³¹

Die Wählerschaft

Der *FrP* ist es trotz einiger Krisen und innerer Streitigkeiten gelungen, ihre Wählerschaft – abgesehen von kleineren Einbrüchen – an sich zu binden, auf eine Art und Weise, die für den Rechtspopulismus typisch ist.

Zu Beginn der Parteigeschichte stand sicherlich im Zentrum der Rhetorik, eine Dichotomie zwischen dem einfachen, normalen Volk und einer nur auf die eigenen Interessen fixierten Elite aufzubauen.³² In dieser Vorstellung steht dem gesunden Menschenverstand des Otto Normalverbrauchers und seinen Interessen an einem ruhigen

²⁹ Ebd., S. 199.

³⁰ <http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-4.html>.
<http://www.ssb.no/histstat/tabeller/25-3.html> (Stand: 1.6.2012).

³¹ Zusammengestellt aus: Ebd.

³² Vgl. Geden: *Diskursstrategien*, S. 20.

Leben mit guter Arbeit eine gierige, am Erhalt der bestehenden Verhältnisse interessierte Elite entgegen, die auf Kosten der Steuerzahler ihr Dasein fristet. Vor diesem Hintergrund ist der *FrP*-Wähler der 70er und Anfang der 80er Jahre zu sehen: der kleine, hart arbeitende Mann, der aus egoistischen und, im wahrsten Sinne des Wortes, asozialen Motiven sich von der Abgabenlast befreien möchte.

Auch die ›fairere‹ Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes und Reichtums mag den in der Regel männlichen, konservativen, jungen Wähler in den 80er Jahren von der *FrP* überzeugt haben.³³ Gerade im privaten Sektor ließen sich viele Menschen, die nicht den höchsten Führungsetagen angehörten, aus einer widersprüchlichen Forderung nach Steuersenkungen und Erleichterungen für die Bevölkerung auf der einen Seite und mehr Ordnung und härterem Durchgreifen auf der anderen von der *FrP* überzeugen.³⁴

Der Wählergewinn in den Reihen der *Ap* ist zum einen auf ein sich veränderndes Wählerverhalten in den 90er Jahren zurückzuführen, in dem der Wähler nicht mehr traditionell, d.h. von ideologischen Grundwerten, sondern von aktuellen Ängsten vor der ›Überfremdung‹ des Volkes und um die eigene Zukunft sowie von dem Bedürfnis nach Besitzstandswahrung geleitet seine Stimme abgibt. Zum anderen ließ auch die Enttäuschung über die Politik der *Ap* und die schwindende Überzeugungskraft des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsmodells und Solidarprinzips viele Wähler zur *FrP* wechseln.³⁵ Der Wechsel der Wähler von der *Ap* zur *FrP* ist in Norwegen von besonderer Bedeutung, da die in der Gesellschaft tief verwurzelte Sozialdemokratie, die den norwegischen Staat deutlich geprägt hat und seit dem Ende der deutschen Besatzung maßgeblich

³³ Lorenz: *Rechtspopulismus*, S. 202.

³⁴ Nilsen: *Folkepartiet*, S. 15.

³⁵ Vgl. Lorenz: *Rechtspopulismus*, S. 203.

den Wohlfahrtsstaat mitgestaltete, lange Zeit die stimmenstärkste und politisch wichtigste Kraft des Landes war.

Die *FrP* geht aus der Krise der konsolidierten Sozialdemokratie als Sieger hervor: eine Partei, die nach ihrem Selbstverständnis vermeintlich vor den Lockungen des politisch rechten Randes der Gesellschaft gefeit ist, wird zur Zielscheibe einer erfolgreichen rechts-populistischen Propaganda. Die *FrP* verdankt daher ihren Aufstieg in den 90er Jahren nicht nur vermeintlich typischen bürgerlichen, vermeintlich unterprivilegierten Wählern reaktionärer Gesinnung, sondern einer (von Seiten der *Ap* möglicherweise unterschätzten) geschickten Politik der *FrP* in den Reihen traditioneller Sozialdemokraten.

Ein weiterer Grund für die Überlebensfähigkeit der *FrP* war mit Sicherheit die zentrale Figur Carl Ivar Hagens, der sich – obwohl er selbst über Jahrzehnte hinweg zur der *FrP*-eigenen Skizzierung der ›politischen Elite‹ des Landes gehörte – trotzdem als »einzig legitimer Vertreter des Volkes« stilisierte.³⁶ Außerdem gelang es ihm, aus der unorganisierten *ALP*-Bewegung eine Partei mit straffen Prinzipien und Programmen zu gestalten, bei deren Ausgestaltung er durchaus Köpfe rollen ließ.³⁷

In den ersten Wahlen des neuen Jahrtausends setzt die *FrP* ihren Aufwärts-Trend fort, was teilweise auf ein sich veränderndes Wahlverhalten zurückzuführen ist: an die Stelle eines traditionellen Wählerverhaltens, das Klasse und gesellschaftlichem Stand entspricht, tritt ein spontanes. Tor Bjørklund führt dies auf eine kulturelle Schwächung traditioneller Milieus zurück, die für viele Jahrzehnte als starke Basis für die Parteien fungierten: Aus gesell-

³⁶ So lautet ein Definitionsmerkmal des Rechtspopulismus nach Geden: *Diskursstrategien*, S. 21.

³⁷ http://snl.no/.nbl_biografi/Carl_I_Hagen/utdypning (Stand: 1.6.2012).

schaftlichen Gegenbewegungen bzw. Gegenkulturen wie z.B. der Abstinenzlerbewegung oder der Arbeiterbewegung seien Stammwähler für die ›alten‹ Parteien wie *Venstre*, *Kristelig Folkepartiet* oder *Bondepartiet* erwachsen. Mit dem Bedeutungsverlust dieser kulturellen Milieus gehe ein sich veränderndes Wahlverhalten einher, z.B. sei bei der Stortingswahl 2005 die *FrP* die wichtigste Partei für die ungelernten Arbeiter gewesen.³⁸

Vor dem Hintergrund sich wandelnder kultureller und damit elektoraler Verhaltensweisen sind die Wahlkampfstrategien der *FrP* als »parteilitisches Chamäleon«³⁹ besonders erfolgreich. Unter Berücksichtigung unterschiedlicher ökonomischer, sozialer und politischer Voraussetzungen passte sich die *FrP* in ihrem Wahlkampf an: Beispielsweise machte sie im Zusammenhang mit der Kommunalwahl 2003 in Porsgrunn, eine von hoher Arbeitslosigkeit und relativ niedrigem Bildungsniveau geprägte Kommune, zur Gewinnung von Wählern die Kommunenökonomie, die Beschäftigungsrate und die Einwanderung zum Thema, wohingegen in Tønsberg, einer ökonomisch starken Kommune mit relativ höheren Einkommen, mit liberaler Rhetorik zur Steuersenkung und Abgabefreiheit um Wähler geworben wurde.⁴⁰

Fazit

Die *FrP* zeigt in den verschiedenen Stadien ihrer Entstehungsgeschichte, dass sie sich weder als ›normale‹ Partei des rechten Randes begreifen lässt noch als ausschließlich populistische. Die Ansätze in der Forschung, Populismus unabhängig von politischer

³⁸ Bjørklund, Tor: »Fremskrittspartiets suksess og kulturell standardisering«. In: *Nytt Norsk Tidsskrift* (2007:2), S. 151–168, hier S. 151.

³⁹ Ebd., S. 165. »partipolitisk kameleon«.

⁴⁰ Nilsen: *Folkepartiet*, S. 23.

Ausrichtung, Zielsetzung und Herkunft als spezifische Politikform zu definieren,⁴¹ können daher nicht auf die *FrP* angewandt werden. Sowohl die ursprüngliche Bewegung, die zur Gründung der *one-issue-party* Anders Langes führte, als auch die maßgeblich von Carl Ivar Hagen konsolidierte und etablierte Partei zeigen deutlich auf, wie gerade das Zusammenspiel rechter Ideologie mit populistischem Stil die Schwachstellen des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats trafen und der *FrP* zu gesellschaftlicher Akzeptanz verhalfen: Der Populismus fungiert als effektives Mittel, die Inhalte der Partei auf verständliche, triviale und simplifizierende Art und Weise an das ›Volk‹ zu bringen. Ein Erfolg der norwegischen Populisten ohne ihre ausländerfeindliche, teilweise a-soziale, vermeintlich anti-elitäre Ideologie ist nicht denkbar. Gerade in der Aufbereitung der *FrP*-Ideologie mit Hilfe des populistischen Stils, der im Auftreten, im organisatorischen Aufbau der Partei und im Wählerfang deutlich wird, liegt der Schlüssel zum Erfolg der *FrP*.

⁴¹ Butterwegge, Christoph: *Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt: Erklärungsmodelle in der Diskussion*. Darmstadt: Primus-Verlag, 1996.

LITERATUR

- BJØRKLUND, Tor: »Fremskrittspartiets suksess og kulturell standardisering«. In: *Nytt Norsk Tidsskrift* (2007:2), S. 151–168.
- BUTTERWEGGE, Christoph: *Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt: Erklärungsmodelle in der Diskussion*. Darmstadt: Primus-Verlag, 1996.
- DECKER, Frank: *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*. Opladen: Leske und Budrich, 2000.
- GEDEN, Oliver: *Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag, 2006.
- JORDE, Sigurd: »Apartheidregimet ga penger til FrP-forløper«. In: *Verdensmagasinet X*, 2003:4.
- LORENZ, Einhart: »Rechtspopulismus in Norwegen: Carl Ivar Hagen und die Fortschrittspartei«. In: WERZ, Nikolaus (Hg.): *Populismus: Populisten in Übersee und Europa*. Opladen: Leske und Budrich, 2003, S. 195–207.
- NILSEN, Håvard: »Det nye folkepartiet«. In: Ders. u. Christian Anton SMEDSHAUG (Hg.): *Folkepartiet?* Oslo: Res Publica, 2008, S. 11–27.
- SPIER, Tim: *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: VS Verlag, 2010.

JOHANNA REIF

»Eine ›wirklich‹ gleichberechtigte Gesellschaft«?¹
Eine Untersuchung des Geschlechterverständnisses der
Sverigedemokraterna

Seit Jahrzehnten setzen sich Aktivistinnen und Aktivisten der Frauenbewegung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein und kämpfen für die Abschaffung der männlich-hegemonialen Gesellschaftsordnung. Mit dem rückschrittlichen, patriarchalisch geprägten Geschlechterverständnis der Sverigedemokraterna (SD) lassen sich feministische Forderungen nicht im Ansatz vereinen, nicht zuletzt aufgrund der Trennung des männlichen und weiblichen Handlungsraums. In ihrer Rhetorik greifen die SD allerdings anerkannte feministische Ansätze auf, beanspruchen durch ihre eigene Auslegung dieser Ansätze jedoch die Wahrheit für sich. Unter dem Vorwand, für eine ›wirkliche‹ Gleichberechtigung der Geschlechter einzustehen, zielen ihre politischen Bestrebungen unter anderem auf schlechtere Bedingungen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt ab. In diesem Aufsatz wird ebenfalls auf das Paradoxon der vermeintlich feministischen Positionierung der SD in Verbindung mit ihrem Hauptanliegen, der Begrenzung der Einwanderung und der Assimilation der Eingewanderten, eingegangen.

¹ »Vi eftersträvar ett ›sant‹ jämställt samhälle och inte det samhälle där alla andra är offer.« [Hervorhebung und Übersetzung ins Deutsche durch Verfasserin]; »Hanna Wigh om SD Kvinnor« [Hanna Wigh über SD Kvinnor], <http://www.youtube.com/watch?v=CHqUcfn2MQc>. In diesem Youtube-Video auf SDWebbTV wird Wigh, Vorstandsmitglied der SD-Kvinnor, zu den Hauptthemenfeldern der Frauenorganisation befragt.

»Ich finde, es ist die Lebensaufgabe der Frau, Kinder zu gebären und die Familienlinie fortzusetzen, das ist ihre Hauptaufgabe. That's it.«² Diese Positionierung stammt von Anna Hagwall, einem Gründungsmitglied der Frauenorganisation der schwedischen rechtspopulistischen *Sverigedemokraterna*, *SD-Kvinnor* (*SD-Frauen*). Während andere Parteimitglieder klare Worte in der Öffentlichkeit scheuen, bringt Hagwall als ehemals führende Parteifunktionärin ihre Vorstellungen auf den Punkt. Sie spricht die Rolle der Frau als Erhalterin des Volkes an und teilt ihr implizit die private Sphäre als Handlungsraum zu. Selten präsentieren sich die *SD* in der Öffentlichkeit so unverblümt rückschrittlich, versuchen sie doch seit einem guten Jahrzehnt, ihr Image von einer rechtsextremen Ausrichtung hin zu einem salonfähigen Wertekonservatismus zu verändern. Kontroverse Äußerungen im Parteiprogramm wurden etwa seit der Jahrtausendwende einer inhaltsglättenden Sprachkontrolle unterzogen, und spätestens mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Jimmie Åkesson 2005 distanzieren sich die *SD* nach außen hin von rassistischen beziehungsweise rechtsextremen Handlungen und Äußerungen.³ Dem Ruf der klassischen Ein-Anliegen-Partei versuchten die *SD* durch eine Erweiterung ihrer Themenschwerpunkte entgegenzuwirken. So finden auf den aktuellen Internetseiten nicht nur die Einwanderungsfrage als ein großer Themenkomplex, sondern auch die Rubriken Kriminalität und Alter in gleichwertigem Maße Berück-

² »Jag tycker att det är en kvinnas livsuppgift att föda barn och att föra släktet vidare, det är hennes huvuduppgift. That's it.« Vgl. Mattsson, Pontus: *Sverigedemokraterna in på bara skinnet: reportage*. Stockholm: Natur & Kultur, 2009, S. 137.

³ Vgl. Ekström von Essen, Ulla: *Sverigedemokraterna i de svenska kommunerna 2002–2006. En studie av politisk aktivitet, strategi och mobilisering*. Norrköping: Integrationsverket, 2006, S. 27, 43f.

sichtigung.⁴ Stellungnahmen zu Aspekten der Gleichberechtigung und Familiengründung fanden in den Jahren 1999 und 2002 erstmals Eingang in das Parteiprogramm.⁵ Mit der Gründung der *SD-Kvinnor* im Jahr 2010 bekamen schließlich die Frauen der Partei ihr eigenes institutionelles Sprachrohr für Anliegen unterschiedlicher Art. Zu ihren zwei Hauptarbeitsfeldern erklärten sie jedoch die Gleichberechtigungs- sowie die Familienpolitik. Die Frauenorganisation hat sich zum Ziel gesetzt, durch Einbringung einer *weiblichen* Perspektive in die Politik sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei eine gerechtere und gleichberechtigtere Gesellschaft zu erzeugen. Weiterhin engagiert sie sich laut Internetauftritt für die Interessen und den Einfluss von Frauen sowohl innerhalb der Partei als auch in der Gesellschaft.⁶ Es ist von Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau die Rede – eine Errungenschaft, in der sich Schweden und die anderen nordeuropäischen Länder im internationalen Vergleich nach wie vor als Vorreiter bezeichnen können.⁷ Wie nun sind diese Vorhaben mit dem oben angeführten Zitat Anna Hagwalls in Einklang zu bringen? Die Mitbegründerin der *SD-Kvinnor* schreibt Frauen eine determinierte Rolle zu, die Individualität und das Verfolgen eigener Interessen dem Prinzip nach ausschließt.

Diese offensichtliche Diskrepanz zwischen der medialen Repräsentation der *SD*, die eine Gleichberechtigung vermeintlich befürwortet, und extremkonservativer Meinungsäußerung in Bezug auf die *Rolle der Frau* soll Gegenstand dieses Aufsatzes sein. Im Fokus steht die Frage, welche Strategien die *Sverigedemokraterna* verfolgen, um ihr Geschlechterverständnis im öffentlichen Diskurs zu etablieren.

4 Vgl. <https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/> (Stand: 09.07.2012).

5 Vgl. Ekström von Essen: *Sverigedemokraterna*, S. 41f.

6 Vgl. <http://sdkvinnor.se/om-sd-kvinnor/> (Stand: 09.07.2012).

7 Vgl. <http://hdr.undp.org/en/statistics/> (Stand: 09.07.2012).

Dazu soll in einem ersten Schritt auf die Repräsentantinnen und Wählerinnen der Partei eingegangen werden, wobei die *SD* im Kontext einer *Männerpartei*⁸ nach Cas Mudde untersucht wird. Zur Annäherung an die Ausgangsthematik soll anschließend der Versuch unternommen werden, die verschiedenen Facetten der Geschlechterrollen sowie insbesondere des Frauenbildes der *SD* herauszuarbeiten. Da der Begriff der *Kernfamilie* (kärnfamilj) als tragende Einheit der Gesellschaft für die Partei von großer Bedeutung ist, soll in dieser Untersuchung die Familienpolitik der *SD* einbezogen werden. Um den Bogen zum grundlegenden Anliegen der *SD* zu spannen, sollen abschließend das Geschlechterverständnis und frauenemanzipatorische Vorstöße der Partei im Kontext der Einwanderungsfrage beleuchtet werden.

Grundlage für die Analyse liefern der Internetauftritt der *Sverigedemokraterna*⁹ sowie das ebenfalls auf den *SD*-Internetseiten einsehbare *principprogram*.¹⁰ Weiterhin werden die Internetseiten der *SD-Kvinnor*¹¹ sowie der Jugendorganisation *Sverigedemokratisk Ungdom (SDU)*¹² auf ihr Geschlechterverständnis hin untersucht. Sowohl die *Sverigedemokraterna*¹³ als auch die *SD-Kvinnor*¹⁴ verfügen über eigene Kanäle beim Internet-Videoportal *Youtube*, die bei der Informationssammlung ebenfalls berücksichtigt werden.

⁸ Vgl. Mudde, Cas: *Populist radical right parties in Europe*. New York: Cambridge University Press, 2007, S. 111.

⁹ Vgl. <https://sverigedemokraterna.se/> (Stand: 09.07.2012).

¹⁰ Vgl. https://sverigedemokraterna.se/files/2012/03/principprogram_A5_webb.pdf (Stand: 09.07.2012).

¹¹ Vgl. <http://sdkvinnor.se/> (Stand: 09.07.2012).

¹² Vgl. <http://sdu.nu/> (Stand: 09.07.2012).

¹³ Vgl. <http://www.youtube.com/user/sdwebbtv> (Stand: 09.07.2012).

¹⁴ Vgl. <http://www.youtube.com/user/SDKvinnor> (Stand: 09.07.2012).

Repräsentantinnen und Wählerinnen

Bevor die Ideen der *Sverigedemokraterna* frauen- bzw. geschlechtsspezifisch untersucht werden sollen, muss zunächst festgehalten werden, dass es sich bei den *SD* – für rechtspopulistische Parteien charakteristisch – um eine von Männern dominierte Partei handelt. Im Parteivorstand mit Jimmie Åkesson an der Spitze befinden sich ausschließlich fünf Frauen unter den 24 Mitgliedern; im schwedischen Parlament, dem *riksdag*, vertreten nur drei Frauen von insgesamt 19 Abgeordneten die Partei.¹⁵ Verglichen mit anderen im Parlament vertretenen Parteien liegt der Frauenanteil der *SD* mit umgerechnet 15,8 Prozent weit unter dem Durchschnitt.¹⁶ Auch im Vergleich zu den beiden anderen skandinavischen rechtspopulistischen Parteien *Dansk Folkeparti* (Dänische Volkspartei) und *Fremskrittspartiet* (Fortschrittspartei, Norwegen) ist diese Zahl auffallend niedrig. Diese beiden Parteien liegen mit einem Frauenanteil von 31,8 Prozent bzw. 24,4 Prozent¹⁷ zwar über der Quote der *SD*, weisen jedoch in ihren jeweiligen Parlamenten ebenfalls eine unterdurchschnittliche Frauenrate auf. Markant für die *Dansk Folkeparti* und die *Fremskrittspartiet* ist jedoch, dass sie von Frauen angeführt werden. Die dänische Pia Kjaersgaard, die bis 2012 Vorsitzende der *DF* war, setzte dabei auf das Image des »bauernschlaunen Mädels aus dem Volk, als lieblich blonde Dänin, zweifache Mutter und Heim-

¹⁵ Stand: 09.07.2012.

¹⁶ Alle im Parlament vertretenen Parteien inklusive der *SD* weisen einen durchschnittlichen Frauenanteil von 41 Prozent auf (Sozialdemokraten 48,2%; Moderate 41,1%; Umweltpartei 48%; Volkspartei 41,7%; Zentrumspartei 33,3%; *SD* 15,8%; Linkspartei 57,9%; Christdemokraten 42,1%. Stand: 09.07.2012).

¹⁷ Stand: 09.07.2012.

helferin«. ¹⁸ Als ›eine von uns‹ gab sie sich bodenständig und volksnah und vermittelte den Eindruck, man könne sich mit ihr identifizieren. Durch die weibliche Besetzung der Parteispitze wird jedoch auf der anderen Seite suggeriert, dass die *Dansk Folkeparti* durchaus nicht auf ›traditionelle‹ Rollenbilder baut und einer Karriere von Frauen nicht im Weg steht. Ähnliches gilt für die norwegische *Fremskrittspartiet*, die mit Siv Jensen jedoch eine kinderlose und eher burschikose Parteianführerin hat. Für beide Parteien gilt, dass sich die Frau an der Spitze als strategisch wertvoll erweist. Die Vermittlung eines gleichberechtigten Geschlechterverhältnisses im öffentlichen Diskurs lässt eine breit gefächerte Wählerschaft vermuten.

Grundsätzlich zeichnen sich alle drei skandinavischen rechtspopulistischen Parteien durch männliche Dominanz aus, die allerdings bei den *SD* durch den auffallend niedrigen Frauenanteil innerhalb der Partei wie auch den Mann an der Spitze besonders frappierend ist. Es ist jedoch ein wesentlicher Unterschied zwischen den *SD* und den anderen beiden skandinavischen rechtspopulistischen Parteien festzustellen, der eine Erklärung für diesen Sachverhalt liefern kann: Ihre Herkunft weist gänzlich unterschiedliche Linien auf. Während sich die *Dansk Folkeparti* und die *Fremskrittspartiet* in ihren Anfängen als Steuerprotestparteien gaben, hatte sich die Vorgängerorganisation der *SD*, *Bevara Sverige Svenskt* (*BSS*), faschistoidem und rassistischem Gedankengut verschrieben. ¹⁹ Die *BSS* zeichnete sich zudem durch eine hohe kriminelle Handlungsbereitschaft aus, die auch in der neu gegründeten Partei *SD* durchaus nicht ausblieb, wie ein bemerkenswert umfangreiches Register mit

¹⁸ Vgl. Hasselberg, Sven: »Pia Kjærsgaard. Es gibt nur eine Zivilisation«. In: Jungwirth, Michael (Hg.): *Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten*. Graz: Styria, 2002, S. 153.

¹⁹ Vgl. Ekström von Essen: *Sverigedemokraterna*, S. 22f.

Urteilssprüchen von *SD*-Parteimitgliedern zwischen 1988 und 1998 beweist.²⁰ Das Fehlen des Frauenzustroms sieht Mats Lindberg in der Tatsache begründet, dass es sich bei der *BSS*-Bewegung um einen militanten Männerverein handelte, dessen Vorstellungen zufolge die natürlichen Geschlechterunterschiede vehement verteidigt werden sollten. Bei solchen Aussagen handele es sich um einen männlich-derben Sprachgebrauch, von welchem Frauen sich nicht angezogen fühlten.²¹ Die ausgeprägte Männlichkeitskultur setzt sich bis heute in der Linie der *SD* fort, da sich die Partei, wie auch ihre Vorgängerbewegung, für die Betonung der biologischen Geschlechterunterschiede einsetzt.

Ist die Anzahl an Parteipräsentantinnen im Parlament niedrig, verwundert auch ein relativ geringer Frauenanteil in der Wählerschaft der *SD* nicht.²² Die merklich divergierende Verteilung männlicher und weiblicher Wähler bewegt Cas Mudde dazu, rechtspopulistische Parteien als so genannte *Männerparteien*²³ zu bezeichnen. Als Erklärungsversuch für dieses Phänomen führt er eine unterschiedliche Sozialisation von Frauen und Männern an, die bei Erst-

²⁰ Vgl. Larsson, Stieg, u. Mikael Ekman: *Sverigedemokraterna – Den nationella rörelsen*. Stockholm: Ordfront, 2001, S. 329–340.

²¹ »[...] De kommer från BSS (Bevara Sverige Svenskt) som var en militant grabbklubb. [...] De har hela tiden varit för skillnader och menar att de är naturliga. Tanken att könen är olika av naturen och könsskillnader ska bevaras är inte ett budskap som kvinnor lockas av. Det är ren och skär grabbjargong.« Diese Zitate entstammen einem Interview mit Mats Lindberg, veröffentlicht am 03.11.2011 im Internetportal Nöjesguiden, <http://nojesguiden.se/artiklar/lika-varda-men> (Stand: 09.07.2012). Unter der Überschrift »Lika värda, men...« [Gleich viel wert, aber...] ist im selben Feature ein Interview mit Therese Borg, der Vizevorsitzenden der *SD*-Kvinnor, herausgekommen, auf welches Mats Lindberg reagiert.

²² Vgl. http://www.scb.se/statistik/_publikationer/ME0106_2010A01_BR_ME05BR1101.pdf, S. 92 (Stand: 09.07.2012).

²³ Vgl. Mudde: *Populist radical right parties*, S. 111.

eren zu einem durchschnittlichen Level der politischen Involviertheit (*political efficacy*) führe, was sich in der Tatsache bemerkbar mache, dass Frauen tendenziell etablierte Parteien wählen und politischen Extremen ausweichen.²⁴ Die mangelnde empirische Evidenz widerspräche Mudde zufolge einem als geradezu logisch erscheinenden Erklärungsversuch, der den niedrigen Wählerinnenanteil von Rechtspopulisten auf antifeministische und sexistische Einstellungen eben dieser Parteien zurückführt. Eine solche Behauptung müsse eine per se fortschrittliche, ja sogar feministische Haltung bei Frauen voraussetzen, was empirisch wiederum nicht belegt werden könne.²⁵ Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass, wie Cas Mudde zeigt, bei Wählerinnen tatsächlich die Tendenz besteht, etablierte Parteien auf dem Stimmzettel vorzuziehen. Jedoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Schweden in Bezug auf die Emanzipation der Frau und die Gleichberechtigung der Geschlechter im internationalen Vergleich eine Spitzenposition innehat. Es kann, entgegen Muddes impliziter Behauptung, durchaus davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit der schwedischen Wählerinnen eine emanzipierte oder feministische Haltung haben.²⁶ In dieser Arbeit wird daher ange-

²⁴ Vgl. ebd., S. 115, 118.

²⁵ Vgl. ebd., S. 114.

²⁶ Vgl. <http://snd.gu.se/en/catalogue/study/600>. In einer vom schwedischen Fernsehen SVT in Zusammenarbeit mit der Universität Göteborg und der Königlichen Technischen Hochschule Stockholm durchgeführten Umfrage von WählerInnen der Parlamentswahl 2010 wurde unter anderem gefragt, welchen Stellenwert das Thema Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann für die WählerInnen bei der Wahl einer Partei hat. Von 10606 gültigen Stimmen gaben 7143 (67,3%) an, dem Thema eine sehr große, bzw. eine ziemlich große Bedeutung beizumessen. 2402 Stimmen (22,6%) fanden das Thema weder wichtig noch unwichtig, und 1061 (10%) Stimmen messen der Geschlechtergleichberechtigung eine ziemlich geringe bzw. sehr geringe Bedeutung bei.

nommen, dass für schwedische Wählerinnen antifeministische und sexistische Äußerungen bewusst ausschlaggebend für die Wahl einer Partei oder für ein parteiinternes Engagement sind. Um noch einen Schritt weiterzugehen, formuliert jedwede Befürwortung der *SD* – erinnere man sich an das Bewusstsein, mit welchem die Themen Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau in der schwedischen Gesellschaft verankert sind – ein klares Statement in Bezug auf Frauenbild und Geschlechterverständnis.

Geschlechterverständnis und Gleichberechtigung

In Schweden setzten feministische Forderungen und gleichberechtigungsvorantreibende Bemühungen im internationalen Vergleich früh ein. Den wichtigsten Grundstein dafür legte die Vision eines sogenannten *folkhem* [Volksheim], eines wohlfahrtsstaatlichen Systems, welches, von den Sozialdemokraten in den 30er-Jahren in die Wege geleitet, die gesamte Nachkriegszeit prägte. Das *schwedische Modell* sah eine Grundsicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger mit Krankenpflege, Bildung und Kinderbetreuungsmöglichkeit vor sowie eine Konsenspolitik auf dem Arbeitsmarkt mit stabilem politischen und sozialen Klima. Schweden stand sehr bald schon für soziale Reformen, Wohlstand und – insbesondere seit den 70er-Jahren – eine rasch fortschreitende Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen. Kurzum handelte es sich beim *folkhem* um ein Gesellschaftsmodell, auf das man in Schweden stolz war.²⁷

Die *Sverigedemokraterna* machen sich ein idealisiertes, historisch verankertes Bild des *folkhem*-Gedankens zu eigen, laden ihn

²⁷ Vgl. Löw, Heléne: »Det förrådade folkhemmet – om folkhemsidéen i rasideologisk och extremnationalistisk tappning«. In: Amin, Samir, u.a. (Hg.): *Det slutna folkhemmet. Om etniska klyftor och blågul självbild*. Stockholm: Agora, 2002, S. 78–93, hier S. 78.

jedoch mit neuem, für sie zweckmäßigem Inhalt auf. Das schwedische Modell wird als gut und gerecht dargestellt, was sie vor allem auf die ethnische Homogenität in Schweden zurückführen. Dieser Gedanke bildet die Grundlage für weitere Maximen, die für die *SD*-Ideologie bezeichnend sind: Das Nationale, definiert als Kongruenz von Volk, Staat und Kultur; Ethnopluralismus, wobei dem schwedischen Terrain die schwedische Kultur vorbehalten sein solle; Heimat; Familie; Funktionsdifferenzierung der beiden Geschlechter; soziale Gerechtigkeit, die allerdings ausschließlich den Schweden gelten solle.²⁸

In einem Land, in dem die Idee der Gleichberechtigung bis in alle Ebenen der Gesellschaft vorgedrungen ist, haben konservative Vorstellungen von Familie und Geschlechterrelationen einen schweren Stand. Die *SD* wie auch andere rechtspopulistische Parteien tendieren aus diesem Grund dazu, ihr Frauenbild sehr wohl im Licht der Gleichberechtigung zu präsentieren. Um eine breitere Wählerschaft anzusprechen, stellt ihre Politik dabei meist auf indirektem Wege die Gleichberechtigung als solche in Frage, und oftmals nur im Kontext radikaler Veränderungen innerhalb der Gleichberechtigungspolitik. Häufig werden sogar gezielt Aspekte der Gleichberechtigung in eigene Argumentationen eingebaut, wenn es um die Herausstellung der Bedrohung des Nationalen durch Einflüsse *von außen* geht.²⁹

Das Geschlechterverständnis der *SD*, wie auch anderer rechtspopulistischer Parteien, entspringt der Vorstellung einer patriarcha-

²⁸ Vgl. Ekström von Essen: *Sverigedemokraterna*, S. 42f.

²⁹ Vgl. Mulinari, Diana, u. Anders Neergaard: »Sverigedemokraterna och det teoretiska fältet«. In: Deland, Mats, Fredrik Hertzberg u. Thomas Hvitfeldt (Hg.): *Det vita fältet. Samtida forskning om högerextremism*. Uppsala: Historiska institutionen, Uppsala universitet, 2010, S. 45–72, hier S. 56.

len Gesellschaftsordnung, in der die Frau vor allem als Gebärende und Mutter fungiert:

The populist radical right further argues that as women are the only sex that can give birth, and offspring are vital for the survival of the nation, women should be »protected« in their »sublime role of housewife and mother«,³⁰

Frauen werden in dieser patriarchalen Gesellschaftsordnung der häuslichen Domäne zugesprochen, ihre Hausfrauen- und Mutterrolle als ›erhaben‹ und daher schutzbedürftig erklärt. Carol Pateman teilt die patriarchale Gesellschaft in zwei sich gegenseitig ausschließende Sphären, die öffentliche, männlich geprägte und die private, weiblich geprägte. Der privaten Sphäre, in der Frauen zusammen mit der Familie verortet werden, wird keinerlei politische Relevanz beigemessen. Frauen haben in diesem Kontext keinen Anteil am politischen und öffentlichen Geschehen.³¹ Die Aufteilung der Gesellschaft in Sphären erweist sich als Grundlage für Anna Hagwalls Zitat zu Beginn dieses Artikels. Zur Lebensaufgabe der Frauen macht sie nämlich das Gebären von Kindern, schreibt der Frau implizit die häusliche bzw. private Domäne zu. Es ist geradezu paradox, dass eine Frau, die sich selbst im öffentlichen Raum bewegt, Frauen in der privaten Sphäre verorten möchte.

In ihrem *principiprogram* spricht sich die Partei allerdings für eine formelle Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen aus, in welcher jedes Individuum seinen eigenen Weg im Leben wählen solle. Dabei sei es allerdings wichtig – und an dieser Stelle wird ein wesentlicher Aspekt des Geschlechterverständnisses angegriffen –, dass weder Männer noch Frauen auf Grund ihrer Ge-

³⁰ Vgl. Mudde: *Populist radical right parties*, S. 92f.

³¹ Vgl. Pateman, Carole: *The Sexual Contract*. Stanford: Stanford University Press, 1988, S. 11.

schlechtszugehörigkeit einer Sonderbehandlung (*särbehandling*) unterzogen werden dürfen.³² Bei einem genaueren Blick auf diese Aussage wird deutlich, dass sich zuletzt genannte Forderung ausschließlich gegen einen gesonderten Umgang, besser gesagt, eine Bevorzugung von Frauen richtet. Auf diese Art und Weise zielen die *SD* darauf ab, feministische Aktivitäten einzuschränken und der Frau die häusliche Sphäre als Tätigkeitsbereich zuzuweisen. Während sich die *SD* in ihrem Internetauftritt um weniger radikale Formulierungen bemühen, finden Vertreterinnen der Frauenorganisation *SD-Kvinnor* deutlichere Worte. Sie möchten sich mit ihrer Behauptung, die Gleichberechtigungsarbeit sei zu weit gegangen, gegen weitere feministische Bestrebungen wehren. Therese Borg, Vizevorsitzende der *SD-Kvinnor*, konstatiert:

Worüber ich mich hingegen nicht freue, ist, dass sie [= eine sehr gleichberechtigte Gesellschaft] irgendwo auf dem Weg zu weit gegangen ist. Früher war die Frau im Heim gefangen, hatte nicht die Möglichkeit, selbst zu wählen, welcher Beschäftigung sie nachgehen wollte. Heutzutage haben wir leider eine ähnliche Situation. Nur ist es nicht mehr das Heim, in dem sie festsitzt, sondern der Arbeitsplatz.³³

Therese Borg schildert ihre Auffassung der heutigen schwedischen Gesellschaft, die den Frauen keinerlei Möglichkeit offen halte, nach

³² Vgl. SD-principprogram, <https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/principprogram/familj-och-jamstalldhet/> (Stand: 09.07.2012).

³³ »Det som jag däremot inte är glad över är att det [ett väldigt jämställt samhälle] någonstans på vägen kommit att gå överstyr. För var kvinnan fast i hemmet, hade inga möjligheter att själv välja vad hon ville ägna sig åt. Idag har vi, tyvärr, en liknande situation. Men det är inte längre i hemmet kvinnan är fast, utan på jobbet.« Vgl. Borg, Therese: »Jämställdhetsarbete som gått överstyr«, Artikel vom 13.07.2011, <http://sdkvinnor.se/2011/07/13/jamstalldhetsarbete-som-gatt-overstyr/> (Stand: 09.07.2012).

der Geburt ihre berufliche Karriere zu unterbrechen und mit dem Kind zu Hause zu bleiben. Im Gegensatz dazu wird Frauen, die eine Karriere anstreben, in jederlei Hinsicht der Weg geebnet. Die Wahlfreiheit der Frau bleibe aus. Vor allem sei diese Schieflage, um Borgs Ideen fortzuführen, dem Engagement von Feministinnen und Feministen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Gender Studies zuzuschreiben. Diese seien es nämlich, die Frauen für einen Karriereverzicht als rückschrittlich betiteln und sogar anklagen, der Gleichberechtigung entgegenwirken zu wollen. Therese Borg bringt einen neuen Aspekt ein und klagt weiterhin an:

Es heißt, dass die Frau früher vom Mann unterdrückt wurde, dass sie auf Grund des patriarchalen Gesellschaftssystems zu Hause gefangen war. Es heißt auch häufig, dass die unbesoldete Arbeit zu Hause abgewertet wurde und nach wie vor wird. Aber woher kommt die eigentliche Unterdrückung und Abwertung heutzutage? Von den Männern? Ja, das passiert sicherlich hin und wieder. Ebenso, wie es passiert, dass Männer von Frauen unterdrückt werden. Aber in noch größerem Ausmaß geht sie von denen aus, die behaupten, für die Rechte der Frau zu kämpfen, das heißt von einem Teil der Feministen und vor allem von Vertretern der Gender Studies.³⁴

Die Polemik gilt hier selbstverständlich in erster Linie den zuletzt Kritisierten. Es sollte jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass

³⁴ »Det sägs att kvinnan förr förtrycktes av mannen, att hon på grund av det patriarkala samhällssystemet var fast i hemmet. Det sägs också ofta att kvinnans oavlönade hemarbete nedvärderades, och fortfarande nedvärderas. Men varifrån kommer det egentliga förtrycket och nedvärderandet idag? Från männen? Jo, det händer förstås ibland. Precis som att det händer att män förtrycks av kvinnor. Men det kommer i ännu högre utsträckning från de som säger sig kämpa för kvinnans rättigheter, det vill säga från en del av feministerna och framförallt från genusvetarna.« Borg, Therese: »Jämställdhetsarbete som gått överstyr«, Artikel vom 13.07.2011, <http://sdkvinnor.se/2011/07/13/jamstalldhets-arbete-som-gatt-overstyr/> (Stand: 09.07.2012).

hier ein Kritikpunkt anklingt, der bei den *SD* häufiger zu Tage tritt: Die Gleichberechtigung sei so sehr aus den Fugen geraten, dass die Unterdrückung heutzutage nicht nur Frauen, sondern auch Männern gelte. In einem Youtube-Video problematisiert Hanna Wigh, Vorstandsmitglied der *SD-Kvinnor*, dieses von Therese Borg angerissene Thema, dass Männer heutzutage offenbar für ihre historischen Ungerechtigkeiten bestraft würden, sie förmlich ›ausgepeitscht‹ werden. Diese Diskriminierung von Männern würde ein Problem darstellen, das es auf lange Sicht zu bekämpfen gelte.³⁵ Den Rahmen für folgende Aussage bildet die Frage des Interviewers, wie Wigh zu dem unausgewogenen Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen (60 Prozent) und Studenten (40 Prozent) an schwedischen Universitäten stehe.

Die *SD* sehen sich mit immer weiter reichenden genderpolitischen Reformen konfrontiert, die sie allem Anschein nach als Bedrohung ihres eigenen patriarchal geprägten Geschlechterverständnisses betrachten. Eine vermeintliche Sonderbehandlung, die Frauen den Spagat zwischen Kinderwunsch und Beruf erleichtern soll, scheint der Rollenvorstellung der *SD* nicht zuträglich. Aufgrund der von Wigh benannten Bevorzugung der Frau werde der Mann einer Diskriminierung ausgesetzt. Dies hat unausgesprochen zur Folge, dass die patriarchale Prägung des Geschlechterverständnisses in sich erschüttert würde. Dementsprechend ist auch nicht verwunderlich, dass sich die *SD* gegen die Einführung einer Frauenquote in Schweden engagiert. Hierbei handelt es sich um ein gängiges Merkmal rechtspopulistischer Gleichberechtigungspolitik.³⁶ Die Ablehnung von Quotenregelungen wird jedoch nicht, wie auch sonst zu

³⁵ Vgl. »Hanna Wigh om SD Kvinnor«, <http://www.youtube.com/watch?v=CHqUcfn2MQc> (Stand: 09.07.2012).

³⁶ Vgl. Mudde: *Populist radical right parties*, S. 94.

keinem Zeitpunkt, durch die öffentliche Verteidigung eines männlich-hegemonialen Rollenverständnisses begründet, sondern begibt sich in eine gänzlich andere Argumentation. Hanna Wigh zufolge werden nämlich Frauen durch Maßnahmen wie Quoteneinführungen zu Opfern gemacht, weil dadurch der Eindruck entstünde, sie wären alleine nicht in der Lage, die geforderten Leistungen zu erbringen. »Frauen können, und wir sind auf eigene Faust fähig dazu«, wehrt sie sich und formuliert im Folgenden eine häufig von den *SD* geäußerte, programmatische Maxime: »Wir streben eine ›wirklich‹ gleichberechtigte Gesellschaft an und nicht die Gesellschaft, in der alle anderen Opfer sind«. ³⁷ Hanna Wigh gibt vor, das Bild einer emanzipierten, selbstbewussten Frau zu befürworten, die sich auch ohne Hilfe ausschließlich anhand ihrer Qualifikationen für einen Job eignet. Unter dem Deckmantel einer ›wirklich‹ gleichberechtigten Gesellschaft, die sich gegen positive Diskriminierung von Frauen in Form von Quoten stellt, versucht sie im Namen ihrer Partei, eine moderne Vorstellung des Frauenbilds nach außen zu tragen. Dieser vermeintliche Gedanke einer ›wirklichen‹ Gleichberechtigung verliert allerdings durch konträre Aussagen wie die Anna Hagwalls an Substanz und dadurch an Glaubwürdigkeit. Die Ablehnung von Quoten und einer Sonderbehandlung von Frauen im Berufsleben kann durchaus nicht nur als Gegnerschaft zu feministischer Forderungen gedeutet werden, sondern, behalte man den ideologischen Kontext im Auge, gar als Infragestellen der Gleichberechtigung in ihrer heutigen Form.

Ein weiterer Aspekt, der das Geschlechterverständnis der *SD* in einem rechtspopulistischen Kontext verortet, ist die vehemente Ver-

³⁷ »Kvinnor kan och vi är fullt kapabla på egen hand. Vi eftersträvar ett sant jämställt samhälle och inte det samhälle där alla andra är offer.« »Hanna Wigh om SD Kvinnor«, <http://www.youtube.com/watch?v=CHqUcfn-2MQc> (Stand: 09.07.2012).

teidigung der natürlichen Unterschiede zwischen Frau und Mann.³⁸ Von einer essentialistischen Prämisse ausgehend, die besagt, dass das biologische Geschlecht auch das soziale Geschlecht bestimmt, stellt sich die Partei gegen die den Gender Studies zugrunde liegende Theorie, die Geschlechtsidentität als kulturelle bzw. soziale Konstruktion postuliert.³⁹ Diese Annahme schafft die Basis für Äußerungen, dass eine geschlechtsbezogene Aufteilung von Arbeit, Macht und Neigungen nicht biologisch, sondern sozial bedingt und daher veränderbar sei. Dadurch erhält der Einsatz für eine Gleichberechtigung der Geschlechter seine Legitimation. Die *SD* legen in ihrem *principprogram* Einspruch gegen die Theorie des sozial konstruierten Geschlechts ein:

Wie bereits erwähnt, folgen die Schwedendemokraten der Auffassung, dass es angeborene Unterschiede zwischen den meisten Männern und den meisten Frauen gibt, die über das hinausgehen, was mit bloßem Auge erkannt werden kann. Wir sind auch der Meinung, dass sich die männlichen und weiblichen Eigenschaften in vielen Fällen ergänzen können.⁴⁰

Die *SD* unterstellt, dass es für Männer und Frauen jeweils charakteristische, biologisch determinierte Eigenschaften gibt, was Ausgangspunkt für eine klare Differenzierung der Geschlechtsidentitäten ist. Eine solche Differenzierung schafft wiederum die

³⁸ Vgl. Mudde: *Populist radical right parties*, S. 92.

³⁹ Vgl. Schöbler, Franziska: *Einführung in die Gender Studies*. Berlin: Akademie Verlag, 2008, S. 10.

⁴⁰ »Som tidigare nämnts är det Sverigedemokraternas uppfattning att det existerar medfödda skillnader mellan de flesta män och de flesta kvinnor som går bortom det som kan observeras med blotta ögat. Vi är också av den uppfattningen att de manliga och kvinnliga egenskaperna i många fall kompletterar varandra.« *SD-principprogram*, <https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/principprogram/familj-och-jamstalldhet/> (Stand: 09.07.2012).

Grundlage für die patriarchalisch bedingte Zweiteilung der Gesellschaft in Sphären mit einer entsprechenden Rollenverteilung. Diese rückschrittliche Vorstellung, welche die Partei in ihrem Internetauftritt nur unkonkret skizziert, bringt Anna Hagwall ein weiteres Mal gezielt auf den Punkt:

Das kluge und zweckmäßige Streben der Evolution nach einer optimalen Funktion hat Männern und Frauen unterschiedliche Rollen gegeben, Rollen, die recht sind und aus denen wir nicht beabsichtigen auszuweichen. [...] Frauen sind besser geeignet als Männer, sich um kleine Kinder zu kümmern. Die Rolle des Vaters kommt, wenn die Kinder größer werden.⁴¹

Sie spricht explizit von unterschiedlichen Rollen, die Männer und Frauen als Folge der evolutionären Entwicklung in der Gesellschaft einnehmen würden. Was in der geglätteten Sprache des *princip-program* bewusst allgemeiner ausgedrückt bzw. in Teilen ausgespart wird, äußert Hagwall unmissverständlich: Das Rollenverständnis der *SD* sieht für den Mann die Rolle des Familienerhalters, für die Frau die Rolle der Gebärenden und Erzieherin der Kinder vor. Dadurch wird sie auf ihre biologische Funktion reduziert.

Familienpolitische Standpunkte

Der Haltung, dass die Geschlechterunterschiede von Männer und Frauen gewahrt werden sollen, spielt in der in der Familienpolitik der *SD* und anderer rechtspopulistischer Parteien eine elementare Rolle.⁴² Die *Kernfamilie* (kärnfamilj) als Basis der Gesellschaft,⁴³ die

⁴¹ »Evolutionens kloka och ändamålsenliga strävan efter en optimal funktion, har gett män och kvinnor olika roller, roller, som är rätt och som det inte är meningen att vi skall bryta oss ur. [...] Kvinnor är bättre lämpade att ta hand om små barn. Pappans roll kommer när barnen blir större.« Vgl. Mattsson: *Sverigedemokraterna*, S. 136.

⁴² Vgl. Mudde: *Populist radical right parties*, S. 92.

dem Kind ein Recht auf Mutter und Vater einräumt, stellt dabei die von den *SD* bevorzugte Form des Zusammenlebens dar. Es wird auf die Notwendigkeit beider Elternteile hingewiesen, da diese sich durch ihre unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Eigenschaften in der Kindererziehungssituation ergänzen.⁴⁴ Im selben Zusammenhang sprechen die *SD* sich für eine Ehe als religiöses Sakrament aus, das ausschließlich Mann und Frau vorbehalten sein sollte.⁴⁵ Dadurch reagieren sie auf ein im Jahr 2009 in Kraft getretenes Gesetz, das Homosexuellen in Schweden sowohl die standesamtliche als auch die kirchliche Heirat ermöglicht.⁴⁶ Die Bedeutung der Kernfamilie findet auch Niederschlag in den Vorstellungen, die die *SD* über das Adoptionsrecht hegen: Sie treten dafür ein, Homosexuelle wie auch Alleinstehende von der Möglichkeit der Adoption auszuschließen. Ebenso möchten sie künstliche Befruchtungen von lesbischen Frauen und Alleinstehenden sowie die Leihmutterschaft verbieten.⁴⁷

Die *SD*-Jugendorganisation *SDU*, die in ihren Formulierungen oftmals einen höheren Grad an Radikalität aufbringt als die Mutterpartei, zeigt sich über Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte im Bereich Familie besorgt. Die ›traditionelle‹ Familie werde mehr und mehr in Frage gestellt und abgewertet; auf Familiengründung würde immer häufiger verzichtet, da sie als freiheitsraubend wahrgenommen würde; lebenslange Beziehungen würden durch flüchtige

⁴³ *SDU-familjepolitik: »Med hjärta för familjen«* [Mit Herz für die Familie], <http://sdu.nu/wp-content/uploads/2011/10/Med-hj%C3%A4rtaf%C3%B6r-familjen.pdf> (Stand: 09.07.2012).

⁴⁴ Vgl. ebd.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ <http://www.sweden.gov.se/sb/d/8953/a/110669?setEnableCookie=true> (Stand: 09.07.2012).

⁴⁷ Vgl. *SDU-familjepolitik: »Med hjärta för familjen«* [Mit Herz für die Familie], <http://sdu.nu/wp-content/uploads/2011/10/Medhj%C3%A4rtaf%C3%B6r-familjen.pdf> (Stand: 09.07.2012).

Affären abgelöst. Die Kritik gilt hier wieder aktuellen Gleichberechtigungsdebatten, die dafür verantwortlich gemacht werden, dass Frauen Karriere machen und Männer in der Pflicht stünden, Verantwortung zu Hause zu übernehmen. Das Ausleben der individuellen Freiheit führe zu einer hohen Zahl von Abtreibungen, und selbst wenn die Entscheidung für das Kind falle, erhielten Eltern nicht ausreichend staatliche Unterstützung.⁴⁸

Mit solchen Aussagen stellt die *SDU* grundlegende feministische Errungenschaften in Frage. Die Abtreibung, die jeder Frau ermöglichen sollte, über ihren eigenen Körper zu verfügen, gilt als ein solcher Erfolg der Frauenbewegung. Dass sich die *SD* gegen diese Art von persönlicher Entscheidungsfreiheit der Frau stellen, zeigt sich unter anderem in der Tatsache, dass sie sich für eine Verkürzung des Abtreibungszeitraums von den in Schweden üblichen 18 auf zwölf Wochen aussprechen. Wie bereits angeführt wurde, stellt die Nachkommenschaft in rechter Ideologie die Voraussetzung für den Erhalt der Nation dar; die gewollte Entfernung eines ungeborenen Kindes ist mit dieser Anschauung unvereinbar. Per Björklund, Schatzmeister der *SD*, argumentiert gegen Abtreibungen unter Hinweis auf die Entwicklung des schwedischen Arbeitsmarktes:

Wir Schwedendemokraten sind heutzutage die einzige Partei, die sich für ungeborene Kinder einsetzt. Wenn die Abtreibungszahlen seit 1975 nur halb so hoch wären, hätten wir heute eine halbe Million mehr Menschen als gegenwärtige und zukünftige Arbeitskraft. [...] Mit der Politik der Schwedendemokraten schützen wir ungeborene Kinder und sichern den Bedarf an künftiger Arbeitskraft.⁴⁹

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ »Vi Sverigedemokraterna är i dag det enda parti som står upp för de ofödda barnen. Om aborttalen hade varit bara hälften så höga sedan år 1975 så hade vi i dag haft en halv miljon fler människor i nuvarande och

Diese Äußerung erzeugt im Zusammenspiel mit der Forderung Adoptivkinder aus der eigenen Nation zu wählen den Eindruck, dass der *SD*-Funktionär den Bedarf an Arbeitskraft durch explizit schwedischen Nachwuchs decken möchte.⁵⁰ Dies hätte zur Folge, dass Einwanderung, die gezielt einem Arbeitskräftemangel Abhilfe leisten soll, verringert werden könne, was der einwanderungskritischen Position der *SD* zuträglich wäre. Eine theoretische Ausgangsposition für eine kritische Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Ideologien liefert Nira Yuval-Davis, die mit dem *people as power*-Diskurs auf eine nationalistische Politik der Populationskontrolle verweist. Diesem Diskurs zufolge ist die Zukunft der Nation von ihrem stetigen Wachstum abhängig, das unter anderem von den reproduktiven Kräften der Frauen bewerkstelligt wird. Sie werden deshalb aufgefordert, mehr Kinder zu bekommen. Der Bedarf an Menschen – hauptsächlich ist in diesem Diskurs von Männern die Rede – dient unter anderem dem Ausgleich von Arbeitskräftemangel.⁵¹ In diesem Kontext kann die Aussage Per Björklunds betrachtet werden.

Unter dem Vorwand, eine größere Freiheit in Sachen Kinderpflege zu ermöglichen, bemühen sich die *SD*, die private Sphäre wieder als weibliche Sphäre zu konstituieren. Ihre Pläne und Anstrengungen zielen darauf ab, Kindererziehung zur Frauensache zu machen und der Frau ihren Platz im häuslichen Bereich zuzuordnen, was konkret die Ablehnung von Karrieremöglichkeiten bedeutet. In Schweden gilt die Regelung, dass Eltern insgesamt für 480 Tage Elterngeld beziehen können. Je sechzig Tage davon sind den beiden

kommande arbetskraft. [...] Med Sverigedemokraternas politik värnar vi de ofödda barnen och säkrar behovet av framtida arbetskraft.« Zit. nach: Mattsson: *Sverigedemokraterna*, S. 135f.

⁵⁰ Vgl. Mattsson: *Sverigedemokraterna*, S. 136.

⁵¹ Yuval-Davis, Nira: *Gender & Nation*. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, 1997, S. 29.

Elternteilen vorbehalten, die restlichen Tage können wunschgemäß aufgeteilt werden. Diese Regelung strebt eine gleichberechtigtere Arbeitsmarktsituation an, in welcher beide Eltern Verantwortung für Kind und Heim übernehmen. Die *SD* möchten das Elterngeld dahingehend umstrukturieren, dass die sechzig für den einen Elternteil reservierten Tage abgeschafft werden.⁵² So bestünde die Möglichkeit für ein Elternteil, alle Tage der Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Die Partei behauptet, die Aufteilung der Elternzeit ganz allein den Eltern überlassen zu wollen, ohne auf Bestimmungen von oben Rücksicht nehmen zu müssen. Es drängt sich die Vermutung auf, dass sie damit die Inanspruchnahme der gesamten Elternzeit durch die Mutter fördern möchten. Ebenso sprechen die *SD* sich für einen Ausbau des Betreuungsgeldsystems [vårdnadsbidrag] aus, das eine längerfristige Betreuung des Kindes zu Hause erleichtern soll.⁵³

Bei familienpolitischen Themen handelt es sich in der Vorstellung der *SD* in erster Linie um die Regulierung der ›Rolle der Frau‹. Familienpolitik kann demnach als ›Frauenpolitik‹ verstanden werden.⁵⁴ Während feministische Bestrebungen auf gleiche Rechte für Männer und Frauen auf dem Arbeitsmarkt wie auch im Heim zielen, positionieren die *SD* die Frau anhand diverser Maßnahmen in der privaten Sphäre, wohingegen Männern implizit die öffentliche Sphäre einschließlich des Arbeitsmarktes zugesprochen wird. Der Frau wird die Aufgabe zuteil, den Erhalt der Nation zu sichern, weshalb Abtreibungen im nationalistischen Diskurs nicht tolerierbar

⁵² Vgl. SDU-familjepolitik: »Med hjärta för familjen« [Mit Herz für die Familie], <http://sdu.nu/wpcontent/uploads/2011/10/Medhj%C3%A4rtaf%C3%B6r-familjen.pdf> (Stand: 09.07.2012).

⁵³ Vgl. Borg, Therese: »Barnperspektiv som lyser med sin frånvaro«, Artikel vom 29.02.2012, <http://sdkvinnor.se/category/familjepolitik-och-barnomsorg/> (Stand: 09.07.2012).

⁵⁴ Vgl. Mudde: *Populist radical right parties*, S. 92.

sind. Die Idealkonstellation der Kernfamilie als bedeutendste gesellschaftliche Einheit bedingt, dass andere Formen des Zusammenlebens und der Familiengründung ausgegrenzt werden.

Mit Feminismus gegen ›Masseneinwanderung‹

Das Weltbild der *Sverigedemokraterna* ist durch ein außerordentliches Unterschiedsdenken geprägt. Es wird allerdings nicht nur eine klare Linie zwischen Männern und Frauen gezogen, sondern auch zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen. Die *SD* befürworten eine Separationspolitik, die kulturelle und biologische Unterschiede von Ethnien hervorhebt und in diesen einen Rechtfertigungsgrund für die Andersbehandlung von Migrantinnen und Migranten sieht.⁵⁵ So betonen die *SD* das Recht aller ethnischen Gruppen auf ihre eigene Kultur, keine sei mehr wert als eine andere. Dennoch ist fortwährend von Schweden als einer hervorgehoben demokratischen, fortschrittlichen und gleichberechtigten Kultur die Rede.⁵⁶ Die Schweden werden dementsprechend implizit über andere Ethnien gestellt. Hierbei handelt es sich um ein typisches Merkmal

⁵⁵ Vgl. Ekström von Essen: *Sverigedemokraterna*, S. 40.

⁵⁶ »Det är uppenbart så att vissa kulturer är bättre än andra på att slå vakt om grundläggande mänskliga rättigheter, skapa demokrati och materiellt välstånd, god sjukvård, hög utbildningsnivå och likhet inför lagen. Detta gör att dessa kulturer, i våra ögon är bättre än de kulturer som inte vill eller förmår att skapa goda levnadsvillkor för de människor som lever i dem.« »Es ist offenbar so, dass bestimmte Kulturen besser darin sind, grundlegende menschliche Rechte zu behüten, Demokratie und materiellen Wohlstand zu schaffen, gute Krankenpflege, ein hohes Bildungsniveau und Gleichheit vor dem Gesetz. Das macht diese Kulturen in unseren Augen zu besseren im Vergleich zu den Kulturen, die keine guten Lebensbedingungen für ihre Bewohner schaffen wollen oder können.« *SD-principprogram*, <https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/principprogram/kultur/> (Stand: 09.07.2012).

rechtspopulistischer Ideologie. Von einem rassistischen Kulturbegriff ausgehend, lehnen die *SD* eine Hybridisierung der Gesellschaft ab und verweisen explizit darauf, dass zur Wahrung der unterschiedlichen Kulturen eine räumliche Trennung nötig sei.⁵⁷ In dieser Behauptung liegt, wenn auch von den *SD* deutlich verdeckter formuliert, ein wichtiges Mittel zur Rechtfertigung ihrer einwanderungsfeindlichen Ideologie, die sich in erster Linie gegen muslimische Einwanderer richtet.⁵⁸ So wird in populistischer Manier ein Schwarz-Weiß-Bild einer ›gesamtmuslimischen Kultur‹ heraufbeschworen, in welchem einzelne markante, vor allem negative Aspekte auf die gesamte Kultur projiziert werden. Durch eine derartige rhetorische Fokussierung werden muslimische Gruppen zum Feindbild gemacht und tragen, unter dem Deckmantel der ›Masseneinwanderung‹, hauptsächlich die Verantwortung für gesellschaftliche Schiefen in Schweden. So werden eine ansteigende Kriminalitätsrate, der Verlust an persönlicher Sicherheit und der angebliche Werteverfall innerhalb der schwedischen Gesellschaft zu großen Teilen auf die ›Masseneinwanderung‹ zurückgeführt.⁵⁹ Die *SDU* äußert sich zum wachsenden Problem sexueller Übergriffe:

Sexueller Schikane und Annäherung sind die meisten schwedischen Mädchen schon einmal ausgesetzt worden, und in vielen Fällen ist der Täter nichteuropäischer Herkunft. Es hat sich herausgestellt, dass unter bestimmten Einwanderergruppen Mädchen als weniger wert angesehen werden, da sie nicht ihre Körper verhüllen und sie frei sind, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Diese Betrachtungsweise hat im schlimmsten Fall zu Gruppenvergewaltigungen geführt, ein Phänomen, das früher

⁵⁷ Vgl. Ekström von Essen: *Sverigedemokraterna*, S. 33f.

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 36.

⁵⁹ Vgl. SDU-invandringspolitik: »En ansvarsfull invandringspolitik« [Eine verantwortungsvolle Einwanderungspolitik], http://sdu.nu/wp-content/uploads/2011/11/En_ansvarsfull_invandringspolitik.pdf (Stand: 09.07.2012).

prinzipiell komplett unbekannt war, aber das sich aufgrund der unverantwortlich geführten Politik in die schwedische Gesellschaft eingenistet hat.⁶⁰

Suggeriert wird hier, dass sich schwedische junge Frauen in ihrem Land nicht mehr sicher fühlen können, da nichteuropäische Männer – hier wird durch die Verhüllungsthematik explizit ein Bezug zum Islam hergestellt – sie sexuell misshandeln. Es wird eine Opposition zwischen der Körperverhüllung als frauenunterordnendem Prinzip und der Entscheidungsfreiheit der Frau, die in Schweden als Grundprinzip der Gleichberechtigung angesehen wird, hergestellt. Diese Dichotomie begreift sich als Kontrastbildung zwischen muslimischen Kulturen und dem schwedischen Volk, was wiederum als Abgrenzungsinstrument im Sinne ›wir‹ gegen ›die anderen‹ herangezogen wird.⁶¹ Weiterhin wird impliziert, dass durch die ›Einnistung‹ des Phänomens der Gruppenvergewaltigung – ein Phänomen, das der schwedischen Bevölkerung nicht *eigen* sei – Grundwerte wie die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann ins Wanken geraten. Hier wird, Nira Yuval-Davis nach zu urteilen, ein nationalistischer Diskurs aufgegriffen, in dem systematische Vergewaltigungen durch eine andere Gemeinschaft als Instrument

⁶⁰ »Sexuella trakasserier och sexuella närmanden är något som de flesta svenska tjejer varit utsatta för och i många av fallen är förövaren av utomeuropeisk härkomst. Bland vissa invandrargrupper har det visat sig att svenska tjejer ses som mindre värda då de inte skyler sina kroppar och är fria att göra sina egna val. Detta synsätt har i värsta fall resulterat i gruppvåldtäkt, ett fenomen som tidigare varit i princip helt okänt men som nästlat sig in i det svenska samhället på grund av den oansvariga politik som förts.« SDU-kriminalpolitik: »Ungdomars rätt till trygghet« [Das Recht Jugendlicher auf Sicherheit], <http://sdu.nu/wp-content/uploads/2011/10/Ungdomars-r%C3%A4tt-till-trygghet.pdf> (Stand: 09.07.2012).

⁶¹ Mulinari u. Neergaard: *Sverigedemokraterna*, S. 56.

äußerster Demütigung der eigenen Nation bewertet wird. Da die Frau in diesem Kontext symbolisch die Ehre der Gemeinschaft trägt, wird der Angriff auf die Frauen mit einem Angriff auf die Ehre der Gemeinde bzw. des Heimatlandes gleichgestellt.⁶² Der Schutz der Frauen ist daher von besonderer Wichtigkeit.

Die Vorstellung, die *SD* bangten tatsächlich um die Stabilität der Geschlechtergleichberechtigung, erscheint vor dem Hintergrund des rückschrittlichen Geschlechterverständnisses, das sich zweifelsohne gegen die Entscheidungsfreiheit der Frau stemmt, geradezu paradox. Werden die *Sverigedemokraterna* nun tatsächlich zu Befürwortern der Gleichberechtigung, gar zu Feministinnen und Feministen? Dieser Eindruck mag sich im ersten Moment aufdrängen, jedoch handelt es sich hierbei um eine rein opportunistische Parteiergreifung für die Frauenrechte. Um ihr Hauptanliegen der ›Einwanderungsproblematik‹ zu untermauern, greifen rechtspopulistische Parteien auch zu unerwarteten Strategien, wie beispielsweise zu Argumentationsansätzen aus der feministisch geprägten Gleichberechtigungsgeschichte.

Ähnlich verhält es sich in einer aktuellen, von den *SD* mit Vehemenz geführten Debatte um Ehrenmorde und die Unterdrückung junger muslimischer Frauen. Die *SD-Kvinnor* haben zu diesem Thema eine Werbekampagne basierend auf einem außerordentlich eindringlichen Youtube-Video ins Leben gerufen, das auf die Grausamkeit des familiären Drucks, dem die jungen Frauen ausgeliefert seien, aufmerksam machen soll. Das Video zeigt eine junge, offenbar muslimische Frau, die von ihrer Familie zu Tode geprügelt wird. Untermalt werden die Bilder durch ein aus dem Off ge-

⁶² Yuval-Davis, Nira: »Nationalism, feminism and gender relations«. In: Guibernau i Berdún, Maria Monserrat, u. John Hutchinson (Hg.): *Understanding Nationalism*. Cambridge: Polity Press, 2005, S. 120–141, hier S. 127–129.

sprochenes Gedicht, das mit der Anapher »Was wäre wenn...« in der ersten Strophe an ein schwedisches Publikum appelliert, sich die dargestellte Situation zu vergegenwärtigen: »Was wäre, wenn du eine Höllenqual erleidest, weil du entgegenkommend und loyal bist? Was wäre, wenn du ein Symbol der Schande wärest, weil dein Wunsch, einen Mann zu wählen, ans Licht käme?«.⁶³ Solche Zeilen zielen in erster Linie auf eine Betroffenheitsreaktion der Zuschauerinnen und Zuschauer ab; die Brutalität der Szene ist überaus schockierend. Das Video suggeriert ein Bild, in dem die *SD* als einzige Partei nicht die Augen vor dieser Ungerechtigkeit verschließt. In einem Artikel kommentiert Therese Borg, Vizevorsitzende der *SD-Kvinnor*, dass die Partei für die Gleichberechtigung *aller* Frauen einstehe, nicht nur für Frauen mit schwedischem Hintergrund. Langfristig plädieren die *SD* daher für eine Umstellung von einer Politik der Integration zu einer Politik der Assimilierung. Auch hier wird unter dem Deckmantel feministischer Grundsätze nichts anderes als Einwanderungspolitik betrieben. Die Forderung der *SD* nach Gleichberechtigung stellt ausschließlich eine Strategie dar, ihrer einwanderungsfeindlichen Ideologie eine salonfähige Rechtfertigungsgrundlage zu schaffen.

⁶³ »Vad väljer du? Tänk om!« [Was wählst du? Denk' um!], <http://www.youtube.com/watch?v=Do4k-QFMKko> (Stand: 09.07.2012).

LITERATUR

- EKSTRÖM VON ESSEN, Ulla: *Sverigedemokraterna i de svenska kommunerna 2002–2006. En studie av politisk aktivitet, strategi och mobilisering*. Norrköping: Integrationsverket, 2006.
- HASSELBERG, Sven: »Pia Kjærsgaard. Es gibt nur eine Zivilisation«. In: JUNGWIRTH, Michael (Hg.): *Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten*. Graz: Styria, 2002.
- LARSSON, Stieg, u. EKMAN, Michael: *Sverigedemokraterna – Den nationella rörelsen*. Stockholm: Ordfront, 2001.
- LÖÖW, Heléne: »Det förrådade folkhemmet – om folkhemsidéen i rasideologisk och extremnationalistisk tappning«. In: AMIN, Samir, u.a. (Hg.): *Det slutna folkhemmet. Om etniska klyftor och blågul självbild*. Stockholm: Agora, 2002, S. 78–93.
- MATTSSON, Pontus: *Sverigedemokraterna in på bara skinnet: reportage*. Stockholm: Natur & Kultur, 2009.
- MUDDE, Cas: *Populist radical right parties in Europe*. New York: Cambridge University Press, 2007.
- MULINARI, Diana, u. Anders NEERGAARD: »Sverigedemokraterna och det teoretiska fältet«. In: DELAND, Mats, Fredrik HERTZBERG u. Thomas HVTIFELDT (Hg.): *Det vita fältet. Samtida forskning om högerextremism*. Uppsala: Uppsala universitet, Historiska institutionen, 2010, S. 45–72.
- PATEMAN, Carole: *The Sexual Contract*. Stanford: Stanford University Press, 1988.
- SCHÖBLER, Franziska: *Einführung in die Gender Studies*. Berlin: Akademie Verlag, 2008.
- YUVAL-DAVIS, Nira: *Gender & Nation*. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, 1997.

YUVAL-DAVIS, Nira: »Nationalism, feminism and gender relations«. In: GUIBERNAU I BERDÚN, Maria Monserrat u. John HUTCHINSON (Hg.): *Understanding Nationalism*. Cambridge: Polity Press, 2005, S. 120–141.

INTERNET

BORG, Therese: »Barnperspektiv som lyser med sin frånvaro«, <http://sdkvinnor.se/category/familjepolitik-och-barnomsorg/>.

BORG, Therese: »Jämställdhetsarbete som gått överstyr«, <http://sdkvinnor.se/2011/07/13/jamstalldhetsarbete-som-gatt-overstyr/>.

»Hanna WIGH om SD Kvinnor«, <http://www.youtube.com/watch?v=CHqUcfn2MQc>.

<http://hdr.undp.org/en/statistics/>.

NELSON, Sandra: »Lika värda, men...«, <http://nojesguiden.se/-artiklar/lika-varda-men>.

<http://sdkvinnor.se/>.

<http://sdkvinnor.se/om-sd-kvinnor/>.

http://www.scb.se/statistik/_publikationer/ME0106_2010A01_BR_ME05BR1101.pdf.

<http://sdu.nu/>.

<http://sdu.nu/wp-content/uploads/2011/10/Med-hj%C3%A4rtat%C3%B6r-familjen.pdf>.

<http://sdu.nu/wp-content/uploads/2011/10/Ungdomars-r%C3%A4tt-till-trygghet.pdf>.

http://sdu.nu/wp-content/uploads/2011/11/En_ansvarsfull_in-vandringspolitik.pdf.

<http://snd.gu.se/en/catalogue/study/600>.

<https://sverigedemokraterna.se/>.

https://sverigedemokraterna.se/files/2012/03/principprogram_A5_web.pdf.

<https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/>.

<https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/principprogram/familj-och-jamstalldhet/>.

<https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/principprogram/kultur/>.

<http://www.sweden.gov.se/sb/d/8953/a/110669?setEnableCookies=true>.

»Vad väljer du? Tänk om!«, <http://www.youtube.com/watch?v=D-o4k-QFMKko>.

<http://www.youtube.com/user/SDKvinnor>.

<http://www.youtube.com/user/sdwebbtv>.

STEFANIE KLOTZEK

Rechtspopulismus und Luthertum in Skandinavien

Um die relativen Erfolge der rechtspopulistischen Parteien in den skandinavischen Ländern zu erklären, hat die Forschung zunehmend kulturelle Phänomene, wie z.B. die Sonderstellung des Luthertums, in den Fokus genommen. Möglicherweise bestehende Zusammenhänge zwischen dem in Skandinavien dominierenden Protestantismus und der Verbreitung rechtspopulistischer Anschauungen konnten durch statistische Untersuchungen nicht hinreichend nachgewiesen werden. Trotzdem fällt auf, dass alle drei skandinavischen rechtspopulistischen Parteien in ihren Wahlprogrammen auf die Sonderrolle des Christentums rekurrieren. Dieser Aufsatz wird daher die kulturstiftende Funktion des Luthertums in Skandinavien untersuchen und zeigen, wie die rechtspopulistischen Parteien diese Funktionalisierung nutzen, um rechtspopulistische Vorstellungen gesellschaftlich zu legitimieren.

Wenn man sich die Wahlerfolge der rechtspopulistischen Parteien in Skandinavien anschaut und versucht Gemeinsamkeiten zu finden, die als Erklärung dafür herhalten könnten, so kommt man nicht umhin festzustellen, dass sich alle drei Parteien vehement auf christliche Werte berufen. Vor allem die *Dansk Folkeparti* (Dänische Volkspartei) und die *Sverigedemokraterna* (die Schwedendemokraten) befassen sich ausgiebig mit der Relevanz christlicher Wertevorstellung der dänischen bzw. schwedischen Gesellschaft. Und auch die *Fremskrittspartiet* (Fortschrittspartei) betont, wenn auch in etwas geringerem Maße, die Rolle des Christentums in Norwegen.

Zumindest formal kommt in Skandinavien dem Protestantismus bzw. der lutherischen Kirche als dominierender, größter Glaubensgemeinschaft nach wie vor eine Bedeutung zu. Staat und Kirche sind in Dänemark, waren es bis vor kurzem noch in Norwegen und lange

Zeit auch in Schweden gesetzlich miteinander verbunden. Wenn man sich die Mitgliederzahlen der jeweiligen Kirchen anschaut, so sind sie selbst in der *svenska kyrkan* (Die schwedische Kirche), die seit dem Jahr 2000 nicht mehr die offizielle Staatskirche ist, mit knapp 69 Prozent noch auffällig hoch.¹

In Dänemark sind im Jahr 2010 80,9 Prozent der Bevölkerung Mitglied in der *Dansk Folkekirke* (Dänische Volkskirche) gewesen² und in Norwegen sind ungefähr 79 Prozent der Bevölkerung Mitglied der evangelisch-lutherischen Kirche.³

Die Entwicklung des Luthertums in Skandinavien

Die einzelnen skandinavischen Länder weisen hinsichtlich ihrer Kirchensysteme Unterschiede auf. Das Luthertum in Skandinavien lässt sich weder kirchlich noch theologisch ohne weiteres als eine Einheit definieren.⁴ Dennoch kann man einige Gemeinsamkeiten hinsichtlich der geschichtlichen Entwicklung erkennen. Die skandinavischen Länder wiesen schon seit der Christianisierung eine gewisse territoriale Einheit auf. Bereits im 13. Jahrhundert propagierten die skandinavischen Herrscher ein von Gott gegebenes Königtum, um ihre Zentralmacht zu stärken.⁵ Durch die Reformation wurde diese Bindung sogar noch gefestigt und die Einheit von Reich und

¹ <http://www.svenskakyrkan.se/default.aspx?id=645562> [Stand: 23.10.12]

² Vgl. *Nyt fra Danmarks Statistik*, 2012:82, <http://www.dst.dk/pukora/epub/Nyt/2012/NR082.pdf> [Stand: 23.10.12].

³ <http://www.kirken.no/?event=doLink&famID=230> [Stand: 23.10.12].

⁴ Lønning, Inge: »Das nordische Luthertum«. In: Nicolaisen, Carsten (Hg.): *Nordische und deutsche Kirchen im 20. Jahrhundert, Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte*. Bd. 13, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1982, S. 150–164, hier S. 151.

⁵ Schröter, Harm G.: *Geschichte Skandinaviens*. München: C.H. Beck Verlag, 2007, S. 27.

Religion geriet – im Gegensatz zu dem in katholische und protestantische Kleinstaaten zersplitterten Deutschland – nicht ins Wanken: »Ob römisch-katholisch oder evangelisch-lutherisch, die Grenzen von Volksgemeinschaft und die Grenzen der religiösen Gemeinschaft fielen in allen Ländern im nordischen Raum verhältnismäßig unproblematisch zusammen«.⁶ Den Königen kam die von Luther postulierte Forderung nach einer Trennung von weltlicher und kirchlicher Gewalt⁷ entgegen. Statt beim Papst und der katholischen Kirche lag die weltliche Macht nun allein bei den Königen der jeweiligen Länder. Als Herrscher des Staates waren sie gleichzeitig auch Oberhaupt der Kirche und der Protestantismus wurde in lutherischer Ausprägung gesetzlich vorgeschriebene Staatsreligion. Nicht nur die Landespolitik, sondern auch die gesamte Kirchenpolitik (bis hin zu Personalentscheidungen) wurde nun vom Reichstag der jeweiligen Länder geregelt. Neben dem Protestantismus gab es, abgesehen von einer marginalen katholischen Minderheit, lange Zeit keine konfessionelle Alternative. Erst im 19. Jahrhundert gewannen in den nordischen Ländern religiöse Erweckungsbewegungen sowie pietistische Glaubensgemeinschaften in weiten Teilen der Gesellschaft an Bedeutung.⁸ Diese Bewegungen sind ein Indiz dafür, dass auch in Skandinavien religiöses Konfliktpotential vorhanden war »not only between Christians and nonbelievers but also – importantly – among Christians«.⁹ Doch im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern

⁶ Lønning: *Luthertum*, S. 155.

⁷ Thyssen, Anders Pontoppidan: »Die volkskirchliche Tradition in Skandinavien«. In: Nicolaisen, Carsten (Hg.): *Nordische und deutsche Kirchen im 20. Jahrhundert, Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte*. Bd. 13, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1982, S. 171–289, hier S. 271.

⁸ Vgl. ebd., S. 273.

⁹ Kaspersen, Lars Bo, u. Johannes Lindvall: »Why No Religious Politics? The Secularization of Poor Relief and Primary Education in Denmark and

hat sich in Skandinavien keine Konkurrenzsituation zwischen Konfessionen etabliert, wie es z.B. in Deutschland zwischen dem Protestantismus und Katholizismus der Fall war. Dadurch konnte sich das Luthertum eine Monopolstellung sichern und über lange Zeit hinweg bewahren.

Auch wenn das Luthertum in den skandinavischen Ländern bis heute dominiert, so hat sich das Verhältnis von Kirche und Staat mittlerweile doch erheblich gewandelt. Seit 2000 ist die Kirche in Schweden unabhängig vom Staat. Bischöfe und Kirchenmitarbeiter werden von der *svenska kyrka* eigenständig eingesetzt. Gleichzeitig fallen schwedische Staatsangehörigkeit und Zugehörigkeit zur protestantischen Kirche nicht mehr automatisch zusammen. In Norwegen zeichnen sich nun ähnliche Prozesse ab. Am 21. Mai 2012 ist eine Änderung des Grundgesetzes und eine damit verbundene Trennung von Kirche und Staat beschlossen worden.¹⁰

Nur die *Dansk folkekirke* ist bis heute durch die Bestimmungen des Grundgesetzes von 1953 konstituiert. Das Oberhaupt der Kirche ist nach wie vor der dänische König bzw. die dänische Königin:

§ 4. Die Evangelisch-lutherische Kirche ist die dänische Volkskirche und wird als solche vom Staat unterstützt.

§ 6. Der König soll der Evangelisch-lutherischen Kirche angehören.

§ 66. Die Verfassung der Volkskirche wird durch Gesetz geregelt.¹¹

Sweden.«In: *European Journal of Sociology*, 2008:49, S. 119–143, hier S. 120.

¹⁰ <http://www.kirken.no/?event=doLink&famID=294140> [Stand: 23.10.12]

¹¹ Auszüge aus dem dänischen – Grundgesetz (1953), zitiert nach: <http://www.verfassungen.eu/dk/> Dänische Version: <http://www.folkekirken.dk/om-folkekirken/folkekirken-og-grundloven/> [Stand: 23.10.12]. »§ 4. Den evangelisk-lutherske kirke er den danske folkekirke, og understøttes som sådan af staten. – § 6. Kongen skal høre til den evangelisk lutherske kirke. – § 66. Folkekirkens forfatning ordnes ved lov«.

In Dänemark übernimmt die Kirche im Regelfall zudem auch die registrative Funktion, die in Deutschland dem Standesamt zukommt. Jeder Däne kommt so – unabhängig von seiner persönlichen religiösen Überzeugung und Zugehörigkeit – mit großer Wahrscheinlichkeit einige Male in seinem Leben mit der Kirche in Kontakt (z.B. Eintragung von Geburt, Heirat, Sterbefällen, etc.). Doch obwohl der evangelisch-lutherische Glaube zumindest in Dänemarks Verfassung noch Staatsreligion ist, hat die Kirche auch hier keine nennenswerte politische Macht im Land.

Das Luthertum als Katalysator eines Säkularisierungsprozesses

Interessanterweise hat gerade die starke Monopolstellung des Luthertums in Skandinavien den Säkularisierungsprozess erheblich beschleunigt. Trotz hoher Mitgliederzahlen tendiert die im Alltag praktizierte Religion gen Null: »Scandinavia has changed from religious conformity to a common secularization«,¹² Christliche Inhalte spielen für die meisten Skandinavier im Alltag keine bedeutende Rolle. Zuckermann führt in seinem Aufsatz *Why are Danes and Swedes so irreligious?* dafür einen langen Katalog an Belegen an, wie z.B. dass nirgendwo weltweit die Anzahl der Kirchenbesuche so niedrig ist wie in Dänemark und Schweden, dass bei der Kindererziehung die Vermittlung des christlichen Glaubens für lediglich nur noch acht Prozent der Dänen wichtig ist, u.a.¹³

Zuckermann erklärt diese Entwicklung durch das Fehlen von Konkurrenz: »When there is only one dominant religion in a given

¹² Riis, Ole: »Rejection of Religious Pluralism – the Danish Case«. In: *Nordic Journal of Religion and Society*, 2011:14.1, S. 19–36, hier S. 20.

¹³ Vgl. Zuckermann, Phil: »Why are Danes and Swedes so irreligious?« In: *Nordic Journal of Religion and Society* 2009:22:1, S. 55–69, hier S. 56.

society – and it is subsidized by the state – interest and involvement in a religion will be low«. ¹⁴ Ein weiterer Faktor, den er anführt, ist die gut entwickelte wohlfahrtsstaatliche Absicherung. Wenn Menschen in einer Gesellschaft einen hohen Grad an Sicherheit verspüren, tendierten sie dazu, weniger religiös zu sein. Zusätzlich habe die lange Phase der eher anti-religiös eingestellten sozialdemokratischen Regierung und eine hohe Quote an arbeitenden Frauen dazu geführt, dass gelebte Religion im Alltag der skandinavischen Gesellschaften nur noch ein Randphänomen sei. ¹⁵ Die trotz allem hohen Mitgliederzahlen der protestantischen Nationalkirchen lassen sich hauptsächlich durch eine immer noch bestehende Bindung zur Kirche als kulturelle Institution erklären. Die Kirche funktioniert als institutionelle Bewahrerin von Ritualen »both for the nation state in the form of royal or governmental ceremonies and private rites of passage«. ¹⁶ Diese Rituale sind nicht mehr wegen ihrer religiösen Gewichtung, sondern als kulturelle Handlungen von Bedeutung. Der Kirche kommt immer noch eine wichtige Funktion zu bei der »performance of rites of passage«. ¹⁷ Kirchliche Zeremonien wie Taufen, Beerdigungen, Hochzeiten und Konfirmationen erfreuen sich in allen skandinavischen Ländern immer noch sehr großer Beliebtheit und werden von der Mehrheit der Skandinavier praktiziert, inklusive derjenigen, die nicht religiös sind (in Dänemark lag z.B. die Tauftrate 2011 noch bei 69,2 Prozent). ¹⁸

¹⁴ Ebd., S. 57.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 59–61.

¹⁶ Storm, Ingrid: »Christian Nations«? Ethnic Christianity and Anti-Immigration Attitudes in Four Western European Countries«. In: *Nordic Journal of Religion and Society*, 2001:24:1, S. 75–96, hier S. 81.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Vgl. <http://miliki.dk/kirke/statistik/doebte/> [Stand: 23.10.12].

Die evangelisch-lutherische Kirche hat durch ihre Monopolstellung die skandinavische Kultur und Gesellschaft über lange Zeiträume hinweg beeinflusst. Die lutherische Arbeitsmoral, die strikt geforderte Trennung von kirchlichen Machtbereichen (Seelsorge) und denen des Staates (soziale Absicherung) haben die Entwicklung der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten nachhaltig mitbestimmt.

In dem 2009 erschienenen Sammelband *Holy Nations and Global Identities*¹⁹ wird diesem Phänomen gleich in mehreren Aufsätzen nachgegangen. 1967 nutzte der amerikanische Soziologe Robert N. Bellah den Begriff der ›Zivilreligion‹, um zu benennen, wie Glaube und Gott in Amerika als religionsübergreifende Identitätsmarker inszeniert werden.²⁰ Für Skandinavien ist der Begriff der Zivilreligion, wie unter anderem Jacobsen²¹ und Repstad²² darlegen, auf ähnliche Weise zu verwenden. Nur tritt hier Zivilreligion nicht als

¹⁹ Hvithamar, Annika, Margit Warburg u. Brian Arly Jacobsen (Hg.): *Holy Nations and Global Identities. Civil Religion, Nationalism and Globalisation. International Studies in Religion and Society*. Vol. 10. Boston: Brill/Leiden, 2009.

²⁰ Vgl. Hvithamar, Annika, u. Warburg, Margit: »Introducing Civil Religion, Nationalism and Globalization«. In: Hvithamar, Annika, Margit Warburg u. Brian Arly Jacobsen (Hg.): *Holy Nations and Global Identities. Civil Religion, Nationalism and Globalisation. International Studies in Religion and Society*. Vol. 10. Boston: Brill/Leiden, 2009, S. 1–9, hier S. 3.

²¹ Jacobsen, Brian Arly: »Civil Religion in the Danish Parliament«. In: Hvithamar, Annika, Margit Warburg u. Brian Arly Jacobsen (Hg.): *Holy Nations and Global Identities. Civil Religion, Nationalism and Globalisation. International Studies in Religion and Society*. Vol. 10. Boston: Brill/Leiden, 2009, S. 159–181.

²² Repstad, Pål: »Civil Religion in an Age of Changing Churches and Societies. A look at the Nordic Situation«. In: Hvithamar, Annika, Margit Warburg u. Brian Arly Jacobsen (Hg.): *Holy Nations and Global Identities. Civil Religion, Nationalism and Globalisation. International Studies in Religion and Society*. Vol. 10. Boston: Brill/Leiden, 2009, S. 199–214.

religionsübergreifendes, verbindendes Merkmal an die Stelle von individuellem Glauben, sondern eine einzige Religion, nämlich dem Luthertum, kommt die entscheidende Rolle zu, als Marker für nationale Identität zu fungieren. Botvar beschäftigt sich im gleichen Zusammenhang noch eingehender mit der nationalsymbolischen Bedeutung, die den skandinavischen Volkskirchen durch diese spezifische Art der Identitätsstiftung zukommt.²³ Selbst Skandinavier, die sich als Atheisten oder Agnostiker verstehen, bleiben Mitglied der jeweiligen Staats- bzw. Landeskirche, weil das Luthertum, gelebt oder nicht, eben einen Teil der nationalen Identität ausmacht.

Zur Relation zwischen christlicher Überzeugung und rechtspopulistischer Anschauung

Warum berufen sich die skandinavischen rechtspopulistischen Parteien in ihren Wahlprogrammen so stark auf christliche Werte und Traditionen? Kann die dominierende Position des Luthertums Erklärungsansätze liefern für einen erstarkten Rechtspopulismus in Skandinavien?

Gerade wenn sozioökonomische Faktoren politisch eine geringere Rolle spielen, können rechtspopulistische Parteien mit soziokulturellen Themen punkten.²⁴ Da dem Protestantismus in Skandinavien

²³ Vgl. Botvar, Pål Ketil: »Scandinavian Folk Churches, Chauvinism and Xenophobia«. In: Hvithamar, Annika, Margit Warburg u. Brian Arly Jacobsen (Hg.): *Holy Nations and Global Identities. Civil Religion, Nationalism and Globalisation. International Studies in Religion and Society*. Vol. 10. Boston: Brill/Leiden, 2009, S. 183–198.

²⁴ Vgl. Lodenius, Anna-Lena, u. Mats Wingborg: *Radikale rechtspopulistische Parteien in den nordischen Ländern. Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Erklärungsansätze*. Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011: <http://library.fes.de/pdf-files/id/o8205.pdf> [Stand: 19.11.2012], S. 8.

heutzutage eher eine kulturelle statt religiöse Rolle zukommt, kann man vermuten, dass sich hier, gerade im Zuge wachsender Einwanderung aus nicht-christlichen, insbesondere muslimischen Ländern, eine Ursache finden lässt für den Erfolg der Parteien. Arzheimer und Carter untersuchten z.B., inwieweit eine religiöse Einstellung Einflüsse auf ein rechtspopulistisches Wahlverhalten nehmen kann.²⁵ Direkte Einflussbeziehungen lassen sich aus den von ihnen analysierten Umfrageergebnissen jedoch nicht herleiten. Sie schlussfolgern, dass in den beobachteten Ländern Religiosität keinen direkten Effekt darauf hat, dass eine rechtspopulistische Partei gewählt wird. Dies kann auch nicht durch Einflüsse der Religion auf mögliche ethnozentrische Einstellungen erklärt werden:

In the eight Western European societies under study, religious people are neither more tolerant nor more ethnocentric than their agnostic compatriots once the background variables are controlled for.²⁶

Hagevi betrachtet den Protestantismus in Schweden als ein sozio-kulturelles Phänomen, das, so schließt er aus statistischen Erhebungen, neben demografischen und ideologischen Faktoren durchaus auf die politische Meinung Einfluss nehmen kann.²⁷ Andere Untersuchungen befassen sich weniger mit der direkten politischen Entscheidung, sondern mit möglichen Zusammenhängen zwischen dem Luthertum und Grundhaltungen, die die rechtspopulistischen Parteien in den Ländern für sich stark machen. Minkenberg konzentriert sich z.B. primär auf Zusammenhänge zwischen Protestan-

²⁵ Arzheimer, Kai, u. Carter, Elisabeth: *Religiosity and Voting for the Radical Right*. Keele: Keele University, 2009 (= KEPRU Working Paper; Bd. 28).

²⁶ Ebd., S. 15.

²⁷ Vgl. Hagevi, Magnus: »Religiös orientering och svensk politisk opinion«. In: *Statsvetenskaplig Tidskrift* 2006:108, S. 123–153.

tismus und EU-Skeptizismus, kann jedoch keine *direkten* Zusammenhänge zwischen dem persönlichen religiösen Engagement des Einzelnen und seiner Haltung gegenüber der EU entdecken. Allgemein stellt er fest, dass in katholisch geprägten Ländern eine skeptische Haltung gegenüber der EU weniger verbreitet ist als in Ländern, in denen der Protestantismus dominiert. Das mag, so schlussfolgert Minkenberg, aber daran liegen, dass der katholische Glaube traditionell universell ausgerichtet ist, während in den skandinavischen Ländern geschichtlich bedingt der Protestantismus eng mit dem Nationalstaat geführt wird:

In smaller states with a protestant majority population, a sceptical attitude towards European integration is motivated by the defence of the nation state. Here Protestantism and a national Lutheran state-church went hand in hand.²⁸

Botvar untersuchte, inwiefern die Sonderstellung der skandinavischen Volkskirchen eine wohlfahrtschauvinistische Haltung sowie xenophobe Einstellungen gewissermaßen begünstigte.²⁹ Man könnte vermuten, dass die offene Haltung, die die skandinavischen Lutherkirchen gegenüber Neu-Mitgliedern proklamieren, als Zeichen der Toleranz verstanden werden kann. Botvar argumentiert gegen diese Sichtweise, mit der Feststellung, dass diese Annahme bewiese, wie schwierig es für andersgläubige Immigranten sei in der skandinavischen Gesellschaft akzeptiert zu werden: »If you have to become a Lutheran to be accepted in the Scandinavian society, this does not suggest a high level of tolerance«.³⁰ Interessanterweise zeigen die

²⁸ Minkenberg, Michael: »Religion and Euroscepticism: Cleavages, Religious Parties and Churches in EU-Member-States«. In: *West European Politics* 2009:32:6, S. 1190–1211, hier S. 1195.

²⁹ Vgl. Botvar: *Scandinavian Folk Churches*.

³⁰ Ebd., S. 185.

Statistiken, die Botvar auswertet, dass gerade die Skandinavier, die an der lutherischen Kirche am meisten partizipieren (regelmäßige Gottesdienstbesuche etc.), eher dazu tendieren, eine gastfreundliche und offene Haltung gegenüber Ausländern zu haben. Damit entsprechen sie tatsächlich dem Bild, das die Kirchen nach außen hin vermitteln. Wichtige Vertreter der skandinavischen Landeskirchen werben immer wieder für eine immigranten-freundliche, offene Einstellung ganz im Sinne der christlichen Nächstenliebe. Die weniger gläubigen Befürworter der Nationalkirche, die gerade diese tolerante und offene Haltung von der Institution einfordern, haben paradoxerweise »the most negative attitudes towards foreigners«.³¹

Die Erkenntnisse der genannten Untersuchungen zeigen für sich genommen interessante Aspekte auf. Dennoch lässt sich zusammenfassend festhalten, dass der Grad der Religiosität eines Einzelnen keine direkten allgemeingültigen Rückschlüsse auf sein Wahlverhalten oder seine möglicherweise rechtspopulistischen Einstellungen ziehen lässt. Man kann nicht behaupten, dass diejenigen Skandinavier, die sich selbst als sehr gläubig definieren, rechtsgerichteteren Ansichten gegenüber Einwanderern, der EU oder über den Nationalstaat haben als die Nicht-Gläubigen. Außerdem kommt hinzu, dass die Anzahl der (nach eigenen Aussagen) wirklich gläubigen Christen in jedem der skandinavischen Länder bei unter zehn Prozent liegt.³²

Die hohen Kirchen-Mitgliederzahlen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass im alltäglichen Leben der Skandinavier Religion nur noch eine sehr marginale Rolle spielt. Ob jemand selten oder oft den Gottesdienst besucht, ob ihm die Kirche eine wichtige

³¹ Ebd., S. 195.

³² Umfrageergebnisse zur Religiosität in Dänemark und Schweden: Vgl. Zuckermann: *Danes and Swedes*, S. 56.

Stütze im Leben ist oder nicht, hat keinen direkt messbaren Einfluss, der eine inhaltliche Bedeutung des Luthertums für rechtspopulistische Erfolge rechtfertigen würde. Vielmehr ist die lange Tradition, auf die die lutherische Kirche in den skandinavischen Ländern zurückblickt, richtungweisend für einen Trend, der sich nicht nur bei den rechtspopulistischen Parteien abzeichnet. Mir scheint es daher sinnvoll zu sein, genauer zu untersuchen, wie Religion und Kirche in Skandinavien heutzutage gesellschaftlich inszeniert werden und wie sich die rechtspopulistischen Parteien diese Inszenierung zu Nutze machen, um über eine symbolische Aufladung des Luthertums xenophobie und wohlfahrtschauvinistische Einstellungen zu legitimieren.

Die Inszenierung der Kirche als Nationalsymbol

Durch immer höhere Immigration aus nicht-westlichen, nicht-christlichen, d.h. vor allem islamischen Ländern kommt es auch in den säkularisierten skandinavischen Ländern zu Debatten um die Bedeutung des Christentums. So konstatiert Lüchau in seinem Artikel *Nation, Religion and Globalization*:

In Denmark, a public discourse that states that Denmark is Christian and that non-Christian cannot be Danes [...] has sprung up simultaneously with a growing immigration from non-Western Countries.³³

Konkrete religiöse Inhalte spielen dabei, wie bereits festgestellt, keine Rolle. Aber trotz einer stetigen Abnahme der Zahl gläubiger, praktizierender Christen können Fragen betreffend eines nationalen, religiösen Erbes in den öffentlichen Debatten über Einwanderung und Integration im zunehmenden Maße wichtiger werden.³⁴ Gerade

³³ Lüchau, Peter: »Nation, Religion and Globalization in Danmark«. In: *Nordic Journal of Religion and Society*. 2006:19:1, S. 81–94, hier S. 82.

³⁴ Vgl. Storm: *Christian nations*, S. 75.

die rechtspopulistischen Parteien sind maßgeblich daran beteiligt, trotz der in den Grundgesetzen verankerten Religionsfreiheit die Sonderstellung des Luthertums zu verteidigen und der vermeintlichen Bedrohung von außen ein symbolkräftiges Identitätsmerkmal entgegenzusetzen. Lüchau betont, dass in den öffentlichen Debatten über ›das Fremde‹ die Politiker diejenigen sind, die religiöse Argumente ins Feld führen, nicht die Wähler. Bei den meisten etablierten Parteien in Skandinavien (vielleicht die christdemokratischen Konservativen ausgenommen) besteht ein Konsens darüber, den Staat als säkularisiert zu betrachten und Religion in den Bereich des Privaten zu verlagern und nicht in öffentlichen Debatten zu instrumentalisieren. Anders jedoch die rechtspopulistischen Parteien.³⁵

Es ist auffällig, dass sich trotz geschichtlich bedingter liberaler Wurzeln alle drei rechtspopulistischen Parteien, die *Dansk Folkeparti*, die norwegische *Fremskrittspartiet* sowie die *Sverigedemokraterna* mehr oder weniger ausführlich zum Thema Religion und Christentum äußern, obwohl sie, anders als z.B. die christdemokratischen Parteien, religiöse Inhalte nicht ins Zentrum ihrer Politik setzen. Besonders gut sichtbar wird es z.B. in dem Werbefilm der DF *Jeg er Danmark*³⁶ (Ich bin Dänemark), in dem die Kirche, neben der Flagge (weißes Kreuz auf rotem Grund!) als deutliches Nationalsymbol funktioniert, als ein Symbol für christliche Grundwerte, die es nach außen hin zu verteidigen gilt.³⁷

Die dänischen Rechtspopulisten sind am stärksten darum bemüht, sich als Vertreter christlicher Werte und einer originär dani-

³⁵ Vgl. Riis: *Religious pluralism*, S. 30.

³⁶ http://www.danskfolkeparti.dk/Video_dr_valgfilm_2011.asp [Stand: 23.10.12]

³⁷ Lüchau, Peter: »Kristendomen og toleranse i Danmark«. In: *Dansk Sociologi*, 2004:15:1, S. 41–54, hier S. 44: »Kristendomen som en national markør«.

schen Kultur zu inszenieren, die gegenüber dem Islam verteidigt werden müssen. Dass die Basis des christlichen Glaubens, nämlich Toleranz und Nächstenliebe, dieser Argumentation entgegenlaufen, spielt dabei überhaupt keine Rolle. Es geht nicht um christliche Inhalte, sondern um die symbolische Bedeutung, die die Kirche in Dänemark hat. Jeder Däne ist, wenn er sich nicht selbst dagegen entscheidet, erst einmal Mitglied der Staatskirche. Dänisch zu sein, bedeutet also in den Augen der Rechtspopulisten, Protestant, oder zumindest Christ zu sein. Andere Religionen werden zwar toleriert, dürfen aber nicht den gleichen Status erhalten wie die *Dansk Folkekirke*: Man sei zwar für »Religionsfreiheit« aber nicht für »Religionsgleichheit«, ³⁸ so wird es im Parteiprogramm unter dem Punkt ›Kristendommen, folket och etikken‹ (das Christentum, das Volk und die Ethik) auf den Punkt gebracht. Die *Dansk Folkeparti* fordert, dass nur die evangelisch-lutherische Kirche vom Staat unterstützt werden soll.³⁹ Sie beruft sich auf eine lange Tradition des Christentums in Dänemark, die es zu bewahren gilt und deren Kenntnis notwendig ist, um die gegenwärtige dänische Kultur zu verstehen:⁴⁰

Das Christentum hat sich mehr als tausend Jahre lang in Dänemark behauptet und ist nicht vom Gesellschaftsleben zu trennen. Die Bedeutung, die das Christentum hatte und hat, ist unermesslich und prägt die dänische Lebensweise. Es war durch die Zeiten hinweg Ratgeber und

³⁸ http://www.danskfolkeparti.dk/Kristendommen_folket_og_etikken_4310_135.asp [Stand: 23.10.12]. »Det er vigtigt at slå fast, at vi i Danmark har grundlovssikret religionsfrihed, men ikke religionslighed«.

³⁹ Ebd., »[...] kun den evangelisk-lutheriske kirke er og bør være understøttet af staten«.

⁴⁰ http://www.danskfolkeparti.dk/Kristendommen_folket_og_etikken_4310_135.asp [Stand: 23.10.12.] »Kendskabet til den jødisk-kristne tankeverden som har preget udviklingen i de seneste 2000 år er forudsætningen for at forstå idéerne bag det moderne samfund og de institutioner, der for os er en selvølgelig del af hverdagen«.

Wegweiser für das Volk. Das Christentum unterscheidet scharf zwischen der Welt des Glaubens und der weltlichen Welt – ein Unterschied, der von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Landes war – für Freiheit, Offenheit und Demokratie.⁴¹

Der Protestantismus wird von der *DF* als kulturelles und nationales Erbe inszeniert, das geschickt als Gegenpart gegen eine islamische Einwanderung gesetzt wird. Jacobsen hat in seinem Aufsatz *Civil Religion in the Danish Parliament*⁴² sehr gründlich untersucht, wie heute noch politische Rituale (konkret die Eröffnung des dänischen Parlaments) religiös inszeniert werden: »Rituals and symbols play an important role in the formation of the nation-state and political elites employ rituals and symbols to legitimate their authority«. ⁴³ In diesem Fall wird eine gottesdienstähnliche Eröffungszeremonie dazu gebraucht, das Parlament zu legitimieren und durch diesen performativen Akt die Verbindung zwischen lutherischer Religion und der dänischen Demokratie zu postulieren. Die evangelisch-lutherische Kirche bildet eine Basis für eine nationale Identitätskonstruktion. Zum dänischen Selbstbild gehört die *Folkekirke* (Volkskirche) ebenso wie die demokratische Verfassung und das Verständnis, zu den führenden Wohlfahrtsnationen der Welt zu gehören.⁴⁴ Jacobsens Ver-

⁴¹ http://www.danskfolkeparti.dk/pictures_org/generel-brochure%282%29.pdf [Stand:23.10.2012] – *dit land – dit valg. Danmark på rette kurs*. Broschüre der Dansk Folkeparti. S. 6: »Kristendommen har mere end tusind års hævd i Danmark og er uadskillelig fra folketsliv. Den betydning, kristendommen har haft og har, er umådelig og præger danskerne levevis. Den har gennem tiderne været retningsgiver og vejviser for folket. Kristendommen skelner skarpt mellem den verdslige verden og troens verden – et skel, der er af afgørende betydning for landets udvikling – for frihed, åbenhed og folkestyre.«

⁴² Vgl. Jacobsen: *Civil Religion*.

⁴³ Ebd., S. 159.

⁴⁴ Vgl. Lüchau: *Kristendom*, S. 161f.

gleich der dänischen Parlamentseröffnung mit denen der anderen skandinavischen Länder zeigt bezüglich der Inszenierung einige Ähnlichkeiten, die sich kulturgeschichtlich durch das Zusammenfallen von kirchlicher und weltlicher Macht begründen lassen. In allen skandinavischen Ländern sei es für die staatlichen Autoritäten von Bedeutung,

to show the people, through rituals and symbols, that they are legitimised by the domination religion of the people or the domination national ideology (eg. national myths). In this case, the Constitution, Parliament (democracy) and the Evangelian Lutheran Church appear to be important components in the national ideology.⁴⁵

Während in Dänemark bis heute der König gleichzeitig als staatliches und kirchliches Oberhaupt fungiert und die Kirche als Nationalkirche in der Verfassung festgeschrieben ist, hat sich die Situation durch die Verfassungsänderungen in Schweden (2000) und Norwegen (2012) gewandelt. Vielleicht liegt hier der Grund dafür, dass gerade die dänische Volkspartei am stärksten darauf insistiert, die Kirche-Staat-Verbindung aufrecht zu erhalten. Doch auch die *Sverigedemokraterna* sind nicht zurückhaltend, wenn es darum geht, dem Christentum eine zentrale nationale Bedeutung zuzuschreiben. In ihrem Parteiprogramm findet sich ein Abschnitt, der ausschließlich das Thema Religion behandelt. Das Christentum und die schwedische Kirche werden als zentrales identitäts- und kulturstiftendes Element verstanden, das mehr als alle anderen Ideen und Institutionen bedeutungsvoll für die Ausformung der schwedischen Kultur gewesen sei.⁴⁶

⁴⁵ Jacobsen: *Civil Religion*, S. 174.

⁴⁶ <https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/principprogram/religion/> [Stand: 23.10.2012]. »Kristendomen är intim sammanvävd med den svenska kulturen och identiteten. Få andra idéer och institutioner har

Daher müsse dem Christentum auch heute noch im Vergleich zu anderen Religionen eine Sonderstellung zukommen.⁴⁷

Ebenso wie bei der *Dansk Folkeparti* richtet sich das nationale symbolische Bild, das die *Sverigedemokraterna* von der lutherischen Kirche entwerfen, gegen den Islam, dessen Einfluss auf die schwedische Gesellschaft eingegrenzt werden müsse.⁴⁸ Durch die Aufwertung des Christentums oder intensive Identifizierung mit dem Luthertum als kulturellem Marker für ein Verständnis von ›Schwedisch-Sein‹ werden auf diese Weise unterschwellig xenophobe Einstellungen übermittelt und gerechtfertigt.

Auch die norwegische Fortschrittspartei beruft sich auf die durch das Luthertum in Skandinavien monopolisierten christlichen Grundwerte: Die Partei beruhe auf Norwegens Grundgesetz, einer norwegischen und westlichen Tradition und einem Kulturerbe, dessen Wurzeln in der christlichen Lebensanschauung liegen.⁴⁹ Doch auch hier wird nicht auf konkrete Inhalte recurriert.

»Christian« is used as a label to signify ethnic heritage and cultural tradition rather than faith«. ⁵⁰ Keine der drei rechtspopulistischen Parteien versucht durch die Berufung auf das Christentum religiöse Wähler für sich zu gewinnen. Wie Arzheimer und Carter

varit lika betydelsefulla för formanet av det svenska kulturen som kristendomen och den svenska kyrkan«.

⁴⁷ Ebd., »Kristendomen bör i kraft av sin historia tillåtas att inneha en särställning i förhållande till andra religioner i Sverige«.

⁴⁸ Ebd., »Islamismens inflytande på det svenska samhället bör därför motverkas [...]«.

⁴⁹ Vgl. http://www.frp.no/no/Vi_mener/Prinsipprogram_2009-2013/ [Stand: 23.10.2012]. »Fremskrittspartiet er et liberalistisk parti. Det bygges på Norges Grunnlov, norsk og vestlig tradisjon og kulturarv med basis i det kristne livssyn. Fremskrittspartiets hovedmål er å arbeide for sterk nedsettelse av skatter, avgifter og offentlige inngrep«.

⁵⁰ Storm: *Christian nations*, S. 92.

schon feststellten, benutzen die Parteien das Thema Religion lediglich »for purposes of political advantage and mobilization and/or because it fits in with their particular world-view«.⁵¹ Wichtiger ist für sie, die Religion, in diesem Fall die evangelisch-lutherische Kirche, als Argument gegen islamische, nicht-westliche Einflüsse, die die kulturelle Einheit des Landes bedrohen, ins Feld zu führen.

Die jüdisch-christliche Welt wird zum Symbol für die nationalen Wurzeln der Demokratie und Freiheit, während der Islam eine mittelalterliche, rückwärtsgewandte intolerante Kultur repräsentiere. Das System der in der Verfassung verankerten Staatskirche macht, wenn man so will, eine solche Einstellung beinahe salonfähig. Man kann sich auf die Verfassung berufen, wenn man feststellt, das Nicht-Christen (und ihre Religion) niemals den gleichen Status erhalten können wie ihre der Staatskirche angehörigen Mitbürger.

Schlussfolgerung

Direkte Einflussbeziehungen zwischen den relativen Erfolgen der rechtspopulistischen Parteien in den skandinavischen Ländern und dem Protestantismus lassen sich nicht belegen. Die dominante Sonderstellung des Protestantismus hat den Prozess der Säkularisierung in Skandinavien so weit begünstigt, dass paradoxerweise trotz hoher Kirchenmitgliederzahlen religiöse Inhalte für die Mehrheit der Bevölkerung keine Bedeutung mehr haben. Im Grunde wäre es damit für die rechtspopulistischen Parteien hinfällig, in ihren Wahlprogrammen auf das Christentum zu rekurrieren. Dass sie es dennoch tun und dass dies auch bei ihren Wählern auf Akzeptanz zu stoßen scheint, lässt sich mittels der identitätsstiftenden Funktion des Luthertums erklären. Durch sie können die Parteien ein Bild

⁵¹ Arzheimer/Carter: *Religiosity*, S. 4.

konstruieren, das gegenüber Einflüssen von außen (Einwanderung, Globalisierung, EU-Politik usw.) ein nationales Denken legitimiert und auf diese Weise als Abgrenzungsmaßnahme funktioniert.

Ob die protestantischen Kirchen in Skandinavien in der Zukunft noch eine gesellschaftlich relevante Rolle innehaben werden, ist unklar. Die Entwicklungen, die sich abzeichnen, lassen das Gegenteil vermuten. In Schweden sind nach der Loslösung der Kirche vom Staat immerhin mehr als 300.000 Menschen aus der Kirche ausgetreten.⁵² Wie sich die Situation in Norwegen in den nächsten Jahren entwickeln wird, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht voraussagen.

Festzuhalten bleibt aber, dass diese Entwicklungen für die Argumentation der rechtspopulistischen Parteien nur eine marginale Bedeutung haben. Sie profitierten insofern von einer Dominanz der evangelisch-lutherischen Kirche in Skandinavien, als dadurch eine Homogenität der Gesellschaft suggeriert wird, die eine nationale Identitätskonstruktion ermöglicht. Alle nicht-christlich-geprägten und insbesondere alle andersgläubigen Mitbürger bleiben in dieser Konstruktion unberücksichtigt. Inwieweit sich das von diesen Parteien entworfene und in Teilen der Gesellschaft ebenso rezipierte Bild einer homogen-christlichen Gesellschaft mit zunehmender Einwanderung aus nicht-westlichen, nicht-christlichen Ländern wandeln wird, ist ebenfalls nicht genau vorherzusagen. Im Widerspruch zur Instrumentalisierung durch die Rechtspopulisten machen sich die Kirchen in allen drei skandinavischen Ländern für eine offene, multikulturelle Gesellschaft stark, in der alle Religionen und Glaubensgemeinschaften friedlich und gleichberechtigt koexistieren.

⁵² Vgl. Botvar: *Scandinavian Folk Churches*, S. 184.

LITERATUR

- ARZHEIMER, Kai, u. CARTER, Elisabeth: *Religiosity and Voting for the Radical Right*. Keele: Keele University, 2009 (= KEPRU Working Paper; Bd. 28).
- BOTVAR, Pål Ketil: »Scandinavian Folk Churches, Chauvinism and Xenophobia«. In: HVITHAMAR, Annika, Margit WARBURG u. Brian Arly JACOBSEN (Hg.): *Holy Nations and Global Identities. Civil Religion, Nationalism and Globalisation. International Studies in Religion and Society*. Vol. 10. Boston: Brill/Leiden, 2009, S. 183–198.
- HAGEVI, Magnus: »Religiös orientering och svensk politisk opinion«. In: *Statsvetenskaplig Tidskrift*, 2006:108, S. 123–153.
- HVITHAMAR, Annika, Margit WARBURG u. Brian Arly JACOBSEN: *Holy Nations and Global Identities. Civil Religion, Nationalism and Globalisation. International Studies in Religion and Society*. Vol. 10. Boston: Brill/Leiden, 2009.
- HVITHAMAR, Annika, u. WARBURG, Margit: »Introducing Civil Religion, Nationalism and Globalization«. In: HVITHAMAR, Annika, Margit WARBURG u. Brian Arly JACOBSEN (Hg.): *Holy Nations and Global Identities. Civil Religion, Nationalism and Globalisation. International Studies in Religion and Society*. Vol. 10. Boston: Brill/Leiden, 2009, S. 1–9.
- JACOBSEN, Brian Arly: »Civil Religion in the Danish Parliament«. In: HVITHAMAR, Annika, Margit WARBURG u. Brian Arly JACOBSEN (Hg.): *Holy Nations and Global Identities. Civil Religion, Nationalism and Globalisation. International Studies in Religion and Society*. Vol. 10. Boston: Brill/Leiden, 2009, S. 159–182.
- KASPARSEN, Lars Bo, u. LINDVALL, Johannes: »Why No Religious Politics? The Secularization of Poor Relief and Primary Education in Denmark and Sweden«. In: *European Journal of Sociology*, 2008:49, S. 119–143.

- LODENIUS, Anna-Lena, u. Mats WINGBORG: *Radikale rechtspopulistische Parteien in den nordischen Ländern. Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Erklärungsansätze*. Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011: <http://library.fes.de/pdf-files/id/o8205.pdf> [Stand: 19.11.2012].
- LØNNING, Inge: »Das nordische Luthertum«. In: NICOLAISEN, Carsten (Hg.): *Nordische und deutsche Kirchen im 20. Jahrhundert, Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte*. Bd. 13. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1982, S. 150–164.
- LÜCHAU, Peter: »Kristendom og tolerance i Danmark«. In: *Dansk Sociologi*, 2004:15:1, S. 42–54.
- LÜCHAU, Peter: »Nation, Religion and Globalization in Denmark«. In: *Nordic Journal of Religion and Society*, 2006:19:1, S. 81–94.
- MINKENBERG, Michael: »Religion and Euroscepticism: Cleavages, Religious Parties and Churches in EU-Member-States«. In: *West-european Politics*, 2009:32:1, S. 1190–1211.
- RIIS, Ole: »Rejection of Religious Pluralism – the Danish Case«. In: *Nordic Journal of Religion and Society*, 2011:14:1, S. 19–36.
- SCHRÖTER, Harm G.: *Geschichte Skandinaviens*. München: C. H. Beck, 2007.
- STORM, Ingrid: »»Christian Nations«? Ethnic Christianity and Anti-Immigration Attitudes in Four Western European Countries«. In: *Nordic Journal of Religion and Society*, 2011:24:1, S. 75–96.
- THYSSEN, Anders Pontoppidan: »Die volksskirchliche Tradition in Skandinavien«. In: NICOLAISEN, Carsten (Hg.): *Nordische und deutsche Kirchen im 20. Jahrhundert, Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte*. Bd. 13. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1982, S. 171–289.
- ZUCKERMANN, Phil: »Why are Danes and Swedes so irreligious?« In: *Nordic Journal of Religion och Society* 2009:22:1, S. 55–69.

INTERNET

http://www.danskfolkeparti.dk/Kristendommen_folket_og_etikken_4310_135.asp [Stand: 23.10.2012]

http://www.danskfolkeparti.dk/pictures_org/generel-brochure%282%29.pdf [Stand: 23.10.2012]

http://www.danskfolkeparti.dk/Video_dr_valgfilm_2011.asp
[Stand: 23.10.2012]

<http://www.dst.dk/pukora/epub/Nyt/2012/NR082.pdf> [Stand: 23.10.2012]

<http://www.folkekirken.dk/om-folkekirken/folkekirken-og-grundloven/> [Stand: 23.10.2012]

http://www.frp.no/no/Vi_mener/Prinsipprogram_2009-2013/
[Stand: 23.10.2012]

<http://www.kirken.no/?event=doLink&famID=230> [Stand: 23.10.2012]

<http://www.kirken.no/?event=doLink&famID=294140> [Stand: 23.10.2012]

<http://miliki.dk/kirke/statistik/doebte/> [Stand: 23.10.2012]

<http://www.svenskakyrkan.se/default.aspx?id=645562> [Stand: 23.10.2012]

<https://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/principprogram/religion/> [Stand: 23.10.2012]

SEBASTIAN GROTE

Argumentationsstrategien im dänischen und
schwedischen Migrationsdiskurs.

Eine Analyse von Lena Sundströms *Världens lyckligaste folk* (2009) und Mikael Jalvings *Absolut Sverige* (2011)

In diesem Aufsatz wird die mediale Auseinandersetzung mit Einwanderungsdiskursen in Schweden und Dänemark untersucht. Als Quellen dienen die Reportagen der schwedischen Journalistin Lena Sundström sowie des dänischen Journalisten Mikael Jalving. In beiden Reportagen werden Einwanderungsdiskurse nicht nur abgebildet, sondern auch produziert. Sundström kritisiert die zunehmende Akzeptanz von Rechtspopulisten in Dänemark und sieht hier ein mögliches Zukunftsszenario für Schweden. Jalving dagegen nimmt die Perspektive des Einwanderungskritikers ein. Er beschuldigt eine schwedische Elite aus Medien und Politik, die Meinungsfreiheit bei Migrationsthemen einzuschränken.

*Die glücklichste Nation der Welt. Ein Buch über Dänemark*¹ – 2009 erschien diese Reportage der schwedisch-koreanischen Journalistin Lena Sundström, die keinesfalls so harmlos ist, wie der Titel vorzugeben scheint. Für die Recherchen zu ihrem Buch begab sich Sundström für ein paar Monate in den Kopenhagener Stadtteil Nørrebro. Das Ergebnis ist eine Reportage über fremdenfeindliche Tendenzen in der dänischen Gesellschaft, die unter anderem im politischen Erfolg der rechtspopulistischen Partei *Dansk Folkeparti (DF)* gipfeln. In dieser Entwicklung befürchtet Sundström »eine denkbare schwedische Zukunft«² und begründet so die Motivation zu ihrem Buch. Es

¹ Sundström, Lena: *Världens lyckligaste folk. En bok om Danmark*. Stockholm: Leopard Förlag, 2009.

² Ebd., S. 9. »en tänkbar svensk framtid« (sämtliche skandinavischsprachigen Zitate wurden vom Autor ins Deutsche übersetzt).

sollte eine Warnung für Schweden sein, dem damals laut Umfragen ebenfalls der Einzug der rechtspopulistischen Partei *Sverigedemokraterna* (SD) in den Reichstag bevorstand. Ein Szenario, das kurze Zeit später Wirklichkeit wurde. Obwohl die SD weiterhin politisch isoliert sind, ist die Partei mit einem Wahlergebnis von 5,7 Prozent seit 2010 erstmals im schwedischen Reichstag vertreten.

Ein Jahr später erschien im Verlag der konservativen dänischen Zeitung *Jyllands-Posten* ein Buch, das in schwedischen und dänischen Medien nicht selten als Antwort auf Sundströms Reportage zitiert wird. Mikael Jalving hat mit *Absolut Schweden. Eine Reise ins Reich der Stille*³ eine Reportage geschrieben, in der er mit Sundströms Thesen über die tendenzielle Fremdenfeindlichkeit der Dänen abrechnen will. Er wirft der schwedischen Gesellschaft eine Mainstream-Mentalität in der Debatte um Einwanderung vor, die seiner Meinung nach in Sundströms Buch besonders deutlich zum Ausdruck kommt. Deshalb will er dem Nachbarland hinter die Fassade schauen und der Frage nachgehen, inwieweit Schweden sich mit seiner Einwanderungspolitik zu einem »sozialen Experiment«⁴ entwickelt hat.

Bei den beiden Texten handelt es sich keinesfalls allein um eine traditionelle Fehde zwischen den beiden Nachbarn. Vielmehr lassen sie sich als Zeugnisse eines unterschiedlichen Umgangs mit ›dem Fremden‹ betrachten. Sundström und Jalving stießen damit eine Debatte an, die in den Tageszeitungen und Polit-Talks in Schweden und Dänemark intensiv ausgetragen wurde.

Der vorliegende Beitrag widmet sich der Untersuchung der Einwanderungsdiskurse, die den beiden Büchern zugrunde liegen. Dabei

³ Jalving, Mikael: *Absolut Sverige. En rejse i tavshedens rige*. København: Jyllands-Postens Forlag, 2011.

⁴ Ebd., S. 7. »socialt experiment«.

steht die Frage im Vordergrund, wie die beiden Autoren mit dem Thema Migration umgehen und welche Argumentationsstrategien in ihren Schilderungen der Einwanderungsdebatte zur Anwendung kommen. Ausgangspunkt für die folgende Analyse ist die Annahme, dass die Reportagen von Sundström und Jalving Diskurse über Einwanderung einerseits abbilden, gleichzeitig aber auch selbst erzeugen. Diese Migrationsdiskurse sollen anhand dieser in beiden Ländern stark rezipierten Bücher näher aufgeschlüsselt werden.

In Skandinavien, wie auch sonst in Westeuropa, ist Fremdenfeindlichkeit in den letzten Jahren zunehmend durch den Erfolg rechtspopulistischer Parteien salonfähig geworden. Der Begriff Rechtspopulismus ist dabei aber keinesfalls allein auf Parteiprogramme fixiert. Vielmehr findet eine »Verwendung zur Bezeichnung von Parteien, Bewegungen und Führerfiguren, von programmatischen Forderungen und Maßnahmen, von rhetorischen Stilmitteln und Kommunikationsformen« statt.⁵ Die Rhetorik und Kommunikationsformen spiegeln sich folglich auch in medialen Auseinandersetzungen wie der hier untersuchten wider. Die öffentliche Debatte in den Massenmedien dient als Arena für die Deutungshoheit in der Gesellschaft. Hier werden Vorstellungen über sich selbst und über ›die Fremden‹ reproduziert und gefestigt.

Einwanderung in Dänemark und Schweden nach dem Zweiten Weltkrieg

Sowohl Dänemark als auch Schweden sind heute Einwanderungsländer. Wie in den meisten europäischen Ländern wurden auch im

⁵ Spier, Tim: *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, S. 20.

Skandinavien der Nachkriegszeit zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, um ein Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Seit den 1980er Jahren wurde die Arbeitsmigration dann sukzessive durch die Zuwanderung von Flüchtlingen abgelöst.⁶

Einwanderung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein Teil der schwedischen Arbeitsmarktpolitik. Die Rekrutierung selbst wurde dabei meist durch die Arbeitgeber organisiert. Der Staat arbeitete ihnen allerdings mit einwanderungspolitischen Instrumenten, wie einer Aussetzung der Visumpflicht für bestimmte Ausländergruppen, zu. Von den Einwanderern wurde erwartet, dass sie sich schnell anpassen. Die Weichen für ein Einwanderungsland wurden spätestens 1954 gestellt, als in Schweden lebenden Ausländern das Recht gewährt wurde, unabhängig von ihrer Nationalität im Land zu bleiben. Der öffentliche Diskurs über die Arbeitskraftmigration war in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten relativ positiv geprägt. Es gab zunächst kaum Stimmen für eine stärkere Regulierung der Einwanderung. Das änderte sich allerdings Mitte der 1960er Jahre, als die Zuwanderung von Arbeitskräften stark zunahm. Allein im Jahr 1965 waren es etwa 50.000. Charakteristisch für den schwedischen Migrationsdiskurs war zu dieser Zeit eine Debatte, die zwischen Befürwortern einer Assimilation der Migranten auf der einen Seite und Vertretern eines kulturpluralistischen Schwedens auf der anderen Seite ausgetragen wurde.⁷ Die Folgen waren Regulierung der Einwanderung sowie zunehmend negative Äußerungen in den Medien über die gesellschaftliche Rolle der Einwanderer. Dieser Richtungswechsel im Umgang mit Ausländern gipfelte schließlich in dem neuen Einwanderungsgesetz von 1967. Von nun an mussten

⁶ Vgl. Svanberg, Ingvar, u. Tydén, Mattias: *Tusen år av invandring*. Stockholm: Dialogos, 2005, S. 325.

⁷ Vgl. ebd., S. 366.

Einwanderer schon vor ihrer Einreise nach Schweden über Arbeitsgenehmigung, Arbeitsplatz und Wohngelegenheit verfügen. 1973 führte die Ölkrise schließlich, wie in den meisten westeuropäischen Ländern, zu einem Anwerbestopp ausländischer Arbeitskräfte. Durch die Zuwanderung Familienangehöriger kam es allerdings nie zu einem vollständigen Abbruch der Zuwanderung.

Seit den 1980er Jahren ist die Migration nach Schweden durch politische Flüchtlinge geprägt. Ursachen dafür waren zunächst die politischen Konflikte in Lateinamerika, im Mittleren Osten sowie in Afrika. Während in den 1960er Jahren nur 8% der Einwanderer nichteuropäischen Ursprungs waren, stieg ihr Anteil bis 1990 auf 50%. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich Einwanderer aus über 160 Ländern in Schweden. Danach nahm die europäische Dimension der fluchtbedingten Migrationen vor allem wegen des Bürgerkriegs in Jugoslawien wieder größere Ausmaße an. Gerade der Zustrom von Flüchtlingen wurde in Schweden teils als sehr bedrohlich aufgenommen, was sich in fremdenfeindlichen Tendenzen äußerte. Die schwedische Gesellschaft polarisierte sich sehr bald in dieser Frage: Einerseits nahmen Ressentiments aus der Bevölkerung gegen Einwanderer zu, andererseits wuchs aber auch schnell ein Widerstand gegen Fremdenfeindlichkeit, der sich in Demonstrationen und Solidaritätsaktionen äußerte.⁸ Zu dieser Zeit gab es demnach einen deutlichen Wandel in der Sichtweise auf Einwanderer. Der bisherige Diskurs in Schweden stand unter dem Vorzeichen der Assimilierung. Man glaubte, durch Sprachkurse und Arbeit würden Einwanderer die gesellschaftlichen Codes der schwedischen Mehrheitsgesellschaft adaptieren. In den 80ern gab es dann eine entscheidende Begriffs-

⁸ Vgl. ebd., S. 341ff.

wandlung. Immer häufiger war nicht mehr von ›Einwanderern‹, sondern von ›Fremden‹ die Rede.⁹

In vielerlei Hinsicht weisen die Migrationsgeschichten Dänemarks und Schwedens nach dem Zweiten Weltkrieg Parallelen auf. In Dänemark setzte seit 1965 ebenfalls eine intensive Arbeitsmigration ein. Zunächst kamen Einwanderer aus Jugoslawien, später aus der Türkei und Pakistan. Auch hier bedeutete die Ölkrise und der daraus resultierende Anwerbestopp keine Rückkehr der Einwanderer in ihre Heimatländer, und es fand ein Zuzug von Familienangehörigen statt. Der zentrale Unterschied zu der Arbeitsmigration in Schweden ist die Tatsache, dass es sich, ähnlich wie in Deutschland, von Anfang an um ein Gastarbeitersystem handelte. Demnach war in den Anwerbeverträgen nicht vorgesehen, dass die Einwanderer für immer im Land bleiben.

Flüchtlinge in Dänemark kamen vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion hauptsächlich aus Chile, Sri Lanka, Iran, Irak und Somalia. Gegen Ende des Jahrhunderts gab es dann vermehrt Asylsuchende aus Osteuropa und dem Mittleren Osten. Auch in Dänemark wurde die Migrationspolitik in den 1980er Jahren zunehmend restriktiver. 1983 noch hatte das Land eines der liberalsten Ausländergesetze Europas erlassen, schwenkte aber bereits einige Jahre später auf scharfe Zuwanderungskontrollen um.¹⁰ Dafür war nicht zuletzt ein zunehmender Einfluss der rechtspopulistischen

⁹ Peralta, Amanda: »Det sagda och det tänkta. Begreppsanvändning och begreppsskifte i diskursen om invandrare och invandrapolitik«. In: De los Reyes, Paulina (Hg.): *Bortom vi och dom. Teoretiska reflektioner om makt, integration och strukturell diskriminering*. Stockholm: Fritzes, 2005, S. 185–202, hier S. 192.

¹⁰ Vgl. Kjeldstadli, Knut: »Nordeuropa«. In: Bade, Klaus J. (Hg.): *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Paderborn (u.a.): Schöningh, 2010, S. 54–67, hier S. 64ff.

Fremskridtspartiet sowie der daraus abgespaltenen *DF* verantwortlich. Die Problematisierung der Migration stand in den folgenden Jahren zunehmend auf der Tagesordnung im politischen Alltag und prägte das Einwandererbild in den dänischen Medien. Nach den Wahlen von 2001 verschärfte sich die dänische Migrationspolitik unter der Kooperation einer Minderheitsregierung mit der *DF* erneut. Die beiden Möglichkeiten zur Einwanderung nach Dänemark, Asyl und Familienzusammenführung, wurden beschränkt. Gleichzeitig wurde es den bereits im Land befindlichen Migranten erschwert, eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten.¹¹

Xenophobie in rechtspopulistischen Migrationsdiskursen

Sowohl in Dänemark als auch in Schweden lassen sich in den letzten Jahren vermehrt xenophobe Tendenzen in der Gesellschaft erkennen. Die in rechtspopulistischen Diskursen zunehmend negative Einstellung gegenüber Einwanderern kann unter anderem auf die Angst vor einer multiethnischen Gesellschaft zurückgeführt werden. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass es sich bei Nationalstaaten um homogene Gemeinschaften gehandelt hat. Der Rekurs auf ›das Volk‹ ist ein zentraler Bestandteil rechtspopulistischer Rhetorik. Gerd Reuter etwa spricht in seiner Studie *Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden* von einer »Dramatisierung der Migrationsproblematik«. ¹² Abgesehen davon, dass dem Volksbegriff in rechtspopulistischen Diskursen die Vorstellung einer homogenen Einheit zugrunde liegt, bleibt dabei allerdings meist unklar, welche

¹¹ Østergaard, Bent: *Indvandrerne i Danmarks historie*. Odense: Universitetsforlag, 2007, S. 394.

¹² Reuter, Gerd: *Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009, S. 37.

Menschen Bestandteil dieser Einheit sind. Umso deutlicher werden dagegen jene Gruppen definiert, die nicht Teil ›des Volkes‹ sind. Darunter fallen traditionell vor allem Migranten, die als nicht zugehörig zu einer durch Blutsverwandtschaft definierten Abstammungsgemeinschaft gelten.¹³

Demnach ist nicht nur die eigene Gemeinschaft imaginiert, sondern auch die Feindbilder, »die in ein antagonistisches Verhältnis zum ›Volk‹ gestellt werden«.¹⁴ Tim Spier bezeichnet Migranten als einen Teil der horizontalen Dimension in rechtspopulistischen Feindbildern. Durch diese Konstruktion teilen Rechtspopulisten die Gesellschaft in sogenannte *ingroups* und *outgroups* auf. Letztere werden dabei oft in Verbindung mit einem zweiten vertikalen Feindbild in Verbindung gebracht, dass aus den etablierten Eliten besteht. So behaupten Rechtspopulisten gewöhnlich, dass diese Eliten *outgroups* wie die Migranten auf Kosten ›des Volkes‹ fördern.¹⁵

Cas Mudde sieht schließlich den Nativismus als entscheidende Kategorie zur Bestimmung von Inklusions- und Exklusionsprozessen im Rechtspopulismus. Mit Bezug auf Benedict Andersons Nationsbegriff bezeichnet er den Nativismus als ein ebenfalls imaginiertes Konstrukt:

Nativism is defined here as an ideology, which holds that states should be inhabited exclusively by members of the native group (›the nation‹) and

¹³ Geden, Oliver: *Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 21.

¹⁴ Spier: *Modernisierungsverlierer*, S. 21.

¹⁵ Ebd.

that nonnative elements (persons and ideas) are fundamentally threatening to the homogenous nation-state.¹⁶

Laut Mudde beschränken sich die Feindbilder in rechtspopulistischen Diskursen somit nicht auf Personen, die nicht in die homogene Gemeinschaft passen. Ferner werden auch fremde Einflüsse (ideas) auf ein ›Volk‹ zum Feindbild stigmatisiert. Für Rechtspopulisten ist dies vor allem der Islam, der sich nicht nur durch *outgroups* in der Gesellschaft definiert, sondern auch durch Einfluss von außen auf die einheimische (muslimische) Bevölkerung. Demnach änderte sich das negative Bild von Einwanderern seit den Terroranschlägen von 2001 deutlich. Es sind nicht mehr ›strangers‹, ›aliens‹ oder ›refugees and immigrants‹, die in rechtspopulistischen Diskursen für eine Migrationsproblematik stehen, von nun an sind es in erster Linie ›the Muslims‹, die unter Generalverdacht gestellt werden.¹⁷

Zwischen Meinungsfreiheit und Diskriminierung

Bereits auf den ersten Seiten seines Buches *Absolut Schweden* deutet Mikael Jalving an, was seiner Meinung nach das zentrale Problem der schwedischen Gesellschaft sei. Er begibt sich auf eine Reise in das Reich der Stille, in dem

¹⁶ Mudde, Cas: *Populist right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 2007, S. 19.

¹⁷ Pram Gad, Ulrik: »Peace, welfare, culture. Muslims as a security problem in Danish integration discourse«. In: *NORDEUROPAforum* 21 (2011:2), S. 41–72, hier S. 43.

divergierende Meinungen, Erfahrungen und Erwartungen von einer speziellen schwedischen Allianz aus Politikern, Mainstream-Medien und Akademikern dämonisiert, ignoriert oder marginalisiert werden.¹⁸

Dieses Establishment müsse sich nicht auf politische Akteure beschränken, sondern könne sich auch aus wirtschaftlichen und kulturellen Eliten zusammensetzen. Er unterstellt ihm allerdings keine systematische Zusammenarbeit, sondern meint damit vielmehr ein unausgesprochenes Verständnis von Moral und Recht zu erkennen, dass in Form von ›Expertenmeinungen‹ die ganze Gesellschaft durchziehe und bestimmte Äußerungen nicht zulasse. Konkret macht er dies an dem Beispiel eines Terroranschlags fest, der sich 2010 in der Stockholmer Innenstadt ereignete. Damals sprengte sich ein irakischstämmiger Schwede in die Luft und verletzte durch eine weitere in einem Auto versteckte Bombe zwei Menschen. Laut Jalving wurde in der Reaktion auf diesen Anschlag der islamistische Hintergrund zu lange tabuisiert bzw. relativiert. Er kritisiert, dass das Establishment keine von dieser allgemeinen Meinung abweichende Stimmen zulässt, um das Bild eines scheinbar funktionierenden Wohlfahrtsstaates nicht zu gefährden:

Globalisierung und Einwanderung bedrängen Schweden, so wie diese beiden Phänomene alle Nationen, Staaten, Bevölkerungen und Individuen bedrängen, aber [...] in dem modernen Schweden, das die politischen, kulturellen und industriellen Eliten für die beste Demokratie der Welt halten, ist der Glaube an die eigene Unfehlbarkeit ein fester Teil der dominierenden politischen Identität.¹⁹

¹⁸ Jalving: *Absolut Sverige*, S. 10: »stemmer, erfaringer og forventninger dæmoniseres, ignoreres eller marginaliseres af en særlig svensk alliance mellem politikere, mainstreammedier og akademikere«.

¹⁹ Ebd., S. 12f.: »Globaliseringen og indvandringen presser Sverige, sådan som de to fænomener presser alle nationer, stater, befolkninger og in-

Im Folgenden dient Jalving diese Argumentation als Ausgangspunkt für sein Buch. So versucht er, angelehnt an einen investigativen Journalismus, die schwedische Gesellschaft Schicht für Schicht freizulegen und ihr so ihren Zauber zu nehmen. Durch die »Inszenierung von Tabubrüchen«²⁰ können sich Einwanderungskritiker wie Jalving von dem Stempel der Fremdenfeindlichkeit befreien und somit ihre politische Auffassung in der Gesellschaft verbreiten. Es ist eine Strategie, die typischerweise auch bei rechtspopulistischen Parteien verwendet wird, die sich von einem biologischen Rassismus distanzieren, aber gleichzeitig einen Volksbegriff zur Inklusion und Exklusion bestimmter Personengruppen verwenden. Ähnlich argumentieren daher auch Politiker der *SD*, wenn sie behaupten, es sei in Schweden ein Tabu, die Einwanderungspolitik in Frage zu stellen. Durch ein Brechen von angeblichen Tabus können sie mit radikalen Bemerkungen ein breiteres Spektrum innerhalb der Gesellschaft erreichen, ohne direkt für ihre Aussagen disqualifiziert zu werden.²¹

Lena Sundström ist für Jalving eine Repräsentantin des von ihm angeprangerten schwedischen Establishments. Als er auf sie zu sprechen kommt, betont er dann nochmals, dass er mit der Tabuisierung innenpolitischer Probleme in erster Linie den Umgang Schwedens mit Einwanderern meint. Seiner Argumentation liegt dabei ein organizistisches Gesellschaftsbild zugrunde, das er in Sundströms ›Utopie‹ durch den Wunsch nach Multikulturalismus ins Wanken gebracht sieht:

divider, men [...] i det moderne Sverige, som de politiske, kulturelle og industrielle elite opfatter som verdens bedste demokrati, er tiltroen til egen ufejlbarlighed en indgroet del af den dominerende politiske identitet«.

²⁰ Geden: *Diskursstrategien im Rechtspopulismus*, S. 22.

²¹ Hellström, Anders: *Vi är de goda. Den offentliga debatten om Sverige-demokraterna och deras politik*. Hägersten: Tankekraft, 2010, S. 42.

Es ist dieser Wunsch nach Stille, der so bezeichnend für Lena Sundström und das heutige Schweden ist, dass man am besten die Schnauze halten soll. [...] Sundströms Utopie ist ein Niemandsland ohne Vorurteile, ohne Fleisch und Blut, ohne menschliche Energie, ein Traum von Harmonie und schwedischer Stille, eine Vorstellung, die darauf aufbaut, wie sie selbst verlauten lässt, dass Politik am besten alle zufrieden stellen soll. [...] Lena Sundströms Gesellschaft ist ein Vogelreservat, das zum Scheitern verurteilt ist, weil Menschen keine Vögel sind, sondern Wurzeln brauchen. Und weil ihr Verständnis von Politik und Gesellschaft eben den Kampf verwehrt. Den Kampf, der einen Menschen charakterisiert, unterscheidet und manchmal überhaupt erst auszeichnet, unabhängig davon, ob er dänisch, schwedisch, irakisch oder somalisch ist, den Kampf, beim Definieren der Wahrheit dabei zu sein, den Kampf um die Zukunft unserer Kinder.²²

Ein bezeichnendes Beispiel für das Fehlen einer richtigen medialen und politischen Debatte über Einwanderung sieht Jalving in der Reaktion auf Künstler, die mit Bildern des Propheten Mohammed Muslime provozierten. Im September 2005 druckte die dänische Tageszeitung *Jyllands-Posten* zwölf Mohammed-Karikaturen ab. Dies löste in den folgenden Monaten empörte Reaktionen in der ganzen arabischen Welt aus und führte Dänemark in eine internationale Krise. Gleichzeitig ebneten die Karikaturen den Weg für

²² Jalving: *Absolut Sverige*, S. 42: »Det er dette stærke ønske om tavshed, der er så sigende ved Lena Sundström og ved Sverige af i dag. At det er bedst at holde kæft. [...] Sundströms utopia er et ingenmandsland uden fordomme, uden kød og blod, uden menneskelig energi, en drøm om harmoni og svensk tystnad, en forestilling, der bygger på, som hun selv lader forstå, at politik helst skal gøre alle glade. [...] Lena Sundströms samfund er et fuglereservat, som er dømt til at mislykkes, fordi mennesker ikke er fugle, men har brug for rødder, og fordi hendes syn på politik og samfund netop nægter at gå ind i kampen, den kamp, som karakteriserer, adskiller og nogle gange udmærker mennesket, uanset om det er dansk, svensk, irakisk eller somalisk, kampen om at være med til at definere sandhederne, kampen om vores børns fremtid.«

eine nationale Debatte über die Grenzen der Meinungsfreiheit.²³ Zwei Jahre später veröffentlichte auch der schwedische Künstler Lars Vilks provozierende Zeichnungen, in denen er Mohammed als Hund darstellte.

Für Jalving ist Vilks ein Abweichler von einer einseitigen Debattierkultur in Schweden, weil er öffentlich einwanderungskritische Themen wie die Rolle des Islam für die westliche Welt kritisiert. Er hebt hervor, dass dieser Künstler »keine Angst davor hat, sich gegen Autoritäten aufzulehnen, auch gegen die Verteidiger Mohammeds«.²⁴ Vilks, der im Mai 2010 einen Vortrag an der Universität Uppsala hielt und dort ebenfalls Bilder zeigte, auf denen Mohammed abgebildet war, wurde im Hörsaal von mehreren Muslimen angegriffen und leicht verletzt. Jalving sieht in diesem Vorfall einen massiven Angriff auf die Meinungsfreiheit und bezeichnet den Islam in dieser Hinsicht als unvereinbar mit der westlichen Kultur. Das Verhalten einiger Muslime im Publikum beschreibt er deshalb als

eine rabiate, intolerante, geistlose und barbarische Reaktion, die den modernen Islam kennzeichnet, der nichts von Modernität wissen will und der versucht, seine Söhne und Töchter gegen die Freiheitskultur zu mobilisieren.²⁵

Ebenso scharf kritisiert Jalving das Schweigen vieler Politiker zu dem Vorfall. Schlimmer aber noch ist für ihn die Tatsache, dass Vilks von einigen Politikern die Schuld für die eskalierende Situation zu-

²³ Engelbreth Larsen, Rune, u. Tøger Seidenfaden: *Karikaturkrisen. En undersøgelse af baggrund og ansvar*. København: Gyldendal, 2006, S. 9.

²⁴ Jalving: *Absolut Sverige*, S. 67: »bange for at sætte sig op imod autoriteter, heller ikke Muhammeds defensorer«.

²⁵ Ebd., S. 70: »en intolerant, åndsformørket og barbarisk reaktion, som kendetegner den form for moderne islam, der ikke vil vide af moderniteten, og som forsøger at mobilisere sine sønner og døtre imod den frihedskultur.«

geschrieben wird. Er sieht die Opfer- und Täterrolle in diesem Zusammenhang vertauscht und macht dafür erneut den Mainstream der schwedischen Eliten verantwortlich. Faktisch gibt es allerdings weder in Dänemark noch in Schweden eine absolute Meinungsfreiheit. In beiden Ländern gibt es bestimmte Äußerungen, die gesetzlich verboten sind. In Dänemark fallen darunter unter anderem rassistische und blasphemische Beleidigungen, die mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden können. Allerdings wurde seit 1938 niemand mehr wegen Blasphemie verurteilt.²⁶

In der Argumentation von Lena Sundström stellen provozierende Mohammedbilder oder -karikaturen dagegen ein Beispiel für den Missbrauch der Meinungsfreiheit zugunsten einer xenophoben Rhetorik dar. In Bezug auf den dänischen Karikaturenstreit von 2005 ist ihr Argument die Tatsache, dass die *Jyllands-Posten* zuvor mehrmals eine Veröffentlichung blasphemischer Jesusdarstellungen abgelehnt hat. Sie betont dabei, dass die Angst der Redakteure vor negativen Reaktionen in der Gesellschaft Grund für die Ablehnungen waren und nicht etwa ein Verstoß gegen die Gesetze. Daher kommt sie zu dem Schluss, dass die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen weniger auf eine Demonstration der Meinungsfreiheit zielte, sondern sich explizit gegen den Islam richtete.²⁷

Sundström sieht gerade in den Medien einen Multiplikator von islamfeindlichen Stereotypen. Die zunehmend kritische mediale Aufarbeitung des Themas Einwanderung bezeichnet sie daher als ein Erfolgsrezept rechtspopulistischer Parteien, wenn sie behauptet, dass

²⁶ Vgl. Engelbreth/Seidenfaden: *Karikaturkrisen*, S. 237ff.

²⁷ Vgl. Sundström: *Världens lyckligaste folk*, S. 223.

es das hier ist, was die *Dansk Folkeparti* so gut kann. Sie dominieren die Medien. Sie steuern die Debatte. Sie haben das Kommando, wovon die politische Konversation handeln soll.²⁸

Durch die Berichterstattung in den Tageszeitungen werden unter anderem Stereotypen von Kriminellen mit Migrationshintergrund erzeugt. Durch die Kategorisierung von Straftaten etwa, die durch ›die Anderen‹ verübt wurden, verlieren die Medien an Objektivität. Denn diese Kategorie setzt immer voraus, dass es ein ›wir‹ gibt, das sich von ihnen unterscheidet. Gleichzeitig wird hier aber auch deutlich, dass in medialen Diskursen nicht unbedingt alle Einwanderer unter die Kategorie ›die Anderen‹ fallen. Einwanderer aus westlichen Ländern gehören oftmals zu der Kategorie ›wir‹.²⁹

Sie kritisiert in diesem Zusammenhang allerdings nicht nur Schlagzeilen, durch die ein negatives Bild von ›den Fremden‹ erzeugt wird. Ein ebenso großes Problem sieht sie in dem quantitativen Ausmaß der Berichterstattung über Ausländer. Dementsprechend behauptet sie, dass die dänischen Medien 2001 durch eine Überrepräsentation von Einwanderungsthemen zu dem Wahlerfolg der *Dansk Folkeparti* beigetragen haben:

Bei der Wahl von 2001 waren Einwanderungsthemen im Verhältnis zum Interesse der Wähler in den Medien überrepräsentiert. Das äußerte sich insofern, als dass dieses Thema verglichen mit dem Interesse der Wähler (20 Prozent) doppelt so viel Platz einnahm (42 Prozent bei einer

²⁸ Ebd., S. 260. »är det här som Dansk Folkeparti är så bra på. De dominerar media. De styr debatten. De tar kommandot över vad det politiska samtalet skall handla om«.

²⁹ Kamali, Masoud: »Ett europeiskt dilemma«. In: De los Reyes, Paulina (Hg.): *Bortom vi och dom. Teoretiska reflektioner om makt, integration och strukturell diskriminering*. Stockholm: Fritzes, 2005, S. 29–69, hier S. 55f.

kompletten Medienanalyse). Die Ausländerfrage war eine Frage, die in weiten Teilen von den Medien selbst betrieben wurde.³⁰

Sundström kommt demnach zu dem Schluss, dass in Dänemark ein spezifisches Debattenklima vorherrscht, das eine Befürwortung der Aufnahme von Einwanderern unmöglich macht. Ihr Argument ist hier also, dass die zunehmende Akzeptanz fremdenfeindlicher Rhetorik in den Medien erst den Erfolgsweg einer rechtspopulistischen Partei wie der *DF* ebnet.

Feindbild Islam

Diskriminierung aufgrund der religiösen Zugehörigkeit ist sowohl in Dänemark als auch in Schweden gesetzlich verboten, findet dennoch aber alltäglich statt. Dabei sehen auch die Vertreter rechtspopulistischer Parteien gerade in diesen Gesetzen ein hohes Gut der westlichen Kultur. Diesen Gegensatz macht Lena Sundström in *Die glücklichste Nation der Welt* durch ein Interview mit dem *DF*-Abgeordneten Søren Krarup deutlich. In der *DF* wird häufig argumentiert, dass nicht der Islam und Muslime, sondern ein extremistischer Islamismus eine Bedrohung für die dänische Gesellschaft darstellt. Krarup weicht allerdings wie auch viele andere Parteimitglieder deutlich von dieser Linie ab. Bereits 2002 hat er den Islam als eine Pest in Europa bezeichnet.³¹ Eine Differenzierung zwischen Musli-

³⁰ Sundström: *Världens lyckligaste folk*, S. 275: »Under valet 2001 var invandrärämnet rejält överexponerat i medierna i förhållande till väljarnas intresse, vilket visade sig genom att ämnet täckte dubbelt så mycket utrymme (42 procent om man tittar på den totala mediebevakningen) jämfört med väljarnas intresse för frågan (20 procent). Utlänningsfrågan var en fråga som i stor utsträckning drevs av medierna själva«.

³¹ Engelbreth Larsen, Rune: »Dansk Folkepartis antimuslimske retorik«. In: Jessen, Anne (Hg.): *Stuerent? Dansk Folkeparti, populisme, anti-*

men und Islamisten findet auch in dem Interview mit Sundström nicht statt, in dem es unter anderem um eine Werbekampagne der *DF* mit dem Titel ›Thi kendes for ret‹³² geht. Der Islam wird von Krarup ohne genauere Definition als eine Gefahr für Dänemark dargestellt:

Ich spreche ihn auf die ›Thi kendes for ret‹-Anzeige an, die eine Frau [als Richterin] in Burka zeigt, und frage ihn, ob das ›Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit‹ ist. Aber Søren sagt, dass es das nicht ist. Das ist eine Warnung vor dem Islam. Weil man beachten muss, dass der Islam nicht mit der dänischen Kultur zu vereinbaren ist. Und dass es eine Gefahr für die westliche Gesellschaft ist, wenn die Muslime die Majorität bilden.³³

Eine besonders unverhältnismäßig dramatisierende Darstellung von Migration sieht Sundström in Plakaten und Anzeigen der *DF*. Ihrer Meinung nach werden hier stereotype xenophobe Bilder des Islam produziert, die eine Verbindung zwischen Muslimen und Terrorismus auf der einen Seite sowie Unterdrückung von muslimischen Frauen auf der anderen Seite nahelegen. Bereits im Vorwort zu ihrem Buch sind unkommentiert drei dieser islamkritischen Anzeigen abgedruckt. Sundström vermerkt hier lediglich, dass eine Reihe von Zitaten und Zeitungsausschnitten sie während ihres Aufenthalts in Kopenhagen an ihr Vorhaben erinnern soll. Die Leser

muslimsk retorik og offermytologi. København: Frydenlund, 2009, S. 85–100, hier S. 89.

³² Juristische Floskel, vergleichbar mit dem deutschen ›Im Namen des Volkes ergeht folgendes Urteil‹.

³³ Sundström: *Världens lyckligaste folk*, S. 286f.: »Jag frågar honom om ›Thi kendes for ret‹-annonsen som visar en kvinna i burka, och frågar honom om det är ›hån mot religion‹. Men Søren säger att det är det inte. Det är en varning för islam det också. För att man skall vara uppmärksam på att islam är oförentligt med dansk kultur. Och att det utgör ett hot mot det västerländska samhället om muslimerna blir i majoritet«.

können den Umgang mit dem Islam in Dänemark also unmittelbar als einen zentralen Anstoß zu Sundströms Reportage erkennen. Ein Beispiel für provozierende Bildkampagnen der *DF*, auf das Sundström konkret eingeht, ist die oben bereits erwähnte »Thi kendes for ret«-Anzeige, die ausgerechnet an einem 1. Mai in der dänischen Tageszeitung *Politiken* abgedruckt wurde. Sowohl das Veröffentlichungsdatum als auch das seitendeckenden Format der Anzeige bestätigen ihre Argumentation, dass die dänischen Rechtspopulisten einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Medien haben. Bei dieser Anzeige handelt es sich um eine Kritik an islamischen Symbolen im öffentlichen Dienst. Auf dem Bild ist eine Frau in einer schwarzen Burka und mit einem Richterhammer dargestellt. Unter der Bildunterschrift »Unterdrückung« folgt ein kurzer Text, in dem das Tragen von Kopftüchern kritisiert wird. Diese Bild-Text-Dichotomie sieht Sundström als eine bewusste Manipulation der Betrachter:

In der dazugehörigen Nachricht und im Interview mit Pia Kjærsgaard fragen sich die Reporter, warum die Frau auf dem Bild in der Anzeige eine Burka trägt und kein Kopftuch. Ist das nicht irreführend vor dem Hintergrund, dass nie die Rede davon war, dass Richterinnen eine Burka tragen dürfen sollen? Aber Pia hält das nur für ein Detail.³⁴

In der Kopftuchdebatte wird die *outgroup* der muslimischen Einwanderer in Subjekte und Objekte der Unterdrückung gespalten. Politiker der *DF* fordern eine Hilfe des Staates bei der Befreiung muslimischer Frauen aus einer religiös begründeten Unterdrückung.

³⁴ Sundström: *Världens lyckligaste folk*, S. 242: »nyhetsartikeln och intervjun med Pia Kjærsgaard undrar reportern varför kvinnan på bilden i annonsen har en burka på sig, och inte en slöja. Är inte det vilseledande – med tanke på att det aldrig har varit tal om att domare skall få bära burka. Men Pia tycker att det är en detalj.«

Die Partei kämpft deshalb seit 2004 für ein generelles Verbot von Kopftüchern in verschiedenen staatlichen Institutionen, darunter auch Schulen und Krankenhäusern. Ihr Argument ist dabei die Annahme, dass im öffentlichen Dienst angestellte Personen nicht den Staat repräsentieren können, falls sie gleichzeitig an ihrem Arbeitsplatz eine Religion ausüben, die von den Traditionen der westlichen Welt abweicht. Der Gesetzesentwurf zum Kopftuchverbot wurde allerdings nie verwirklicht, da es gegen die im dänischen Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit sowie das Verbot religiös motivierter Diskriminierung sprechen würde. Lediglich ein Verbot aller religiösen Symbole im öffentlichen Dienst wäre eine juristisch denkbare Option.³⁵

Sundström argumentiert hingegen, dass die *DF* einerseits eine angeblich religiös motivierte Unterdrückung anprangert, gleichzeitig aber die ethnische Unterdrückung der Einwandererfrauen durch die dänische Mehrheitsgesellschaft unerwähnt bleibt. Demnach handelt es hierbei ihrer Meinung nach lediglich um einen instrumentalisierten Feminismus, der der *DF* eine Tür zur Islamkritik öffnen soll. Zudem stellt sie das Kopftuch als Symbol der Unterdrückung in Frage. In vielen Fällen sei es eine persönliche Entscheidung der Frauen, ein Kopftuch zu tragen. Der Vorschlag, das Kopftuch im Arbeitsleben zu verbieten, wird hier also als eine Unterdrückung religiöser Freiheit durch den Staat verstanden:

Die letzten Tage hatte ich Kontakt mit einem Mädchen, das Sabba Mirza heißt und das zufällig gerade ein Praktikum in der Gerichtsverwaltung macht. Sie ist 25 Jahre alt, studiert Jura und möchte Richterin werden, allerdings nur mit Kopftuch oder gar nicht. Das Kopftuch ist ein Teil des

³⁵ Vgl. Andreassen, Rikke: »Ligestilling som redskab til at kritisere etniske minoriteter«. In: Jessen, Anne (Hg.): *Stuerent? Dansk Folkeparti, populisme, antimuslimsk retorik og offermytologi*. København: Frydenlund, 2009, S. 101–121, hier S. 104ff.

Lebensstils, den sie sich ausgesucht hat. Deswegen zieht sie lieber ins Ausland, falls sie in Dänemark keinen Job bekommt.³⁶

Auf diese Einstellung zum bewussten und selbstbestimmten Tragen von Kopftüchern stößt auch Mikael Jalving während seiner Recherche. Er entkräftet allerdings das Argument der individuellen Entscheidung durch die im Islam von Männern determinierten gesellschaftlichen Konventionen. Demnach sind es seiner Meinung nach nicht ausschließlich die Frauen, die sich für oder gegen das Kopftuch entscheiden:

Wenn man über Frauen und ihre Kleidung spricht, sollte man auch über die Männer sprechen; über die Männer, Väter und Söhne, die öffentlich und in Familien erzählen, wie wichtig es für die Ehefrauen, Töchter und Schwestern ist, dass sie ihre Reize vor den begehrlichen Blicken der Männer verstecken. Sonst würden sie wie bekannt in der Hölle schmoren, wo es trotz Allem noch ein bisschen wärmer als in Rinkeby an einem warmen Sommertag ist.³⁷

Selbst wenn das Kopftuch freiwillig getragen wird, so ist es laut Jalving für die Frauen doch eine symbolische Einschränkung ihrer Sexualität. Er sieht in den islamischen Geschlechterrollen die Annahme, dass verdorbene Frauen unverdorbenen, natürlichen Män-

³⁶ Sundström: *Världens lyckligaste folk*, S. 248: »Under de senaste dagarna har jag haft kontakt med en tjej som heter Sabba Mirza, som för tillfället gör sin praktik på Domstolsstyrelsen. Hon är 25 år, läser juridik och vill bli domare, men det får bli med slöja, annars blir det inte alls. Slöjan är en del av den livsstil hon har valt. Och därför flyttar hon hellre utomlands om hon inte får jobb i Danmark.«

³⁷ Jalving: *Absolut Sverige*, S. 81: »Når man taler om kvinder og kvinders påklædning, må man således også tale om mænd; de mænd, fædre og sønner, der offentligt og i familierne fortæller, hvor vigtigt det er for hustruen, datteren og søsteren, at hun skjuler sin ynde for mandens begærlige blik. Ellers ryger hun som bekendt i helvede, hvor der trods alt er noget varmere end i Rinkeby på en varm sommerdag.«

nern gegenüberstehen. Diesem Konstrukt des »Edlen Wilden«³⁸ liegen rassistische koloniale Vorstellungen zugrunde. Es bezieht sich auf den Kontakt der in kolonialen Diskursen als überlegen geltenden Europäer mit primitiven, aber gutmütigen Naturvölkern. Jalving benutzt dieses Konstrukt darüber hinaus, um eine Erklärung für den schwedischen Multikulturalismus zu finden. Er wirft dem Establishment in Schweden vor, ein exotisches Bild der Muslime zu entwerfen, um so Einwanderung zu legitimieren:

Im Wesentlichen ruft dieses Idealbild den Mythos vom Edlen Wilden hervor. Sicherlich sind Muslime wild, aber das ist positiv gemeint, und außerdem sind sie authentisch. Sie tragen ihre eigene Geschichte weiter. Sie haben sie nicht wie die Schweden über Bord geworfen, sondern verteidigen sie und leben von ihr.³⁹

Neben dem Kopftuch ist die Moschee das wohl am meisten aufgeladene Symbol für die Zuwanderung von Muslimen nach Europa. Nicht selten werden negative Assoziationen zum Islam auf die Gebäude und insbesondere auf die Minarette projiziert. In rechtspopulistischen Diskursen werden Szenarien der Bedrohung, die von den religiösen Zentren der Muslime ausgehen, entworfen. Die Moscheen stehen in dieser Logik dabei gleichzeitig für eine schleichende Islamisierung der Gesellschaft, als auch für eine unmittelbare Gefahr durch die ideologische Schulung potentieller Terroristen.⁴⁰ Jalving geht in seiner Reportage zwar kaum auf die Rolle

³⁸ Ebd., S. 82: »ædle vilde«.

³⁹ Ebd., S. 49: »I alt væsentligt fremkalder idealbilledet myten om den ædle vilde. Vist er muslimere vilde, men det er positivt ment, og desuden er de oprindelige. De bærer deres egen historie videre. De har ikke – som svenskerne – kasseret den, men værner om den og næres af den«.

⁴⁰ Vgl. Lodenius, Anna-Lena: »Sverigedemokraternas historia«. In: Bengtsson, Håkan A.: *Högerpopulismen. En antologi om Sverigedemokraterna*. Stockholm: Premiss, 2009, S. 11–42, hier S. 30f.

der Moschee ein, umso mehr dagegen auf ihre Besucher, durch die er ein bedrohliches Bild der islamischen Religionsausübung erzeugt. Seine Beobachtung vor der Moschee im schwedischen Rinkeby beschreibt er folgendermaßen: »Aus der Moschee kommen mehrere Hundert mehrheitlich dunkel gekleidete Männer, die meisten haben dunkles, krauses Haar, vermutlich Somalier. Sie umarmen sich und sprechen laut und jovial, Schwedisch, Arabisch, Somalisch, Sprachen, die ich nicht verstehe«. ⁴¹

Dunkelheit ist hier die dominierende Erscheinung, durch die eine alteritäre Darstellung von Muslimen bei ihrem Freitagsgebet erfolgt. Durch die dunkle Kleidung und und schwarzen Bärte werden sonstige Charakterzüge der Männer verhüllt. Das Sprachgewirr trägt mit seiner Lautstärke und Unverständlichkeit zusätzlich zu einer Kullisse der Bedrohung bei. Was in und vor der Moschee passiert, stellt für Jalving letztendlich einen Kontrollverlust über die muslimische Minderheit sowie eine gescheiterte Integration dar.

Der Wunsch nach den perfekten Einwanderern

Dänemark und Schweden benötigen in bestimmten Bereichen Fachkräfte und können deshalb nicht auf eine Arbeitsmigration verzichten. Gleichzeitig haben sich beide Länder dazu verpflichtet, Asylsuchende aufzunehmen. Dass eine Einwanderung auch in Zukunft alternativlos ist, wird deshalb auch in rechtspopulistischen Kreisen nur selten in Frage gestellt. Die Frage lautet hier vielmehr, wer mit welchen Auflagen einreisen darf. Dieser Prozess von Inklusion und Exklusion verschiedener Einwanderergruppen wird

⁴¹ Jalving: *Absolut Sverige*, S. 83: »moskeen kommer flere hundrede mænd i fortrinsvis mørkt tøj, de fleste med mørkt hår, antageligvis somaliere. De krammes og snakkes højlydt og jovialt, svensk, arabisk, somalisk, sprog, jeg ikke forstår.«

hauptsächlich bei Lena Sundström thematisiert. Der dänische Wahlkampf von 2001 war, wie bereits erwähnt, stark von Diskussionen über die Einwanderungspolitik geprägt und brachte der *DF* eine Schlüsselrolle in der neuen Regierung ein. Die Rechtspopulisten hielten nach der Wahl an einer restriktiven Migrationspolitik fest. Die Integrationsdebatte war damals von drei Linien geprägt: Zum Einen sollten arbeitslose Migranten, die sich schon in Dänemark befanden, in den Arbeitsmarkt integriert werden, zum Anderen sollte neu definiert werden, welchen Migranten eine Einreise ermöglicht wird, und schließlich stand die Frage im Raum, welche Leistungen Migranten in Dänemark erhalten sollen. Die umstrittenste Einführung zur Begrenzung von Zuwanderung war die sogenannte 24-Jahres-Regel, die eine Familienzusammenführung untersagt, falls einer der Partner das 24. Lebensjahr noch nicht erreicht hat. Die Intention war eine Vermeidung von Zwangsehen, allerdings dürfte die Regelung einen generellen Rückgang der Familienzusammenführung als Nebeneffekt haben. Neben der Altersgrenze ist eine Reihe weiterer Kriterien in diesem Gesetz festgehalten, darunter eine finanzielle Absicherung des Partners, der sich schon im Land befindet. Eine weitere Neuregelung nach den Wahlen von 2001 bildete die sogenannte ›Starthilfe‹ für Einwanderer. Dabei handelt es sich um eine finanzielle Unterstützung, die weit unter dem Niveau der regulären Sozialhilfe liegt.⁴² Sundström kritisiert diese neuen Gesetze scharf und wirft der dänischen Regierung eine Selektion der ›besten‹ Einwanderer vor, wenn sie behauptet, dass »Dänemarks Traumflüchtlinge mit anderen Worten aus kerngesunden, lesekundigen Paaren mit circa 1,5 Kindern im Durchschnitt, die nicht kriegs-

⁴² Vgl. Jønsson, Heidi, u. Petersen, Klaus: »Danmark. Den nationale velfærdstat møder verden«. In: Brochmann, Grete (Hg.): *Velferdens grenser. Innvandringspolitikk og velferdsstat i Skandinavia 1945–2010*. Oslo: Universitetsforlag, 2010, S. 131–210, hier S. 199ff.

traumatisiert sind, bestehen«. ⁴³ Sie betont darüber hinaus, dass sich Familienzusammenführungen in Dänemark vor allem wegen der finanziellen Hürden größtenteils auf eine binneneuropäische Migration bezieht. Der Wunsch nach gut ausgebildeten Europäern als ideale Einwanderer spiegelt sich auch in ihren Erfahrungen mit Integrationsprozessen in Dänemark wider. Sie hat während ihres Aufenthaltes in Kopenhagen an zwei verschiedenen Sprachkursen teilgenommen. In dem ersten erkennt sie ein freiwilliges Angebot für leicht zu integrierende europäische »Ausländer, die für sich selbst aufkommen können und die Kategorie von Ausländern, die Dänemark heutzutage haben will«. ⁴⁴ Es ist ein reiner Sprachkurs, in dem die Teilnehmer eher unmotiviert folgen. Bei dem Angebot für außer-europäische Einwanderer handelt es sich dagegen um einen Integrationskurs, bei dem der Sprache scheinbar nur eine sekundäre Bedeutung zukommt. Um die dänische Staatsbürgerschaft zu erhalten, müssen die Kursteilnehmer vom Kulturministerium vorgegebene politische und kulturelle Themen erläutern können, die laut Sundström »nicht einmal die Dänen selbst bestehen würden«. ⁴⁵

Anders sieht es bei Jalving aus. Er bezieht sich zwar nicht direkt auf die Inklusion beziehungsweise Exklusion bestimmter Einwanderergruppen, lässt aber in dem Statement eines serbischen Taxifahrers eine klare Tendenz erkennen:

Ich bin ein Kaufmann mit Universitätsdiplom von der Universität Belgrad, das Beste vom Besten, und das hilft mir hier gerade so weit, dass ich keine andere Arbeit als Taxifahrer bekomme. Die Schweden sind

⁴³ Sundström: *Världens lyckligaste folk*, S. 149: »Danmarks drömflykting är med andra ord ett kärnfriskt, läskunnigt par med sisådär 1,5 barn i snitt som inte är krigstraumatiserade«.

⁴⁴ Ebd., S. 54: »änningar som kan betala för sig och den typen av utlänningar som Danmark idag vill ha«.

⁴⁵ Ebd., S. 82: »inte ens danskarna klarar av själva«.

Rassisten. Wenn man Muslim ist, stehen alle mit offenen Armen da; wenn man aber aus Serbien, der Ukraine oder Russland kommt, dann ist man ›Osteuropäer‹.⁴⁶

Indirekt nimmt er durch diese Äußerung Bezug auf die Rolle Schwedens als das »Flaggschiff des Multikulturalismus«⁴⁷ unter den skandinavischen Staaten. Schweden nahm seit der Jahrtausendwende eine im Vergleich zu Dänemark sehr generöse Haltung in der Flüchtlingspolitik ein, die innenpolitisch umstritten war. Zudem wurde zur gleichen Zeit der Arbeitsmarkt für außereuropäische Einwanderer teilweise geöffnet, sodass ein Asylantrag nicht die einzige Möglichkeit für eine Einwanderung nach Schweden darstellte. Allerdings kann auch von einer Exklusion von ›Osteuropäern‹ nicht generell die Rede sein. Schweden gehörte nach der EU-Osterweiterung von 2004 immerhin zu den Ländern, die sich gegen eine Übergangsregelung für Zuwanderer aus den neuen osteuropäischen EU-Ländern aussprachen.⁴⁸

Zusammenfassung

In beiden Büchern machen Themen der schwedischen und dänischen Migrationsdiskurse einen hohen Anteil aus. Die Angst vor einer Islamisierung der Gesellschaft ist dabei ebenso sehr Gegenstand wie

⁴⁶ Jalving: *Absolut Sverige*, S. 34: »Jeg er en handelsmand med universitetsdiplom fra Beograds Universitet, det bedste af det bedste, og lige meget hjælper det her, for jeg kan ikke få andet arbejde end at køre taxi. Svenskerne er racister. Er man muslim, står alle klar med åbne arme; er man derimod fra Serbien, Ukraine eller Rusland, er man ›østeuropæer‹«.

⁴⁷ Borevi, Karin: »Sverige. Mångkulturalismens flaggskepp i Norden«. In: Brochmann, Grete (Hg.): *Velferdens grenser. Innvandringspolitikk og velferdsstat i Skandinavia 1945–2010*. Oslo: Universitetsforlag, 2010, S. 41–130, hier S. 41.

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 115.

die Herausforderungen, vor denen die Wohlfahrtsstaaten im globalisierten 21. Jahrhundert stehen. Beide argumentieren aus der Überzeugung, die Antwort auf die Frage nach dem richtigen Umgang mit Einwanderern zu kennen.

Sundström analysiert vor allem die kulturelle Weichenstellung der dänischen Zuwanderungspolitik seit dem Erstarken der *DF*. Der Vorwurf von Jalving, dass Sundström lediglich ein Buch über die *DF* und nicht über Dänemark geschrieben hat, ist allerdings nicht haltbar. So wird der Erfolg der Rechtspopulisten gerade nicht als ein hermetisch abgeschlossenes Phänomen beschrieben, sondern vielmehr als eine Entwicklung, die die verschiedensten Bereiche der Gesellschaft betrifft. Dennoch hat sie sich während ihrer Recherchen teilweise sehr stark auf die Aussagen einzelner Politiker der *DF* konzentriert. Ein von ihr angestrebtes Interview mit Pia Kjærsgaard hätte voraussichtlich keine neuen Erkenntnisse für die Reportage geliefert.

Mikael Jalving nimmt die Perspektive der Migrationskritiker ein, im Vergleich zu seiner Kontrahentin hat er dabei aber kaum Fakten recherchiert, die seine Thesen stützen. Allzu oft hört er nur einzelnen Personen zu, um hinterher ihre Aussagen in einen kritischen Migrationsdiskurs einzuordnen. Einwanderer selbst bekommen bei ihm nur sehr vereinzelt eine Stimme. Auch vernachlässigt er die Hintergründe der verschiedenen Migrationen. Er erwähnt weder die Anwerbung von Arbeitern in historischer Perspektive noch die Genfer Flüchtlingskonvention, hier wird sein Vorwurf der »Stille« zur eigenen Falle. Seiner Forderung nach einer Enttabuisierung der Migrationsdebatte stand und steht dennoch nichts im Wege. Die teils sehr heftigen Reaktion auf die beiden Bücher sind immerhin Zeugnisse dafür, dass eine intensive Debatte über die Chancen und Grenzen der Einwanderung auch in der Zukunft nicht aus den Medien wegzudenken sind.

LITERATUR

- ANDREASSEN, Rikke: »Ligestilling som redskab til at kritisere etniske minoriteter«. In: JESSEN, Anne (Hg.): *Stuerent? Dansk Folkeparti, populisme, antimuslimsk retorik og offermytologi*. København: Frydenlund, 2009, S. 101–121.
- BEJDER, Peter, u. HOLT, Kim Boye: *Fra huguenotter til afghanere. Indvandringens historie i Danmark*. Århus: Systime, 2003.
- BOREVI, Karin: »Sverige. Mångkulturalismens flaggskepp i Norden«. In: BROCHMANN, Grete (Hg.): *Velferdens grenser. Innvandringspolitikk og velferdsstat i Skandinavia 1945–2010*. Oslo: Universitetsforlag, 2010, S. 41–130.
- ENGELBRETH LARSEN, Rune: »Dansk Folkepartis antimuslimske retorik«. In: JESSEN, Anne (Hg.): *Stuerent? Dansk Folkeparti, populisme, antimuslimsk retorik og offermytologi*. København: Frydenlund, 2009, S. 85–100.
- ENGELBRETH LARSEN, Rune, u. Tøger SEIDENFADEN: *Karikaturkrisen. En undersøgelse af baggrund og ansvar*. København: Gyldendal, 2006.
- FRANK, Denis: *Staten, företagen och arbetskraftsinvandringen. En studie av invandringspolitik i Sverige och rekryteringen av utländska arbetare 1960–1972*. Växjö: Univ. Press, 2005.
- GEDEN, Oliver: *Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.
- HELLSTRÖM, Anders: *Vi är de goda. Den offentliga debatten om Sverigedemokraterna och deras politik*. Hägersten: Tankekraft, 2010.
- JALVING, Mikael: *Absolut Sverige. En rejse i tavshedens rige*. København: Jyllands-Postens Forlag, 2011.

- JØNSSON, Heidi, u. Klaus PETERSEN: »Danmark. Den nationale velfærdstat møder verden«. In: BROCHMANN, Grete (Hg.): *Velferdens grænser. Innvandringspolitik og velferdsstat i Skandinavien 1945–2010*. Oslo: Universitetsforlag, 2010, S. 131–210.
- KAMALI, Masoud: »Ett europeiskt dilemma«. In: DE LOS REYES, Paulina (Hg.): *Bortom vi och dom. Teoretiska reflektioner om makt, integration och strukturell diskriminering*. Stockholm: Fritzes, 2005, S. 29–69.
- KJELDSTADLI, Knut: »Nordeuropa«. In: BADE, Klaus J. (Hg.): *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. 3. Auflage. Paderborn (u.a.): Schöningh, 2010.
- LODENIUS, Anna-Lena: »Sverigedemokraternas historia«. In: BENGTESSON, Håkan A.: *Högerpopulismen. En antologi om Sverigedemokraterna*. Stockholm: Premiss, 2009, S. 11–42.
- MUDDE, Cas: *Populist right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 2007.
- ØSTERGAARD, Bent: *Indvanderne i Danmarks historie*. Odense: Universitetsforlag, 2007.
- PERALTA, Amanda: »Det sagda och det tänkta. Begreppsanvändning och begreppsskifte i diskursen om invandrare och invandrarpolitik«. In: DE LOS REYES, Paulina (Hg.): *Bortom vi och dom. Teoretiska reflektioner om makt, integration och strukturell diskriminering*. Stockholm: Fritzes, 2005, S. 185–202.
- PRAM GAD, Ulrik: »Peace, welfare, culture. Muslims as a security problem in Danish integration discourse«. In: *NORDEUROPA-forum* 21 (2011:2), S. 41–72.
- REUTER, Gerd: *Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.
- SPIER, Tim: *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.

SUNDSTRÖM, Lena: *Världens lyckligaste folk. En bok om Danmark*. Stockholm: Leopard Förlag, 2009.

SVANBERG, Ingvar, u. TYDÉN, Mattias: *Tusen år av invandring*. 2. Auflage. Stockholm: Dialogos, 2005.

JASPER RIES

Breivik als Rechtspopulist?

Ist Breivik ein Rechtspopulist? Durch die Analyse der Introduction seines Manifests soll dargestellt werden, dass Breivik sich zwar dezidiert an rechtspopulistischen Diskursen bedient, jedoch in wesentlichen Punkten von ihnen abweicht. Die Betrachtung der stilistischen und rhetorischen Strategien zeigt die Gemeinsamkeiten auf, besonders die Betrachtung des Volksbegriffs macht jedoch deutlich, dass die Dichotomie von ›Volk‹ und ›Elite‹ im Text nicht funktioniert. Stattdessen wird eine Anti-Elite angesprochen, die aus den ›europäischen Männern‹ besteht.

Einleitung

Nach seinem beispiellosen Verbrechen hinterließ Breivik einen 1518 Seiten langen Text mit dem Titel *2083. A European Declaration of Independence. De Laude Novae Militiae Pauperes commilitones Christi Templique Solomonici*. Trotz der großen medialen Aufmerksamkeit, die der Fall erfuhr, wurde der Text nur sehr wenig beachtet. Dabei bietet er die Möglichkeit, sich wissenschaftlich mit dem Verbrechen auseinanderzusetzen, ohne zu versuchen, eine Begründung oder Motivation für die Tat zu finden.

Breiviks Text soll in Bezug auf seine Diskurse¹ untersucht werden. Zu zeigen, welche Diskurse der Text aufgreift und wie er sich zu diesen positioniert, erlaubt es, ihn in einem bestimmten Kontext zu

¹ Zwei Begriffe aus Foucaults Diskursanalyse, Diskurs und Epistem, werden hier Verwendung finden. Episteme sind dabei die Regeln, nach denen Aussagen getroffen werden, die wiederum durch einen Diskurs geordnet werden.

lesen. Die zentrale Frage ist, ob der Text als dezidiert rechtspopulistisch beschrieben werden kann.

Ausgangspunkt der Analyse ist die *Introduction* des *Manifests*. Sie eignet sich aus mehreren Gründen für eine Untersuchung in diesem Kontext.² Ihre Kürze und relativ geschlossene Form verdichtet die Argumentationsstruktur, was einer Analyse entgegenkommt. Gleichzeitig steht sie als Paratext gewissermaßen außerhalb des *Manifests*, hat durch ihre Funktion als theoretische Grundlage jedoch einen starken Bezug zu dem, was in den drei Büchern folgt. Diese Grundlagenfunktion ist zentral für die Relevanz im Kontext dieser Analyse.

Political Correctness als Wurzel des Bösen

Den drei Büchern des *Manifests* ist eine Einleitung vorausgestellt, die »Introduction – What is ›Political Correctness?« heißt. Auf 27 Seiten wird hier erläutert, wie die freie Meinungsbildung kontrolliert und Wahrheiten unterdrückt werden.

Es seien Kulturmarxisten, die hinter dieser Unterdrückung des europäischen Volkes stünden. Es wird dabei eine umfassende Theorie aufgebaut, die von den Anfängen der Industrialisierung bis zum heutigen Tag zu verfolgen sei. Dabei steht vor allem die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg im Fokus, als die Entwicklung der marxistischen Theorien vollends abgeschlossen ist und die Theoretiker sich in Positionen gebracht haben, von denen aus sie effektiv in die Politik und das Kulturleben eingreifen können. Dies geschieht maßgeblich durch das, was hier *Political Correctness* genannt wird. Als sehr wichtig wird herausgestellt, dass es sich dabei explizit um eine Ideologie handelt. Dies stellt ein zentrales Argument dar, da »One of

² Die Auseinandersetzung mit der *Introduction* kann die Analyse des gesamten Textes allerdings nicht ersetzen.

conservatism's most important insights is that all ideologies are wrong.«³

Es wird jedoch nicht einfach eine solche Vision entworfen. Der Text gibt für alle Behauptungen vermeintliche Belege, in denen immer wieder auf die Texte und Biographien der Theoretiker hinter dem Kulturmarxismus Bezug genommen wird.

Der Inhalt der *Introduction* bildet den Ausgangspunkt aller weiteren Argumente. Die Betrachtung der Welt unter dem Joch der *Political Correctness* ist wichtig, um zu erkennen, worauf alle weiteren Argumente fußen. Dies führt unweigerlich eine Positionierung mit sich, zum einen in Bezug auf die politische Sicht, zum anderen aber auch in Bezug auf die Verbindung zwischen Text und Leser.

Aufbau der *Introduction*

Den Ausgangspunkt der Einleitung bildet eine Definition des Begriffs der *Political Correctness*: »Marxists have used the term for at least 80 years, as a broad synonym for ›the General Line of the Party‹«. In Rückgriff auf die Zeit der 1950er, einer ›besseren‹ Zeit, werden die gesellschaftlichen Unterschiede erläutert, die in erster Linie auf die festgeschriebenen Geschlechterrollen und die Rolle der ›weißen‹ Männer Bezug nehmen. Der Vergleich dient dazu, die heutige Welt als schrecklichen Ort zu definieren und die Geschichte des Verfalls der westlichen Gesellschaft zu erläutern.

Dieser Geschichtsabriss nimmt den Hauptteil der Einleitung ein. Grundlegend wird erklärt, wie die *Political Correctness* sich in Europa ausbreiten konnte, welche Voraussetzungen (Freud, Marx) sie

³ Berwick, Andrew: 2083. *A European Declaration of Independence. De Laude Novae Militiae Pauperes commilitones Christi Templique Solomonici*. London, 2011, S. 11. Im Folgenden wird Breiviks Text im Haupttext durch Angabe von Seitenzahlen zitiert.

hatte und wer sie vorangetrieben hat (Frankfurter Schule). Dabei wird die Eindeutigkeit immer wieder durch Formulierungen wie »The lineage is clear, and it is traceable right back to Karl Marx« (S. 13) hervorgehoben.

Es werden an dieser Stelle die komplexen Verbindungen der Theoretiker aufgezeigt, ihr Weg in Positionen, von denen aus sie Einfluss auf das kulturelle Geschehen nehmen konnten, dargestellt und die Verzweigung der verschiedenen Ebenen der Beeinflussung (Bildungssystem, Medien, Medizin) erklärt. Angereichert wird die Darstellung durch stichpunktartige Biographien der wichtigsten Vertreter, Exkurse in spezielle wissenschaftliche Diskurse, wie die literaturwissenschaftliche Dekonstruktion, sowie ein stetes Wiederholen der Gefahr, die diese Ideologie für die ›westlichen Werte‹ birge. Weiterhin wird die Zerstörung ›traditioneller‹ Geschlechterrollen thematisiert, die, bedingt durch den Feminismus, zu einer Entmaskulinisierung von Männern führe. So würden Frauen zu etwas gezwungen, was ihrer Natur nicht entspreche.

Das Fazit des Textes besteht aus einem Aufruf an die Leser, gegen die *Political Correctness* zu rebellieren, da dies der einzige Weg sei, Europa vor dem Untergang zu retten: »The fate of European civilisation depends on European men steadfastly resisting Politically Correct feminism« (S. 31). Jede Handlung gegen die *Political Correctness* führe also dazu, dass weitere folgen und die ›europäischen Männer‹ ihren Platz wieder einnehmen könnten.

Argumentationsstruktur der *Introduction*

Die Auseinandersetzung mit dem Inhalt der *Introduction* ist schwierig, da der Text gewissermaßen ein Paralleluniversum eröffnet. Daher sollte ganz unabhängig vom Inhalt analysiert werden, wie argumentiert wird. Dies ermöglicht es, einen Zugang dazu zu

finden, wie sich der Text positioniert. Wichtig ist dies, um auf der einen Seite sehen zu können, inwiefern sich der Text in einem Feld bewegt, das aus anderen Bereichen, wie dem Rechtspopulismus, bekannt ist, und auf der anderen Seite herauszufinden, mit welchen Begriffen der Text in Bezug auf sich selbst und seine Leser arbeitet.

Betrachtet man die Themen, die in der *Introduction* aufgegriffen werden, ist die *Political Correctness* von zentraler Bedeutung. Jedoch funktioniert sie als Oberkategorie für einen Großteil der gesellschaftlichen Strömungen und subsumiert gewissermaßen alles andere unter sich. Der Kulturmarxismus ist dabei die Ideologie, die die Grundlage für die *Political Correctness* bildet.

Unter dem Begriff *Political Correctness* werden dann weitere Themen zusammengefasst, die alle als Teil eines Bildes funktionieren und die schlussendlich zeigen sollen, wie umfassend die *Political Correctness* unsere Gesellschaft beherrscht. Wichtige Aspekte sind der Feminismus, die Islamisierung, das Bildungswesen, Dekonstruktion und die Sexualisierung der Gesellschaft. Die einzelnen Themen werden jeweils für sich behandelt und immer im Kontext von Texten der Frankfurter Schule erklärt.⁴ Dies führt zu einer unmittelbar sehr dichten Argumentation, in der jegliche Aspekte immer vor dem gleichen theoretischen Hintergrund und mit dem gleichen Ziel erläutert werden.

Berührungspunkte zwischen den einzelnen Themen werden ebenfalls durch Rückgriffe auf diese Theorie erklärt. Da der Feminismus nur ein Aspekt der *Political Correctness* sei, sei es nicht

⁴ Die Frankfurter Schule wird hier jedoch vollkommen unreflektiert als Oberbegriff für alle Strömungen benutzt, die angeblich in Zusammenhang mit der *Political Correctness* stehen. Es spielt dabei keine Rolle, ob eine Beziehung besteht. So wird beispielsweise die Dekonstruktion ebenfalls als Teil der Frankfurter Schule angesehen, obwohl hier offensichtlich kein Zusammenhang besteht.

verwunderlich, dass er zu einer Islamisierung Europas führe, da die Frauen durch ihren Egalitarismus eine starke Einwanderung befürworten würden. Die führe paradoxerweise wiederum zu einer Unterdrückung der Frau, da die Muslime ihnen im Gegenzug ihre Werte aufzwingen würden.

Wie ist es jedoch möglich, solch unterschiedliche Themen unter der gleichen Theorie zusammenzufassen und eine nachvollziehbare Argumentation aufzubauen? Unmittelbar funktioniert dies nicht, da der Text keine stringente Argumentation bietet. Es werden stattdessen sehr viele kurze Abschnitte additiv aneinandergereiht, die alle einen sehr ähnlichen Aufbau haben und die den Leser eher durch ihre Masse überzeugen sollen als durch ihre Klarheit. Auf der ersten Seite beschreibt der Text die Vorgehensweise einer jeden Ideologie folgenderweise:

Therefore, reality must be suppressed. If the ideology has power, it uses its power to undertake this suppression. It forbids writing or speaking certain facts. Its goal is to prevent not only expression of thoughts that contradict what »must be true,« [sic] but thinking such thoughts. In the end, the result is inevitably the concentration camp, the gulag and the grave. (S. 11)

Der größtenteils parataktische Satzbau suggeriert Eindeutigkeit. Es gibt keine verschachtelten Sätze, die das Verständnis erschweren, wie er es den Theoretikern der Frankfurter Schule vorwirft, sondern hauptsächlich klare Sätze (vgl. S. 35). Auch die Formulierungen unterstützen diese Eindeutigkeit. Nicht nur werden keine Fremdwörter benutzt, es werden auch simple Aussagen getätigt, die aus dem vorigen Satz logisch zu folgen scheinen.

Problematisch ist jedoch die Struktur selbst. Denn wenn man das Argument dieses Absatzes genauer beleuchtet, zeigt sich dessen Unfertigkeit. Die Schlussfolgerung, so sehr sie auch nahegelegt wird,

hat unmittelbar nur einen geringen Bezug zu dem Rest des Abschnitts: Das Konzentrationslager folgt ›zwangsläufig‹ aus der Unterdrückung der Realität durch eine jede Ideologie?

Auch im Verlauf der Einleitung ändert sich diese Struktur nicht. Auf Seite 30 werden der Kulturmarxismus und seine Folgen zusammengefasst:

»Cultural Marxism,« [sic] as preached by the Frankfurt School has thus spurred the widely popular and destructive concepts of »affirmative action,« [sic] »multiculturalism« and »diversity.«[sic] One can't escape these terms today. These concepts have destroyed every defensive structure of European society which has laid the foundation for the Islamisation of Europe. (S. 30)

Erneut fällt der klare Satzbau ins Auge. Jegliche Fremdwörter und Begriffe werden in Anführungszeichen gesetzt und wieder hat die Konklusion nur wenig mit dem Rest des Abschnitts zu tun. In diesem Fall lohnt es sich jedoch, einen größeren Teil des Textes zu betrachten. Denn als Ende eines Unterkapitels könnten hier Argumente übernommen werden, die vorher erläutert worden sind und daher an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholt werden.

Das oben behandelte Unterkapitel heißt »Radical Feminism and Political Correctness« (S. 28) und beschäftigt sich in erster Linie mit dem Aufstieg des Feminismus, der dadurch folgenden Zerstörung der europäischen Werte durch muslimische Immigration und der Unterordnung der Männlichkeit. Von ›affirmative action‹ ist zum Beispiel nur im zitierten Abschnitt die Rede.

Es zeigt sich also nicht nur, dass der Text in seiner Argumentation immer wieder Lücken aufweist, die er durch seinen Aufbau und seine Formulierungen zu überspielen versucht, sondern auch, dass die Struktur des Textes ein immer wiederkehrendes Muster besitzt.

Diese Redundanz zeigt sich jedoch nicht nur in Bezug auf die Struktur. Während natürlich immer die gleiche Theorie und die gleichen Theoretiker und Texte herangezogen werden, um den Argumenten Kraft zu verleihen, werden auch immer wieder sehr ähnliche Formulierungen verwendet.

Besonders auffällig wird dies in Bezug auf die Bewertung der zitierten Personen und Theoretiker. So heißt es über Georg Lukács und Antonio Gramsci, dass sie »contributed the most to this new cultural Marxism« (S. 15). Georg Lukács wird darüber hinaus als »leading Marxist« (S. 16) beschrieben und Marcuse als »most important member of the Frankfurt School« (S. 17). Diese Beschreibungen geschehen sogar auf engstem Raum, so dass der Eindruck vermittelt werden soll, der Text beschäftige sich wirklich nur mit den essentiellen Vertretern. Es wird zwar keines der Attribute doppelt benutzt, jedoch weichen sie nur wenig voneinander ab, so dass einer der wichtigste Theoretiker des einen Aspektes ist, während ein anderer der wichtigste Vertreter in Bezug auf einen anderen Aspekt ist. Auch in Bezug auf die behandelten Aspekte geschieht dies auf gleiche Weise. Ob Feminismus, Egalitarismus oder Dekonstruktion, jeder Aspekt ist auf seine Weise einer der Zentralsten.

Während diese Vorgehensweise zwar Überzeugungskraft suggeriert, ist sie zu durchschaubar, um einer Analyse standzuhalten. Denn auch wenn der Text dem Leser immer wieder nahelegt, wie fundiert er sei, gerade durch die Wichtigkeit der zitierten Personen und der angesprochenen Themen, macht die Masse der Wiederholungen das Problem aus. Denn je öfter man die gleichen Formulierungen liest, je häufiger man den gleichen Aufbau der Absätze erkennt, desto stärker wird das Gelesene hinterfragt.

In dem Moment zerbricht die Fassade des Textes. Denn die Wiederholung eines zentralen Punktes kann zwar die Aufmerksamkeit auf ihn fokussieren, wenn jedoch der gesamte Text formell

und auch inhaltlich immer wieder gleich erscheint, funktioniert dies nicht mehr.

(Pseudo-)Wissenschaftlichkeit als Strategie

Ein letzter Punkt in Hinblick auf die Beschaffenheit des Textes ist seine Wissenschaftlichkeit. Im Text sind zahlreiche Zitate zu finden, und es werden andere Texte paraphrasiert. Die Texte dienen teilweise nur als bloße Hintergrundinformation zu den Autoren, teilweise aber auch als zusätzliche Erklärung. Darüber hinaus gibt es einen Teil mit weiterführender Literatur zu den verschiedenen Themen.

Unabhängig davon, ob der Text wirklich eine wissenschaftliche Arbeit ist, versucht er, als solche zu erscheinen. Es wird ein Diskurs von Wissenschaftlichkeit aufgegriffen, der die Argumentation überzeugender erscheinen lassen soll. Wie auch in Bezug auf die bereits angesprochenen Aspekte greift der Text immer wieder auf Strategien zurück, um Glaubwürdigkeit zu suggerieren.

Allerdings überzeugt der Text auch in seiner Wissenschaftlichkeit nicht. Denn schon bei der Untersuchung von ganz grundsätzlichen Standards zeigt sich, wie sehr der Text hinter diese zurückfällt. Auffallend ist zum Beispiel, dass es nach 27 Seiten und zahlreichen Zitaten nur zwei genannte Quellen gibt. Diese sind zudem noch online verfügbar, was an sich noch kein wirkliches Problem darstellt, jedoch spätestens dann Fragen aufwirft, wenn die eine Quelle ein Wikipedia-Artikel ist und die andere ein konservativer Blog. Beide Quellen sind im wissenschaftlichen Sinne bedenklich, zumal der Blog nicht als Quelle für Zitate oder Hintergründe dient, sondern ihm scheinbar das letzte Unterkapitel »Further Readings on the Frankfurt School« (S. 32) unmarkiert entnommen wurde. Der Beginn des Unterkapitels legt dies nahe, da es dort heißt: »This is the sixth and

final chapter in the Free Congress Foundation's book on Political Correctness« (S. 32). Darüber hinaus lässt sich hier auch ein stilistischer Unterschied zum Rest der Einleitung feststellen. Wie oberflächlich hier Wissenschaftlichkeit vorgetäuscht wird, wird in Bezug auf den Wikipedia-Artikel deutlich. Würden die Quellen des Artikels zitiert, wäre die Unsachlichkeit zumindest nicht auf den ersten Blick zu erkennen.

Auf die gleiche Weise bleibt auch der Rest des Artikels in seiner (Pseudo-)Wissenschaftlichkeit sehr oberflächlich. Die häufig auftretenden Verweise auf Sekundärliteratur und die zahlreichen Zitate sind dilettantisch in den Text eingebaut. Titel werden nicht kursiviert oder auf andere Art hervorgehoben, und die Zitate werden zwar in der Regel durch Anführungszeichen markiert, jedoch nicht durch Fußnoten oder ähnliche Angaben kenntlich gemacht. Was einer bibliographischen Angabe am nächsten kommt, sind Formulierungen wie »His [Marcuses] objective was clear: ›One can rightfully speak of a cultural revolution‹« (S. 17). Aus dem Kontext wird klar, dass es sich um ein Zitat von Marcuse handelt. Woher das Zitat entnommen wurde und ob es tatsächlich von Marcuse stammt, bleibt jedoch offen und ist nur sehr schwierig zu überprüfen, da es keine bibliographische Angabe dazu gibt. Diese Art der Zitation ist in keiner Weise wissenschaftlich. Erschwert wird das Erkennen der Zitate zusätzlich noch dadurch, dass auch Begriffe teilweise in die gleichen Anführungszeichen gesetzt werden wie Zitate.

Da in Bezug auf den Text von Wissenschaftlichkeit keine Rede sein kann, muss ein anderes Ziel mit dem Aufgreifen dieses Diskurses verfolgt werden. Ganz bewusst wird auch hier versucht, Leser zu täuschen. Indem die *Introduction* sich in diesen Diskurs einschreibt, wird der wissenschaftliche Kontext nahegelegt. Während auf der Epistemebene keine Übereinstimmung gefunden werden

kann, wird die Positionierung im Diskurs als ausreichend erachtet, um Glaubwürdigkeit zu suggerieren.

Rechtspopulismus – ein Definitionsversuch

Eine Definition des Rechtspopulismus zu geben, stellt sich als schwierig heraus, da der Begriff »komplex, in hohem Maße kontextabhängig und veränderlich«⁵ ist. Dennoch haben sich Kategorien herausgebildet, mit deren Hilfe man das Feld zumindest so gut beschreiben kann, dass eine deutliche Schnittmenge zwischen den rechtspopulistischen Parteien hervortritt. So heißt es bei Geden:

In der Beschreibung des Rechtspopulismus als Syndromkomplex können vier zentrale Linien in ihrem Zusammenspiel bestimmt werden: der antielitäre Rekurs auf das Volk als politische Kategorie, der legitimierende Rückgriff auf Alltagserfahrungen und den ›gesunden Menschenverstand‹, spezifische Prinzipien der politischen Kommunikation bzw. Rhetorik sowie die organisatorischen Strukturen rechtspopulistischer Politik.⁶

Der antielitäre Rekurs auf das Volk ist ein Merkmal, das auf zwei verschiedene Aspekte eingeht. Zum einen ist es die ablehnende Grundhaltung gegenüber einer zunächst nicht weiter definierten Elite. Diese besteht in der Regel aus der herrschenden ›Schicht‹. Meist handelt es sich dabei um die Regierung, es kann jedoch auch das ›politische Establishment‹ sein. Zum anderen wird ein

⁵ Meyer, Thomas: »Populismus. Anmerkungen zu einem bedrohlichen Modernisierungsrisiko in Europa«. In: von Thadden, Rudolf, u. Anna Hofmann (Hg.): *Populismus in Europa – Krise der Demokratie?* Göttingen: Wallstein Verlag, 2005, S. 13–18, hier S. 13.

⁶ Geden, Oliver: *Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag, 2006, S. 20.

bestimmter Volksbegriff geprägt. Das Volk wird stark homogenisiert. Dabei werden »Interessenunterschiede zwischen verschiedenen Klassen, Schichten oder Berufsgruppen der Bevölkerung«⁷ geleugnet oder verschwiegen.

Stilistisch wird dieser Volksbegriff durch den Rückgriff auf Alltagserfahrungen unterstützt und durch Dichotomien wie ›wir vs. die‹ oder ›unten vs. oben‹ kenntlich gemacht. Die Rechtspopulisten stellen sich dabei als Verfechter des ›kleinen Mannes‹ dar, der den Kern des Volkes ausmacht.

Konstituiert wird das Volk durch »identitätsstiftende, imaginierte Gemeinschaften«.⁸ Dabei wird der Verlust traditioneller Werte oft dazu genutzt, eine rückwärtsgewandte Idealisierung des Volkes vorzunehmen. Das führt unter anderem dazu, dass das Volk homogenisiert wird, indem die Veränderungen und Unterschiede durch fremden Einfluss entstanden sind und nicht dem Volk selbst geschuldet, sondern »aus beklagenswerten Bedingungen, in denen es sich unschuldiger Weise befindet«⁹, heraus entstanden sind.

Unterstützt wird dieser Volksbegriff durch die Rhetorik. Zum einen durch den Rückgriff auf Alltagserfahrungen, die dem Volk die Argumente über ›common sense‹ näher bringen sollen, und auf der anderen Seite durch eine einfache Argumentationsstruktur und Sprache. Alltagserfahrungen werden insofern eingebunden, als komplexe Problemfelder durch alltägliche Beispiele simplifiziert werden oder auch sprachlich durch einen Rückgriff auf den ›gesunden

⁷ Spier, Tim: *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: VS Verlag, 2010, S. 20.

⁸ Ebd., S. 21.

⁹ Szacki, Jerzy: »Populismus und Demokratie. Versuch einer Begriffsklärung«. In: von Thadden, Rudolf, u. Anna Hofmann (Hg.): *Populismus in Europa – Krise der Demokratie?* Göttingen: Wallstein Verlag, 2005, S. 19–24, hier S. 20.

Menschenverstand« hervorgehoben werden. Spier spricht in diesem Zusammenhang auch von einer ›Stammtischmentalität‹, da solche Themen und Erklärungen vorkommen, die in einem solchen Kontext vorstellbar wären.¹⁰

Stilistisch werden solche Erklärungen möglichst einfach gehalten. Auf die Verwendung von Fremdwörtern wird verzichtet, und wenn sie benutzt werden, dann häufig in einem Kontext, der nahelegen soll, dass die ›Elite‹ solche Wörter nur benutze, um das Volk im Unklaren zu lassen. Hiermit soll zum einen die Illusion erschaffen werden, das Volk sei »souverän und träfe die Entscheidungen«,¹¹ und zum anderen wird wiederum einer starken Antipathie zur Elite Ausdruck verliehen.

Thematisch lassen sich keine wirklichen Einschränkungen feststellen. Es gibt kaum Themen, mit denen sich rechtspopulistische Parteien nicht beschäftigen würden. Sie tendieren jedoch dazu, Themen anzusprechen, die sie als tabuisiert aufgreifen können oder die sich für die Simplifizierung besonders eignen. Ökonomische Probleme werden in diesem Kontext interessant und vor allem Themen, die eine nationale Identität schaffen oder sich mit Einwanderung beschäftigen.¹²

Besonders auffallend ist auch der Aspekt des gerechten Aufbegehrens des Volkes. Es sind immer die Themen interessant, an denen sich »ein Angriff auf das bestehende System, die Negierung der herrschenden politischen Kultur, die Anzweiflung der Kompe-

¹⁰ Vgl. Spier: *Modernisierungsverlierer*, S. 19f.

¹¹ Zinell, Adelheid: *Moderner Rechtspopulismus in Frankreich. Von Charles de Gaulle bis Jean-Marie Le Pen*. Frankfurt a.M.: Peter Lang, 1996, S. 19.

¹² Vgl. ebd., S. 221.

tenzen und Qualifikationen der aktuellen politischen Klasse«¹³ demonstrieren lassen.

Auch wenn sich in diesem Kontext einige Themen besonders eignen, um diese Ziele zu erreichen, sind es im Grunde genommen die Rechtspopulisten, die die Themen bestimmen. Der Rechtspopulismus zeigt hier deutlich opportunistische Züge.

Das *Manifest* im Kontext des Rechtspopulismus

Nachdem sowohl die Einleitung des *Manifests* als auch Grundzüge des Rechtspopulismus erklärt worden sind, soll der Vergleich zeigen, wo Berührungspunkte und Unterschiede zu finden sind. Diskursanalytisch ist die Frage, ob sich der Text in einen rechtspopulistischen Diskurs einschreibt, sich von ihm distanziert oder sich zu ihm verhält. Dabei werden zunächst einmal die Themen verglichen, der Stil in Bezug auf die Merkmale des Rechtspopulismus untersucht und abschließend der Volksbegriff verglichen.

Thematisch bietet die *Introduction* viele Ansätze, die im Kontext des Rechtspopulismus durchaus einen Platz finden könnten. Zum einen werden tabuisierte Themen angesprochen, und zum anderen lässt sich eine deutliche Tendenz erkennen, komplexe Problemfelder stark simplifiziert darzustellen.

Die tabuisierten Themen, beispielsweise die ›wirkliche‹ Bedeutung der *Political Correctness* oder der Islamisierung Europas, werden ganz konkret in diesen Kontext gestellt. Es wird im Text immer wieder darauf hingewiesen, dass die Bedeutung dieser Themen von der ›Elite‹ verschleiert werden soll oder dass ›sie‹ das Volk bewusst daran hindern wollen, über diese Themen zu sprechen. So heißt es, als Anleitung zur Gegenwehr: »They must use words it

¹³ Szacki: *Populismus*, S. 23.

forbids, and refuse to use words it mandates« (S. 14). Das herrschende System verbiete bestimmte Wörter und Themen und nehme dem Volk somit seine Mündigkeit.

Stilistisch gesehen sticht die einfache Sprache hervor. Unabhängig von der problematischen Argumentationsstruktur wird zu jeder Zeit darauf geachtet, in möglichst parataktischen und einfachen Sätzen zu schreiben, Fremdwörter zu vermeiden und die vorkommenden schwierigen Begriffe kurz zu erklären. So heißt es:

Derridean deconstruction became a tool for these cultural critics. Simply stated, deconstruction is a school of thought that posits that words have no meaning. Instead, words have ›traces‹ of meaning. The meaning of a word is continually disappearing, leaving us with only the memory, or trace, of what that meaning once was. (S. 27)

Während diese Erklärung nicht grundsätzlich falsch ist, blendet sie jedoch einen großen Teil dessen aus, was die Dekonstruktion auch ist. Für Breiviks Zwecke ist diese Erklärung jedoch ausreichend, da nun dargestellt werden kann, wie die Dekonstruktion von der *Political Correctness* dazu genutzt wird, die ›wahre‹ Bedeutung von Wörtern und Texten zu verändern. Hier wird zudem ein sprachlicher Essentialismus zum Ausdruck gebracht, da davon ausgegangen wird, dass Wörter eine inhärente Bedeutung besitzen.

Abgesehen davon zeigt sich hier eine deutliche Reduktion der Komplexität. Der Text nutzt also Strategien, die sich auch im Kontext des Populismus bewährt haben. Es wird ganz konkret Bezug auf diesen Diskurs genommen. Hier lässt sich erkennen, dass der Text auf die Episteme zurückgreift, die den Diskurs des Populismus bestimmen.

Auf eine ähnliche Weise verhält es sich mit den Alltagserfahrungen. Während nicht unmittelbar auf den ›Stammtisch‹ Bezug genommen wird, gibt es eine ähnliche Systematik. Bevor der Text auf

die einzelnen Punkte, ihre Geschichte und ihre Bedeutungen eingeht, wird das Bild einer Familie der 1950er Jahre gegeben, die nach einer Art Zeitreise das aktuelle Leben erfährt und darüber entsetzt ist. »Were they able, our 1950s family would head back to the 1950s as fast as they could, with a gripping horror story to tell« (S. 12). Hier wird sowohl der Rückblick auf die ›guten alten Zeiten‹ gegeben als auch der Leser auf einer emotionalen Ebene angesprochen, die ihn empfänglich für Argumente machen soll, deren Inhalt sich darauf bezieht, dass Veränderung etwas Negatives darstellen würde. Die »rückwärtsgerichtete Idealisierung«¹⁴ zeigt sich hier sehr deutlich. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, Argumente über den ›gesunden Menschenverstand‹ zu vermitteln. Denn die emotionale Ebene, unterstützt auch durch die Bildung der Feindbilder, wie der Elite oder anderer fremder Gruppen, vereinfacht den Rückgriff auf derartige Argumente.

Es treten bisher also Aspekte auf, an denen deutlich zu erkennen ist, dass der Text auf Episteme oder Diskurse zurückgreift, die auch im Rechtspopulismus Verwendung finden. Dabei könnte man dafür argumentieren, dass diese Strategien übernommen werden, weil es nicht möglich ist, sich in diesem Themenfeld ohne sie zu bewegen. Es zeigt sich jedoch, dass diese Nutzung der Diskurse nicht dazu führt, dass der Text als ein Beitrag aus den Diskursen gelesen werden kann. Denn die Diskurse werden nicht übernommen, ohne dass sie instrumentalisiert werden.

In Bezug auf die Einleitung des *Manifests* lässt sich dies besonders deutlich an der Wissenschaftlichkeit und dem Volksbegriff aufzeigen. Hier treten nämlich nicht nur Unterschiede auf, die Unterschiede lassen auch eine bestimmte Instrumentalisierung erkennen. Betrachtet man den Aspekt der Wissenschaftlichkeit, so wurde

¹⁴ Geden: *Diskursstrategien*, S. 21.

bereits gezeigt, dass er nur sehr oberflächlich funktioniert und einer näheren Analyse nicht standhält. Wichtig ist jedoch nicht, dass nicht wissenschaftlich gearbeitet wird, sondern was dadurch impliziert wird. Während der Text zu keinem Zeitpunkt müde wird zu betonen, dass die *Political Correctness* und ihre Vertreter versuchen, das Volk im Dunklen darüber zu lassen, was sie wirklich beabsichtigen, so versucht der Text ebenfalls, sich als etwas darzustellen, was er nicht ist. Hier wird also eindeutig versucht, das Volk oder den Leser zu blenden. Dies ist natürlich unmittelbar nichts, was dem Text eine dezidiert eigene Qualität verleiht, es weist jedoch auf etwas hin, was ihn von den meisten rechtspopulistischen Texten unterscheidet.

Der Volksbegriff der Rechtspopulisten ist, wenn auch nicht einheitlich, so doch in den meisten Fällen ein demophiler. Das Volk wird durchweg positiv bewertet. Eventuelle Fehlentscheidungen oder Probleme, die durch das Volk entstanden sind, sind demzufolge durch Verführungen durch die Elite zustande gekommen und können dem Volk somit nicht angelastet werden.

Diese Tendenzen lassen sich im Grunde genommen sehr gut mit der Definition des Rechtspopulismus vereinen. Denn eben der Stil und die Rhetorik der Rechtspopulisten lassen darauf schließen, dass sie das Volk insofern für unmündig erachten, als es mit komplizierten Erklärungen nicht zurecht kommt und daher auf eine möglichst einfache Art und Weise angesprochen werden sollte. Allerdings sollte hier auf die Unterscheidung von dem Volk als ungebildet einerseits und unmündig andererseits hingewiesen werden. Denn dem Volk eine einfache Erklärung zu bieten, damit es die richtige Entscheidung trifft, ist im Kern demophil. Insofern ist es schwierig, die Argumentationsstruktur und Rhetorik zu verallgemeinern.

Im *Manifest* stellt sich dieses Problem jedoch als komplexer dar. Denn der Text spricht zwar im Grunde auf die gleiche Weise, wie viele andere rechtspopulistische Texte, er spricht im Kern jedoch

nicht zu einem homogenen Volk. Die im rechtspopulistischen Kontext so stark betonte Dichotomie zwischen Volk und Elite funktioniert somit nur bedingt. Natürlich ist sie der Argumentationsstruktur immanent, es zeigt sich jedoch, dass eine dritte Gruppe eine zentrale Rolle einnimmt. Besonders in der direkten Anrede wird ›wir‹ nicht dazu genutzt, den Erzähler mit dem Volk in Kontakt zu bringen. Es wird vielmehr eine Anti-Elite geschaffen.

Denn während »Western Europeans« (S. 14) das Volk ausmachen und sich auch von einer Elite abgrenzen, gibt es eine weitere Elite, nämlich die der europäischen Männer oder »white males« (S. 31), welche durch die *Political Correctness* ausgegrenzt und stigmatisiert werden. Diese Gruppe ist der zentrale Adressat des *Manifests*. In diesem Kontext lässt sich eine starke Demagogie feststellen. Denn die Elite ist es, die das Volk verführt, und das Volk selbst ist nicht in der Lage, sich aus dieser Situation zu befreien. Daher muss die Anti-Elite der europäischen Männer das ›Volk‹ retten.

Auch wenn der Text sich nicht durchweg an europäische Männer wendet, lässt sich erkennen, dass es sich bei dem ›wir‹ um eine Gruppe außerhalb des ›Volkes‹ handelt.¹⁵ Hier wird ersichtlich, dass die Diskurse des Rechtspopulismus im *Manifest* zwar eingesetzt werden, um sich dem ›Volk‹ zu präsentieren, der eigentliche Adressat jedoch ein anderer ist. Ein rechtspopulistischer Kontext reicht nicht aus, um das *Manifest* zu positionieren. Der Kontext ist als Quelle präsent, dient aber gleichzeitig der Abgrenzung und der Entwicklung eines Anti-Diskurses.

¹⁵ Dies lässt sich in Bezug auf die Knights Templar verdeutlichen, auf die im Verlaufe des Manifests noch eingegangen wird.

Fazit

Die Auseinandersetzung mit dem *Manifest* hat einige grundlegende Eigenschaften offengelegt. Was oberflächlich suggeriert wird, ist nicht das, was hinter dem Text steckt. Ob dabei auf die Wissenschaftlichkeit oder die Argumentationsstruktur eingegangen wird, ständig wird etwas behauptet, was im Endeffekt nicht eingelöst wird. Der Text bedient sich fortwährend bestimmter Diskurse, um sich auf der einen Seite ihre Strategien zunutze zu machen, auf der anderen Seite aber durch die bloß oberflächliche Übernahme eine Art Anti-Diskurs zu ihnen zu eröffnen.

Besonders in Bezug auf den Rechtspopulismus kann dies konstatiert werden, da dezidiert auf ihn Bezug genommen wird, sei es durch Übernahme von Themenbereichen oder einer spezifischen Rhetorik. Gleichzeitig lässt sich in dieser Beziehung verdeutlichen, auf welche Weise die Unterschiede dazu führen, dass der Text sich klar gegen den Diskurs stellt und ihn umkehrt. Besonders deutlich wird dies durch die Betrachtung des Volksbegriffs. Hier zeigt sich eine doppelte Struktur, da zum einen eine Lesergruppe angesprochen wird, die als Volk beschrieben werden könnte, auf der anderen Seite aber immer wieder die europäischen Männer als positive Elite aufgerufen werden, die sich sowohl vom Volk als auch von der herrschenden Elite abgrenzt.

LITERATUR

BERWICK, Andrew: *2083. A European Declaration of Independence. De Laude Novae Militiae Pauperes commilitones Christi Templique Solomonici*. London, 2011.

GEDEN, Oliver: *Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag, 2006.

MEYER, Thomas: »Populismus. Anmerkungen zu einem bedrohlichen Modernisierungsrisiko in Europa«. In: VON THADDEN, Rudolf, u. Anna HOFMANN (Hg.): *Populismus in Europa – Krise der Demokratie?* Göttingen: Wallstein Verlag, 2005, S. 13–18.

SPIER, Tim: *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: VS Verlag, 2010.

SZACKI, Jerzy: »Populismus und Demokratie. Versuch einer Begriffsklärung«. In: VON THADDEN, Rudolf, u. Anna HOFMANN (Hg.): *Populismus in Europa – Krise der Demokratie?* Göttingen: Wallstein Verlag, 2005, S. 19–24.

ZINELL, Adelheid: *Moderner Rechtspopulismus in Frankreich. Von Charles de Gaulle bis Jean-Marie Le Pen*. Frankfurt a. M.: Peter Lang, 1996.



ISSN 2194-4822